links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Tarifrunde '94

Standortdiskussion

1 Jahr neues Asylrecht

Die mexikanische Krise

Wahlen in El Salvador

KRIEG IN BOSNIEN

Offenbach Nr. 288 26. Jahrgang W: DM 8,– / O: DM 5,– MAI '94

Liebe Leserinnen und Leser,

Der Kampf um Gorazde gilt gutgläubigen Illusionisten inzwischen als der Beweis für das endgültige Ende der UNO. Diejenigen, denen die UNO als weltpolitischer Akteur jenseits und oberhalb der in ihr vertretenen Nationen galt, überfällt das Entsetzen angesichts der Tatsache, daß eben die unterschiedlichen Interessen der Nationalstaaten die Politik der UNO prägen. Somit erklärt sich auch die in den Medien vorherrschende Verzweiflung darüber, daß es sich bei den Vereinten Nationen nicht um eine moralische Instanz handelt, sondern um eine politische Institution, deren Handlungsgrundlage das machtpolitische Kalkül ihrer stärksten Mitgliedsstaaten ist. Wenn denn Bosnien oder vielmehr die dort lebenden Menschen als Opfer dargebracht werden, um die innere Stabilität in Rußland zu sichern und einen internationalen Krieg auf dem europäischen Kontinent zu vermeiden, so entspricht das doch der Logik der real existierenden Völkergemeinschaft. So wird sie auch weltweit praktiziert, ohne dabei ein ähnliches Entsetzen auszulösen. Ein Ruf nach internationalem militärischen Eingreifen z.B. zur Rettung des kurdischen Volkes findet weder hierzulande noch in anderen UN-Staaten eine breite Basis.

Im Schwerpunkt dieses Monats geht die *links* denn auch nicht auf die Frage ein, wann und wo und wie UNO oder Nato mit welchen Einsätzen den Krieg in Bosnien beenden könnten. Die meisten unserer Beiträge versuchen, die Bedingungen und Hintergründe aufzuzeichnen, die die nationalistische Entwicklung in den Republiken des ehemaligen Jugoslawien ermöglichten. So wird die Problematik des „Rechts auf nationale Selbstbestimmung" ebenso deutlich, wie die unüberwindlichen Hindernisse auf dem Weg zur Etablierung demokratischer Staaten. In einem Gespräch fassen die beiden Redaktionsmitglieder Christoph Görg und Luka Radenski noch einmal wichtige Aspekte und Einschätzungen der Entwicklungen in Ex-Jugoslawien zusammen.

Neben dem internationalen Aspekt und den inneren Bedingungen der neuen Republiken hat der seit mehr als zwei Jahren andauernde Krieg auch seine bundesrepublikanische Seite. Während sich die öffentliche Diskussion gerne und ausschließlich mit möglichen Bundeswehreinsätzen im Rahmen von Nato-Kampfangriffen gegen Serbien bzw. Serben beschäftigt, ist das Schicksal der vielen Tausend Kriegsflüchtlinge, die in der Bundesrepublik Schutz zu finden glauben, kaum ein Thema. Am Beispiel eines Flüchtlingslagers im hessischen Hanau beschreibt Christoph Görg, wie der angebliche Schutz aussieht, den diese laut Gesetz so privilegierten Flüchtlinge tatsächlich erfahren.

Hieran zeigt sich auch die neue Asylpolitik der Bundesregierung. Ein Jahr nach der Abschaffung des Asylparagraphen des Grundgesetzes ist nicht nur die Zahl der Flüchtlinge erwarteterweise zurückgegangen. Eine drastisch verschärfte Abschiebepraxis sorgt dafür, daß nur wenige, denen die Einreise gelungen ist, auch bleiben dürfen. Die Zustände in den Lagern und die rigorosen Beschränkungen der finanziellen und sonstigen Unterstützung werden als zusätzliches Mittel der Abschreckung eingesetzt.

Die ganze Brutalität, die die Abschaffung des Asylrechts beinhaltet, wird an der Behandlung kurdischer Flüchtlinge in der Bundesrepublik deutlich. In kaum einem anderen Fall wird die elende Verquickung bundesdeutscher Außenpolitik und Asylpolitik so augenfällig. Während die Bundesregierung die Türkei mit allen militärischen Hilfsmitteln beliefert, die notwendig sind, um den Vernichtungskrieg gegen die KurdInnen siegreich zu beenden, weist sie gleichzeitig die hier lebenden KurdInnen, die sie zuvor zu TerroristInnen erklärt hat, in die Türkei aus. Ganz offensichtlich bietet die Bundesrepublik Menschen aus anderen Ländern überhaupt keinen Schutz mehr und will dieses auch nicht. Im Gegenteil, mit dieser Art von Verurteilung der kurdischen Minderheit liefert sie noch unterschwellig eine Legitimierung der Kurdenverfolgung durch die türkische und die irakische Regierung. Schließlich hat man sich international schon immer im Kampf gegen „den Terrorismus" zusammengetan.

Die Redaktion

Errata:

Der Autor des Artikels „Triumpfzüge und wie die FAZ den Rhythmus findet" heißt Christoph Vinnat (und nicht Winnat).

Im Artikel von Jürgen Roth wurde auf Seite 44 eine Zeile verschluckt. In der 3. Spalte geht es bei der letzten Zeile wie folgt weiter: „...um der erneuten kulturellen Zurüstung Vorschub zu *leisten: Literatur darf, so wissen renommierte* Autoren..."

Wir bitten um Nachsicht, da wir mit neuer Technik zu kämpfen hatten und noch haben.

IMPRESSUM

REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach,
Telefon 069 / 88 50 06, Fax 069 / 82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Luka Radenski, Jürgen Roth, Felix Schneider, Sigrid Schönecker, Urban Weber, Jens Winter

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Arno Klönne, Silvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Mayer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick, Gilbert Ziebura

STÄNDIGE MITARBEITER:
Robert Detobel, Dieter Maier, Lothar Baier

REDAKTIONSBÜRO: Sigrid Schönecker

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postach 10 20 62, 63020 Offenbach

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Mostar 1994

LAYOUT: Sigrid Schönecker,
Birgit Letsch

DRUCK: Ehgart & Albohn GmbH, Fernwald

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr,
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die Juni-Ausgabe '94 ist der 16. Mai 1994

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplare W: DM 8,-/O: DM 5,-
Jahresabonnement W: DM 75,-/O: DM 50,-
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt. Texte können auf einer 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll-Diskette eingeschickt werden.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur Habe-nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Frieder Dittmar
Terror? Terror! 4

AKTUELL

Jörg Lauterbach
Tarifrunde '94:
Nur ein Sturm im Wasserglas 6

Memorandum-Gruppe
Die Standortdiskussion:
Falsche Behauptungen,
falsche Konzepte 8

Ludger Fittkau
Mailboxen oder die Rückkehr
zur Technokratiekritik 10

INTERNATIONAL

Joachim Hirsch
Die mexikanische Krise 16

Joachim Hirsch
Interview mit
Antonio García de León 17

Erklärung der Zapatistas
Zapata lebt in unseren Toten! 20

Ulf Baumgärtner
„Das Fiasko des Jahrhunderts“
Zu den Wahlen in El Salvador 22

Ludger Fittkau
Bevölkerungspolitik 24

THEMA: Krieg in Bosnien

Bronislaw Wojciech, aus dem Zyklus „Die Steine weinen“

Christoph Görg / Luka Radenski
„Es wird um die Wette geglaubt“
Gespräch über den Krieg
in Bosnien 26

Dzemal Sokolovic
Zwölf Stunden Demokratie 28

Christian Promitzer
Vom Krieg der Parteien zu
Parteien im Krieg 31

Ex-Anti-Nato-Gruppe
Die „Nationale Befreiung“
der „Selbstverwaltung“ 34

REZENSIONEN

Dieter Maier
Der Verein für das Deutschtum
im Ausland
Zu Lupe e.V. / Buntstift e.V. 23

Jürgen Roth
Blechbläser, Schafsköpfe, gute
Menschen
Zu F.W. Bernstein,
K. Bittermann / G: Henschel 38

Frieder Dittmar
Links ist, wo der Daumen rechts ist
Zu Dan Diners 'Verkehrte Welten' 41

ASYL

Christoph Görg
„Ich wünschte, ich wäre dort im
Lager geblieben“
Über das Leben bosnischer
Kriegsflüchtlinge in Deutschland 12

Wolf-Dieter Just
Auf dem Weg zu einer bundes-
weiten Kirchenasylbewegung 14

RUBRIKEN

Editorial 2

Termine 37

Leserbrief 37

cosa nostra
Abonnement 43

„Terror ist die Anwendung von Herrschaftsinstrumenten (physische und psychische Methoden der Gewalt und Brutalität) zum Zwecke der Einschüchterung oder um Schrecken, Verunsicherung und Angst-Einstellungen auszulösen und zu fördern."

Terror? Terror!

Gegen Mitbürger soll man mitmenschlich sein, gegenüber Gästen gastfreundschaftlich, aber wenn der Gast die Freundlichkeit mißbraucht, hat die Toleranz ein Ende und man wirft ihn vor die Tür. So denkt, wer sich als Herr im Hause fühlt. Knapp ein Jahr nach dem Anti-Asylkonsens tritt die Frage ins Zentrum der öffentlichen Diskussion, wie der Ausschluß mißliebiger, zu Gästen mutierter Bürger zu bewerkstelligen sei.

Was Journalisten nicht selber sagen wollen, dokumentieren sie kommentarlos. Ab ins Flugzeug und über der Adria die Klappe auf, durften geiferspeiende Autofahrer den Tagesthemenbeifahrern ihre Vernichtungsphantasien propagieren. Die offiziellen Meinungsträger hatten der einstimmigen Verdammung der Autobahnblockierer wenig hinzuzufügen. Kurdistan sei Kurdistan und deutsche Autobahnen demokratisch. Fast eine Woche machte sich niemand die Mühe, den neusten nationalen Konsens pluralistisch zu übertünchen. Der Feind war gefunden: die terroristische (Regierung), stalinistische (TAZ), faschistische (Freitag) und kriminelle (alle) PKK. Auf die Frage, woher er denn wüßte, daß hinter den Blockaden die PKK stünde, kam Kanther ins Stottern: 'Tja, Beweise hätten seine Beamten nicht gefunden...' – um dann hieb- und stichfest zu argumentieren, daß nur die PKK in der Lage sei, so etwas zu organisieren. Und was haben sie organisiert? Den Kurden-Terror (Bild-Schlagzeile), die neue Dimension des Terrors (Taz-Schlagzeile), den Terror der neuen Dimension, der Menschen zu Tausenden belästige (Kohl). Nur die FAZ machte sich die Mühe, den Lesern zu erklären, worin denn diese neue Dimension liege. RAF und Autonome waren harmlos, da sie immer nur an einem Ort agierten, der Kurdenprotest dagegen war dezentral und hinter ihm stecke eine unbekannte Gefahr! Oder empfand der Bundesbürger etwa die immer wieder gesendeten und abgedruckten Bilder der Selbstverbrennungen als visuellen Terror?

Über die Verurteilung der Proteste rund ums Newroz-Fest herrscht Einigkeit. Unerschüttert steht das Bild von gewalttätigen Autobahn-Terroristen, und alle fordern, ganz im Sinne der law and order-Strategien, eine Bestrafung der Straftäter. Daß die Eskalation etwas mit dem Verbot fast aller kurdischer Organisationen zu tun haben könnte, daß Veranstaltungen zum Newroz-Fest anfänglich nahezu flächendeckend in der BRD verboten waren, daß nun auch die deutsche Polizei nicht gerade zimperlich mit unerwünschten Demonstrationen umgeht, bleibt in der innenpolitischen Debatte dieser Tage außen vor.

Zur Erinnerung: Nach dem Verbot einer Newroz-Kundgebung in Augsburg sperrte die Polizei sperrte die Innenstadt und stoppte die anreisenden Busse auf der Autobahn. In Berlin wurde den Exekutivkräften das Signal zur gewaltsamen Auflösung einer Demonstration an der TU gegeben, als eine Fahne einer verbotenen kurdischen Organisation geortet wurde. In Frankfurt wurde ein Fackelzug zum Newroz-Fest verboten, da der Anmelder nicht garantieren konnte, daß Fahnen, Abzeichen oder andere Embleme von verbotenen kurdischen Organisationen nicht auftauchten. Eine kurzfristige Verlegung nach Wiesbaden verhinderten 1500 Polizeibeamte. Nach diesen faktischen Demonstrationsverboten werden wenige Tage später verschiedene Autobahnen blockiert.

In NRW laufen gegen fast 400 von 530 Blockierern Strafverfahren. Die Erfolgsquoten der Ausbürger-Polizei liegt bei 500 Festnahmen. Die massenhafte Kriminalisierung des politischen Protests fügt sich in die Kampagnen einer Ethnifizierung der Kriminalität. In den Berichterstattungen verwandelten sich die Demonstrierenden in eine homogene Masse von ausländischen Straftätern. Die Ausschreitungen waren nur der zufällige Aufhänger für die folgenden staatsmännischen Überlegungen zu entschlossenem Verhalten der Exekutivorgane gegenüber straftätigen Ausländern. Das Terrain war gut vorbereitet. Über Ausländerkriminalität konnte in den letzten Jahren dank des gewissenhaften Vermerks der Staatsangehörigkeit bei lokalen Handtaschenraubeinspaltern in den Tageszeitungen und in den Statistiken der Polizei viel gelesen und gehört werden. Was fehlte, war ein kollektives Satisfaktionsbedürfnis, der nationale Wunsch nach Vergeltung bei einem möglichst spektakulären Verbrechen. Über den Ausschluß von Dealern reicht die Einheit in den Köpfen bis zur Hafenstraße. Und so wundert es nicht, daß Drogenhandel schon heute einen unverzüglichen Abschiebegrund für Asylbewerber darstellt.

Die neue Dimension des Terrors gegen alle, die nicht als Deutsche betrachtet werden, ist das Damoklesschwert Abschiebung. Instrument des Terrors ist die allgemeine Zustimmung zu einer Abschiebung straffällig gewordener Ausländer, wo doch – derzeit – nur Asylbewerber locker abgeschoben werden können. Der oppositionelle Hinweis auf die Unmöglichkeit einer Abschiebung in ein Land, wo Folter und Mord drohen könnten, hat die Botschaft der Abschiebung aller straffälligen Nicht-Staatsangehörigen längst akzeptiert. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Kurden ist vor Jahren als Gastarbeiter in die BRD gerufen worden oder wurden gar hier geboren. Sie besitzen dementsprechend – relativ stabile – Aufenthaltsberechtigungen. Allein das deutsche Blutsstaatsangehörigkeitsrecht sorgt dafür, daß sie als besondere Bürger, eben Gäste, erfaßt sind und einer Sonderbehandlung unterliegen. So lautet denn auch der § 10 des Ausländergesetzes recht schwammig: 'Wer die Belange der Bundesrepublik beeinträchtigt, kann ausgewiesen werden.'

Die allgemeine Rede von der Abschiebung Straffälliger steigert die Erwartung nach massenhaftem Vollzug, die entäuscht werden muß. Die bayrische Landesregierung läßt sich ihr groß verkündetes Abschiebevorhaben demonstrativ durch die Gerichte stoppen, um weiterreichenden Handlungsbedarf anzumelden. Derweil wird ein in Mannheim festgenommener Kurde, der illegal in die BRD einreiste, ohne Probleme innerhalb von 14 Tagen abgeschoben. Mehrere hundert kurdische nichtanerkannte Asylbewerber wurden seit der letzten Verschärfung des Asylrechts in die Türkei ausgewiesen.

Ein TAZ-Redakteur meint nun, Autobahnblockaden seien Wasser auf die Mühlen von law and order, und schließt sich damit der law and order-Logik an, daß erst das Verbrechen, die nicht gesellschaftsfähige Handlung, Strafe nötig macht. Für die Regierung fördert diese Gewalt Ausländerfeindlichkeit. Rechtsextremisten argumentierten schon immer, daß die Ausländer der Grund

des Rassismus seien und man sie deshalb loswerden müsse. Brav und unauffällig sein, und sich der deutschen Kultur, insbesonders der deutschen demokratischen politischen Kultur anpassen, lauten die wohlmeinenden Ratschläge.

In der Verknüpfung Ausländer, Kriminalität und Abschiebung ist die Drohung der Abschiebung gegen alle nicht als Deutsche Definierten ausgesprochen und damit der Ausschluß aus der bundesrepublikanischen Gesellschaft auf ein weiteres bestätigt. Abschiebung markiert den Status der Duldung. Die hektischen Distanzierungen und Treueschwüre auf die FDGO interviewter MigrantInnen zeigen, daß die Botschaft verstanden worden ist. Fingierte Abschiebebescheide, wie sie kürzlich in Nürnberg auftauchten, wirken erst, wenn der Inhalt vorstellbar geworden ist.

Derweil bemüht sich die türkische Regierung, den Abschiebeplänen unnötige Hindernisse aus dem Weg zu räumen, kommen sie doch dem Wunsch entgegen, endlich der Staatsfeinde habhaft zu werden. 'Wir nehmen sie alle', die Straftäter, versprach der türkische Botschafter und stellte damit klar, daß unter Freunden Abschiebungen schnell, unbürokratisch und billig zu bewerkstelligen seien. Mit Blick auf die bundesdeutsche Öffentlichkeit erachtete es der türkische Justizminister für notwendig, ausdrücklich zu versichern, daß das Stellen eines Asylantrags in der BRD alleine noch keinen Straftatsbestand in der Türkei darstelle. Zwar habe die Türkei schon vor Jahren die Einhaltung der Menschenrechte völkerrechtlich verbindlich garantiert, aber wenn es die BRD unbedingt wünscht, wird sie auch ein weiteres mal versichern, daß Folter, Mord, etc. auch in der Türkei nicht geduldet werden. Es sei nun auch der türkischen Regierung zu Ohren gekommen, daß derartiges in Einzelfällen eventuell doch vorgekommen sein könnte. Nun, die TITANIC hatte recht als sie vor einem Jahr Asylbewerbern den Rat gab, eine amtliche Bestätigung über durchgeführte Folter und bevorstehenden Mord bei Rückkehr den deutschen Behörden vorzulegen. Die Gewährung von Asyl ist eine diplomatische Angelegenheit.

Die Kollaboration in Sachen Terror beruht auf Gegenseitigkeit und zahlt sich für beide Seiten aus. Sichtlich erfreut zeigte sich die Türkei, als im Herbst letzten Jahres nun auch die Bundesregierung im Kahlschlagverfahren kurdische Organisationen verbot. Einen besseren Beweis für den gerechten Kampf gegen die kurdischen Terroristen hätte die BRD nicht liefern können. So stößt die bundesdeutsche Aufregung um Waffenlieferungen mithin auf Unverständnis.

Seit 1991 verschenkte das Verteidigungsministerium 265 000 Gewehre, 344 Mio. Schuß Munition, Panzer und anderes ausgemustertes NVA-Material an den Bündnis-Partner, gewissermaßen als Golfkriegs-Dankeschön für die Wahl der richtigen Seite. Daneben ist Militärhilfe für den ärmeren, aber strategisch wichtigen NATO-Partner seit Jahren üblich und wurde auch während der diversen Militärputsche in der Türkei oder bei der Zypern-Besetzung nicht eingestellt. Vereinbart war, daß das Material nur zu Verteidigungszwecken benutzt werden dürfe.

Nun verlangt die Bundesregierung die Einzelfallprüfung. Es müsse sich schon eindeutig um eine deutsche Kugel im Kopf eines erschossenen Rebellen handeln, um die aufgeschobenen Waffengeschenke ganz auszusetzen. Der Leiche wird's egal sein, der türkischen Regierung auch. Forsch gab der türkische Verteidigungsminister zu, daß es mit den Verträgen übereingehe, zwar nicht Kurden, aber Terroristen zu terrorisieren. Der türkische Botschafter in Bonn kennt die Befindlichkeiten der BRD besser und dementierte wenig später. So ist denn die Bundesregierung noch immer auf der Suche nach noch eindeutigeren Beweisen, wird zu unser aller Überaschung diese nicht finden und hat es derweil geschafft, daß dieser Beweis zur Toleranzgrenze der zwischenstaatlichen Freundschaft erhoben wird. Zur Disposition steht allein die letzte Ladung der NVA-Abwicklungsschenkungen. Die Opposition profiliert sich, indem sie diese stoppen will. An weiterreichende Maßnahmen mag niemand denken. Die BRD ist für die Türkei der wichtigste Außenhandelspartner, die Türkei für bundesdeutsche Konzerne ein wichtiges Billiglohnland. Der Stolz der deutschen Industrie, etwa Siemens, Mercedes-Benz und Bosch, läßt Vor- und Teilprodukte in der Türkei produzieren. Andererseits gilt die Türkei als zuverlässiges, früher antikommunistisches, heute antifundamentalistisches Bollwerk gen Osten – zumindest für die derzeitige Bundesregierung.

Wenn es das Ziel der Protestaktionen war, die Aufmerksamkeit der bundesdeutschen Medien auf die deutsch-türkische Zusammenarbeit in Sachen Terror zu lenken, dann muß von einem zwar teuer bezahlten, aber vollen Erfolg gesprochen werden. Spektakuläre Bilder steigern den Neuigkeitswert der schon altbackenen Meldung. In Deutschland empört man sich gerne über politische Kulturlosigkeit: über den Terror in Kurdistan und die schrittweise Entblößung des türkischen Staatsapparates durch das Abstreifen seiner demokratischen Accessoires – erscheint die BRD dann doch im rosigeren Lichte – genauso, wie über die unangemessenen Reaktionen der Kurden, speziell der PKK – die gefälligst dankbare Opfer bleiben sollen, statt am rosigen Lack zu kratzen. Deutschlands Autobahnen seien eben nicht Kurdistan. Wo und wie gegen Terror agiert werden darf und was überhaupt Terror ist, bestimmen die Hausherren. Wie praktisch, daß es Grenzen gibt. ●

FRIEDER DITTMAR

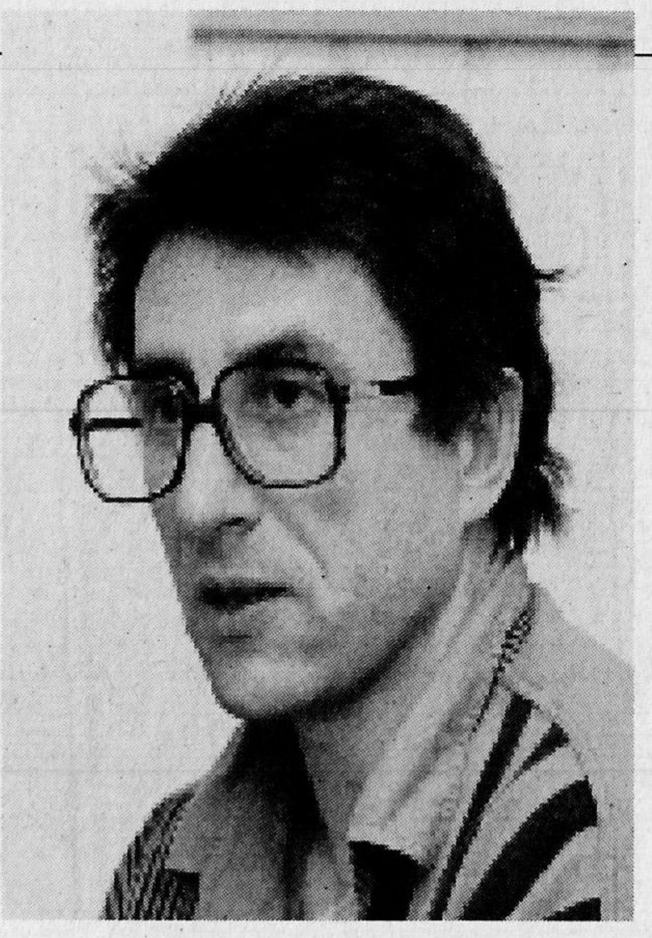


Foto: Marily Stroux

Es wird Zeit, daß sie rauskommen!

Einen Freund „vorstellen", der gefangen ist – schreiben, damit mehr Leute sich einmischen, daß er rauskommt, daß alle rauskommen, an diesem Beispiel – geht das? Was können wir sagen, was nicht alle wissen zu der Ungeheuerlichkeit von 17, 19, 22 Jahren Gefangensein?

Als wir Ostern '73 aus dem besetzten Haus Ekhofstraße in Hamburg geräumt wurden, landete Karl-Heinz Dellwo erst einmal ein Jahr im Untersuchungsgefängnis... Wir wollten ein Haus, brauchten Raum jenseits von Gleichgültigkeit, Leistung und Konsum, wir wollten leben... daß die sozialdemokratische Staatsmacht auf Aufbruch mit dem Versuch der Zerstörung der Aufbrechenden antwortete, war für uns hammerhart, wenn auch nicht neu... es hatte die Studenten- und Lehrlingsbewegung gegeben, die Aktionen der RAF gegen den US-Völkermord in Vietnam, es gab schon politische Gefangene, isoliert und im Kampf darum zu vermitteln, daß Isolation Folter ist...

Als Karl-Heinz 1975 bei der Besetzung der BRD-Botschaft in Stockholm gefangen genommen wurde, ging es um die Befreiung der damaligen RAF-Gefangenen – zuvor war Holger Meins im zweiten Hungerstreik durch gezielte Zwangsunterernährung gestorben. Es folgte eine Eskalation der Zerstörung gegen alle RAF-Gefangenen, das 24-Punkte-Programm der Isolation, Ulrike Meinhof erhängt, totale Abschottung nach außen durch „Kontaktsperre", Stammheim 1977 und immer der Kampf ums Leben, die eigene Identität, die Gruppe – unzählige Hungerstreiks... 16 Jahre saß Karl-Heinz im Trakt, seit 1979 zusammen mit Lutz Taufer und Knut Folkerts in Celle, seit 1991 nicht mehr im Trakt...

Karl-Heinz hat uns immer wieder getroffen – z.B. in den Kämpfen um die Hafenstraße 1986/87 in einer Intensität, wie sie sonst mit wenigen Leuten außerhalb der Häuser möglich war... Sein Interesse an dem, was draußen Neues entwickelt wurde, seine Fragen, warum Altes reproduziert wird, seine Gegenwart haben uns auch mit anderen verbunden, zu denen wir diese Nähe nicht haben.

Wir wollen ihn endlich wieder draußen, unter uns – und alle anderen auch.

Simone Borgstede, Brigitte Simonsen

JÖRG LAUTERBACH

Tarifrunde '94:

Nur ein Sturm im Wasserglas

Wie sind Tarifergebnisse zu bewerten, die von FAZ über Zeit bis zur FR, von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften gleichermaßen als „Erfolg" gewertet werden? Was ist davon zu halten, wenn ausgerechnet Kohl die Vernunft entdeckt, die hier einen „Sieg" errungen hätte?

Die Tarifrunde '94 ist gelaufen, die Ergebnisse sind bekannt: Faktische Nullrunden, Arbeitszeitkorridore (zum Teil bis zur 48-Stundenwoche), Möglichkeiten zur untertariflichen Bezahlung, massive Tarifflucht bedeutender Unternehmen. Die tarifvertragliche Vereinbarung der IG Chemie, Erwerbslose zu 90 % weniger Lohn einstellen zu können, verstößt möglicherweise gar gegen das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes. Süffisant bemerkte die FR, daß die Gewerkschaften ihren Mitgliedern Rechtschutz gewährt.

Die IG Metall, nach wie vor größte Einzelgewerkschaft der Welt, hält es sich zugute, „maßlose Arbeitgeberforderungen" abgewehrt zu haben. Hoch gehandelte beschäftigungssichernde Maßnahmen sind mit massivem Lohnabzug verbunden, auf soziale Umverteilungsmaßnahmen wurde aufgrund der wirtschaftlichen Situation gleich ganz verzichtet.

Als wichtigsten Erfolg verbuchen die Gewerkschaften, daß es ihnen gelungen ist, die zentralen Forderungen der Arbeitgeber (15%ige Lohnsenkungen, Streichung von Urlaubstagen und -geld) verhindert zu haben. Anders ausgedrückt: Die Gewerkschaften haben den relativen Erhalt des Status quo – zumindest für die Kernbelegschaft – gesichert. Und genau hier liegt die Crux der Tarifauseinandersetzungen 1994. Diese waren primär Verhinderungsrunden. Einen Streik, dessen Eigendynamik kaum abschätzbar war, wollten die Gewerkschaften nicht riskieren. Die hohe Beteiligung an den Warnstreiks war der Führungsetage daher auch eher suspekt. Nichtmal ganz zu unrecht. Weder gab es ein positiv benennbares Ziel, noch eine griffige Parole wie etwa 1984 im Kampf für die 35-Stunden-Woche. „Uns reicht's!", hieß '94 die Losung. So verständlich die Empörung über den „sozialen Kahlschlag" auch ist, für einen Streik oder gar für langfristige politische Programme ist sie allemal zu wenig. Eine Kampfansage gegen die herrschende Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde auch von dieser Seite weder formuliert noch propagiert.

Im Gegensatz zur Kampfbereitschaft der Basis dominierte auf höherer Ebene eindeutig die Intention, mittels Spitzengesprächen ein Ergebnis zu erzielen, mit dem die Gewerkschaften ihr Gesicht einigermaßen wahren konnten. Ob das gelungen ist, darf bezweifelt werden. Die relativ dünne Mehrheit von noch nicht einmal 64 % in der Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis bei der IG Metall dokumentiert eher Unzufriedenheit als Zustimmung. Die Annahme des Resultats, trotz des diffusen Frusts, durch die Basis, wurde von der Gewerkschaftsspitze mit Erleichterung konstantiert: „Ein Streik für mehr wäre nicht durchzuhalten gewesen", lautet hier die Diagnose. Sicherlich wäre es interessant, danach zu fragen, ob sich die Gewerkschaftsführungen 1994 anders als die ÖTV 1992 verhalten hätten, die trotz der Ablehnung durch die Basis den damaligen Tarifvertrag unterschrieb und damit ein unvergessenes Beispiel „innergewerkschaftlicher Demokratie" lieferte.

Grundsätzlich spiegelt die Tarifrunde '94 die gegenwärtige Situation der Gewerkschaften wider: Rat- und perspektivlos stehen sie den aktuellen Krisenprozesen gegenüber. Ohne emanzipativ-reformerische

Konzeptionen (von subversiven mag heute eh keine/r mehr reden), imitieren sowohl die Einzelgewerkschaften als auch ihr Dachverband die Vorgaben der Wirtschaft – nur meist schlechter.

Finanzielle Sorgen waren auch hier Ausgangspunkt der Organisationsentwicklungsprojekte, die sich immer mehr als rigorose Sparkonzepte entpuppen. Wie so oft wird meist am falschen Ende hingelangt. Personalabbau statt Personalentwicklung, lautet auch bei den Gewerkschaften die – hier nicht ganz so offen propagierte – Parole. Karriereplanung findet im Gegensatz zur feien Wirtschaft so gut wie nicht statt, Bereiche wie politische Bildung und Erziehung werden vernachlässigt. Ausgerechnet das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB, aus dem sich einst der linke Gewerkschaftsnachwuchs rekrutierte, wird als eigenständige Forschungsinstitution aufgelöst und der Hans-Böckler-Stiftung angegliedert.

Zugegeben, die allgemeinen Bedingungen für gewerkschaftliche Kämpfe sind denkbar schlecht: Massenarbeitslosigkeit, Mitgliederschwund, Finanzkrise, konservativ-reaktionäre politische Mehrheiten und ein § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes, der ausschließt, daß von Arbeitskampfwirkungen Betroffene wenigstens Kurzarbeitergeld erhalten. Verständlich, daß unter solchen Voraussetzungen ein Streik enorme Risiken in sich birgt. Aber daß die Gewerkschaften angesichts der sich auf allen Ebenen verschärfenden ökonomischen Verhältnisse nicht einmal mehr wissen, für was sie kämpfen und streiken sollen, ist doch einigermaßen blamabel. Dabei liegen die Themen nur so auf der Straße herum: Massive Kürzungen beim Arbeitslosen- und Sozialhilfegeld, Treuhandpolitik, Diskussionen um ein freiwilliges, je nach Belieben soziales, kulturelles oder ökologisches Jahr, die allesamt Zwangscharakter haben, geplante Ernteeinsätze für Arbeitslose, staatliche „Beschäftigungsoffensiven“ mit Arbeitszwang bei untertariflich bezahlter Arbeit und ohne Gewährleistung von Sozialleistungen, tagtägliche Denunziationskampagnen gegen Arbeitslose, die massenwirksam als „Sozialbetrüger“ geoutet werden, auf dem Rücken der Schwächsten abgewälzte Pflegeversicherung und Einheitskosten, Disziplinierung der Belegschaften ganzer Industriezweige und Dienstleistungssektoren mit dem Damoklesschwert des Arbeitsplatzverlustes. Das alles schreit doch förmlich nach Protest – und berührt faktisch das ureigenste Feld gewerkschaftlicher Politik.

Daß es gegen das herrschende wirtschafts- und sozialpolitische Programm der Deregulierung und Flexibilisierung keinen gewerkschaftlichen Aufstand gibt, hat mehrere Ursachen, grundsätzlich aber fehlt es an alternativen Vorstellungen für eine halbwegs demokratische postfordistische Gesellschaft. Deren Substanz wird nicht zuletzt von ihrer Arbeitsorganisation, der Asyl- und Flüchtlingspolitik und dem Umgang mit der trotz allem noch vorhandenen linken und linksradikalen Opposition abhängen. Der „autoritäre Etatismus“ ist bereits erschreckend real und findet gegenwärtig in der Kollaboration zwischen staatlich-institutionellem und Bevölkerungsrasissmus seinen vorläufigen Höhepunkt. Dem haben die deutschen Gewerkschaften samt ihren Grundsatzabteilungen offenbar nichts entgegenzusetzen, wollen dies scheinbar auch gar nicht. Daß manche Herren aus der Führungsriege in der *taz* gar damit protzen, daß sie für die faschistische *Junge Freiheit* Interviews geben, ist nur ein weiteres Trauerspiel am Rande. Die prinzipielle Inferiorität gegenüber gesamtgesellschaftlichen Fragen hat vor allem strukturelle Ursachen.

Die westdeutschen Gewerkschaften waren nicht zuletzt aufgrund ihres Entstehungskontextes im nachfaschistischen Deutschland sowohl in ihrem Selbstverständnis als auch im Bewußtsein ihrer MitgliederInnen in erster Linie ein Dienstleistungsunternehmen, mehr ein Versicherungsverein denn kollektives Subjekt im Sinne einer politischen Kampforganisation der Lohnabhängigen. Damit sind (fast) alle, samt der Arbeitgeberseite, eine Zeitlang gut gefahren, primär auf Kosten der Menschen in der sogenannten Dritten Welt. Mit dem Konzept der „Sozialpartnerschaft“ wurden die westdeutschen Gewerkschaften faktisch zum integralen Bestandteil des „Modell Deutschland“, selten waren sie Teil der linken, nie der linksradikalen Opposition. Hierzulande waren APO, Frauen, Anti-AKW- und andere soziale Bewegungen, Jobber-, Arbeitsloseninitiativen und Wohlfahrtsausschüsse in aller Regel auf sich alleine gestellt.

Aufgrund der fehlenden Außenbeziehungen zu praktisch-politisch handelnden Gruppen und Oppositionsbewegungen blieb die immer wieder propagierte interne Reform der Gewerkschaften stets Stückwerk. Allerdings dokumentiert die Abschottung gegenüber dem linken Protest auch den Prozeß der Etablierung gewerkschaftlicher Macht und räumt auf mit der Mär, daß es dem Kapital und den konservativen Parteien um die Zerschlagung der Gewerkschaften ginge. Sowohl der Fordismus mit seiner tayloristischen Arbeitsorganisation als auch postfordistische Gesellschaften und deren lean production bedürfen Gewerkschaften, die in der Lage sind, sowohl Beschäftigte als auch außer Brot Gesetzte, sowohl „Arbeitsplatzbesitzer“ als auch Arbeitslose zu integrieren und zu disziplinieren. Nicht zuletzt aufgrund der Angst vor Machtverlust stehen die Gewerkschaften kurz davor, auch diesen Part mitzuspielen. Dergestalt sind sie nicht in der Lage, an der Demokratisierung des „Ungeheuers“ mitzuwirken. Und so war die ganze Chose im und um den Tarifkonflikt 1994 doch wieder nur eins: Ein Sturm im Wasserglas. ●

Holm-Detlev Köhler/
Manfred Wannöffel (Hrsg.)

Gewerkschaften und Neoliberalismus in Lateinamerika

1993 - 164 S. - DM 34,00
ÖS 265 - SFR 35,20
ISBN 3-924550-74-3

Holm-Detlev Köhler

Spaniens Gewerkschaftsbewegung.
Demokratischer Übergang - Regionalismus - ökonomische Modernisierung

1993 - 350 S. - DM 39,80
ÖS 311 - SFR 41,00
ISBN 3-924550-75-1

Manfred Wannöffel

Sachzwang Japan.
Zum arbeitsorganisatorischen Umbruch in der internationalen Automobilindustrie

1991 - 281 S. - DM 48,00
ÖS 375 - SFR 49,40
ISBN 3-924550-57-3

Karl Bruckmeier

Strategien globaler Umweltpolitik

1993 - 297 S. - DM 39,80
ÖS 311 - SFR 41,00
ISBN 3-924550-88-3

Alain Lipietz

Berlin, Bagdad, Rio

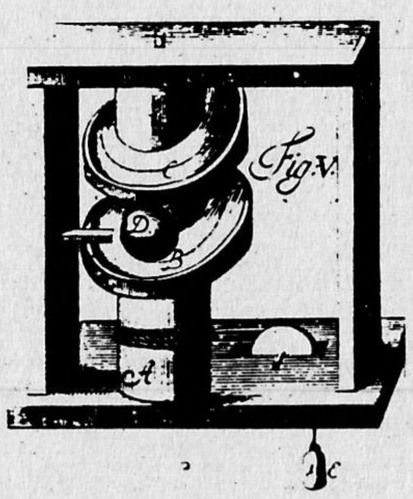
(einsprüche Bd. 3)
1993 - 130 S. - DM 25,00
ÖS 195 - SFR 26,30
ISBN 3-924550-90-5

Jean-Francois Couvrat/ Nicolas Pless

Das verborgene Gesicht der Weltwirtschaft.
Das internationale Geschäft mit Drogen, Waffen und Geld

1993 - 295 S. - DM 48,00
ÖS 375 - SFR 49,40
ISBN 3-924550-78-6

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT
48145 Münster · Dorotheenstr. 26 a
Tel. 02 51/6 08 60 80



MEMORANDUM-GRUPPE

Die >Standortdiskussion<: Falsche Behauptungen, falsche Konzepte

Seit den 70er Jahren stellt die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* Ende April ihr jährliches *Memorandum* vor, in dem sie zu aktuellen und grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Fragen Stellung nimmt. Ursprünglich war das Memorandum eine linkskeynesianische Kritik am Frühjahrsgutachten der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute, doch inzwischen hat es sich zu einer umfassenden Stellungnahme verselbständigt. Insbesondere die Wirtschaftspolitik im vereinten Deutschland steht in den letzten Jahren im Mittelpunkt der Veröffentlichung. Die Arbeitsgruppe besteht aus Wirtschafts- und SozialwissenschaftlerInnen, die jeweils im Februar eine Kurzfassung des späteren Buches veröffentlichen. Aus dieser Kurzfassung stammt der nachfolgende Auszug zum Thema „Standort". Die vollständige Fassung erscheint in diesen Tagen im Verlag PapyRossa.

Bundesregierung und Unternehmerverbände stellen ihre Angriffe auf die Beschäftigung und den Lebensstandard der Lohn- und Gehaltsabhängigen und die EmpfängerInnen von Sozialleistungen unter das Motto der Standortsicherung. Sie behaupten, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft werde durch zu hohe Löhne, zu geringe Arbeitszeiten, zu hohe Belastungen der Unternehmen mit Sozialabgaben und Steuern sowie durch übermäßige Staatsausgaben und öffentliche Schulden bedroht. Um in der internationalen Konkurrenz auf den Weltmärkten mithalten zu können, müsse die deutsche Wirtschaft von inländischen Kosten entlastet, müßten die von Lohn-, Gehalts- und Sozialeinkommen Abhängigen mehr Leistungs- und Opferbereitschaft zeigen. Als Belege für die drohenden Gefahren werden u.a. die Entwicklung der Handelsbilanz, die Lohnstückkosten, Lohnnebenkosten, Arbeits- und Betriebszeiten, Staatsquoten, Abgabequoten und die öffentliche Verschuldung angeführt.

Derartige Behauptungen sind zum einen teils methodisch unsinnig, teils unzutreffend. Zum anderen sind sie Ausdruck einer Weltmarkt- und Wachstumsfixierung, die selbst voller Widersprüche steckt und eine sozial wie ökologisch verträgliche wirtschaftliche Entwicklung verhindert. In beiden Fällen dienen sie der Stimmungsmache gegen die Gewerkschaften und die einkommensschwachen Gruppen der Gesellschaft.

1. *Methodisch unzulässig* ist es, in der Diskussion über die Belastungen der Unternehmen neben den Lohnstückkosten die Sozialabgaben und sonstigen Lohnnebenkosten sowie die Länge der Arbeitszeiten zusätzlich anzuführen. Einerseits sind nämlich in dem statistischen Standardbegriff der „Einkommen aus unselbständiger Arbeit" bereits alle Lohnnebenkosten einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung enthalten. Andererseits wird im Konzept der Lohnstückkosten die Lohnsumme pro Beschäftigten zum Produktionsergebnis pro Erwerbstätigen (also zur Erwerbstätigenproduktivität) in Beziehung gesetzt. In letzterer ist die Länge der Arbeitszeit jedoch enthalten (sie sinkt, wenn die Arbeitszeit verkürzt wird). Sie kann daher nicht neben den Lohnstückkosten ein zweites Mal in Ansatz gebracht werden. Wo dies dennoch geschieht, handelt es sich um Versuche der Fehlinformation einer wirtschaftlich ungeschulten Öffentlichkeit.

2. *Methodisch unzulässig* ist es ferner, in den Lohnstückkosten eine nominale Größe (Löhne und Gehälter) mit einer Realgröße (Produktionsergebnis zu konstanten Preisen) zu vergleichen. Um die Belastungen der Unternehmen durch Lohnkosten zu ermitteln, müssen vielmehr die Zahlungen für Löhne pro Produkteinheit mit den Verkaufserlösen pro Produkteinheit verglichen werden, in die natürlich die Preissteigerungen eingehen. Wenn bei unveränderten Produktionsmengen die Löhne um die Rate der Produktivitätssteigerung und der Preissteigerung steigen, bleibt die Belastung der Produktion mit Lohnkosten unverändert. Wird die Preissteigerung aus der Berechnung der Lohnstückkosten ausgeklammert, entsteht jedoch der Eindruck die Lohnkostenbelastung sei gestiegen.

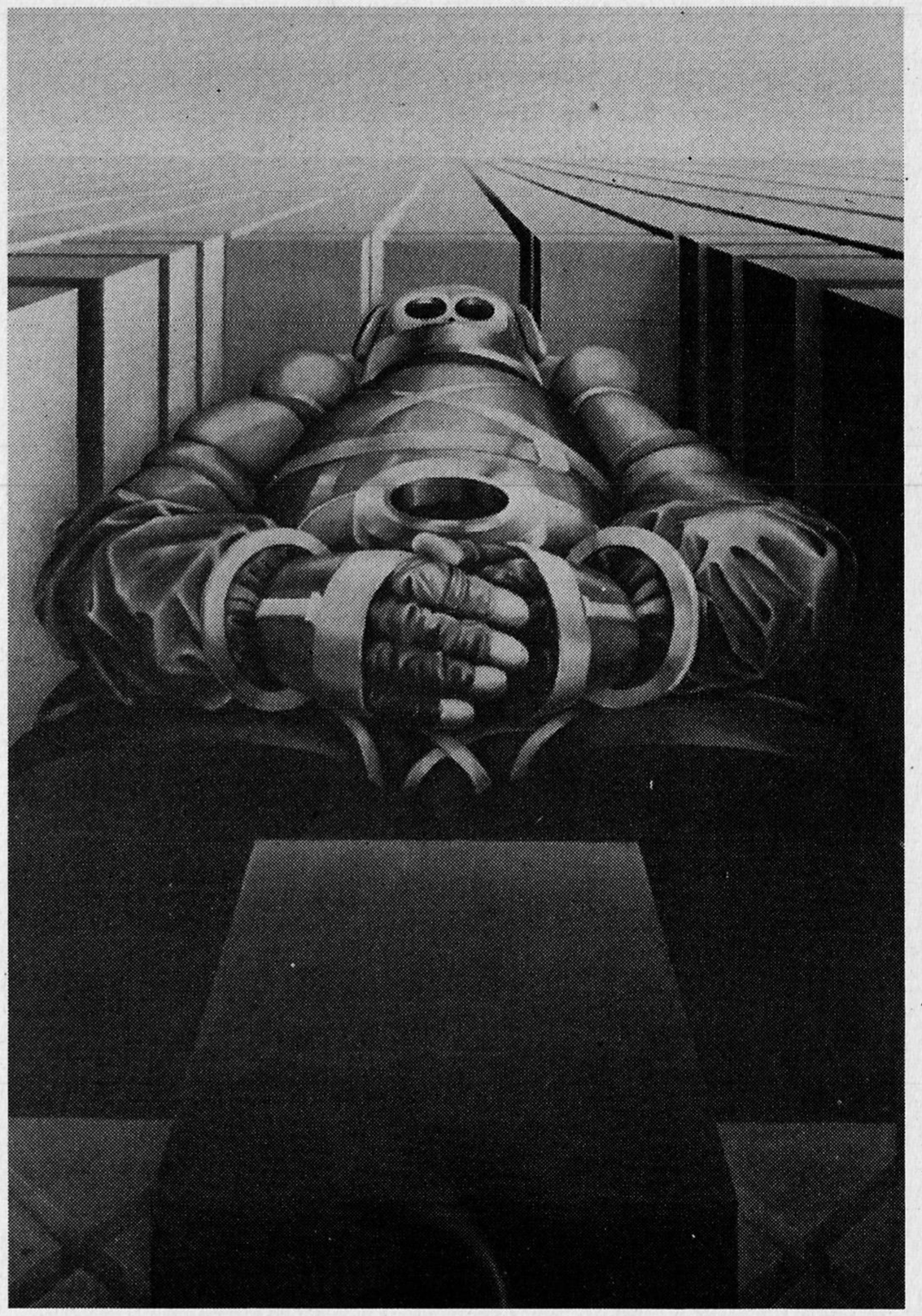
Die Forderung, erstens Preissteigerungen bei der Berechnung der Lohnkostenbelastung unberücksichtigt zu lassen und zweitens die Lohnstückkosten nicht zu steigern, läuft darauf hinaus, die Lohnquote um die Rate der Preissteigerungen zu senken. Durch hohe Marktmacht verursachte Preissteigerungen sollen so, dieser Argumentation folgend, durch die Lohn- und GehaltsempfängerInnen finanziert werden. Das in der öffentlichen Diskussion verwendete Lohnstückkostenkonzept wäre nur bei unverändertem Preisniveau zutreffend. Davon aber geht nicht einmal die Deutsche Bundesbank aus, die von einer (nicht konjunkturell verursachten) „unvermeidlichen Inflationsrate" in Höhe von 2 % spricht.

3. *Unzutreffend* ist die Behauptung, die Wettbewerbsdisposition werde durch zu hohe Löhne bedroht. Seit Beginn der achtziger Jahre sind die realen Lohnstückkosten in Deutschland stärker gefallen, die nominalen weniger gestiegen als in den anderen Ländern der OECD. Der überdurchschnittliche Anstieg in den letzten beiden Jahren ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß der konjunkturelle Abschwung in Deutschland einigungsbedingt später einsetzte. Da ein konjunktureller Abschwung aber immer – wegen der sinkenden Produktivität – mit stei-

genden Lohnstückkosten verbunden ist, mußten die „zu spät" kommenden deutschen Werte aus dem Rahmen fallen. Eine Verschlechterung der deutschen über einen längeren Zeitraum läßt sich hiermit jedoch nicht belegen. Die international insgesamt überdurchschnittlich günstige Position hat vielmehr nach wie vor Bestand.

4. Das gleiche gilt für die im internationalen Vergleich angeblich zu hohen *Staatsausgaben und Defizite der öffentlichen Hand*. Trotz der außerordentlich hohen Beanspruchung der öffentlichen Finanzen aufgrund der deutschen Einigung liegt Deutschland bei beiden Größen international auf den hinteren Rängen. Denn die großen Transfers nach Ostdeutschland sind zum Teil aus der Streichung anderer Staatsausgaben finanziert worden. Der hierin zum Ausdruck kommende rigide Spar- und Hochzinskurs der Bundesregierung und der Bundesbank hat im übrigen schädliche ökonomische Wirkungen für die deutsche und europäische Konjunktur gehabt. Der Anteil der Staatsausgaben, der für Zinszahlungen verwendet werden muß, ist nach den Angaben der OECD mit rund 6 % genauso hoch wie in den USA und den meisten europäischen Ländern und deutlich niedriger als in Japan (10 %). Bei einem internationalen Vergleich fällt darüber hinaus auf, daß weder die Höhe der Staatsquote noch die der Staatsschulden oder der Neuverschuldung und auch nicht die Belastung mit Zinsen einen Zusammenhang mit der ökonomischen Entwicklung erkennen lassen. Das hohe Defizit der USA hat beispielsweise den Aufschwung nicht behindert, das niedrige Japans die Krise nicht verhindert.

5. *Unzutreffend* ist ferner die Behauptung, der deutsche Außenhandel werde durch die innerdeutsche Kostenbelastung beeinträchtigt. Der zeitweise – mittlerweile allerdings schon wieder gestoppte – Rückgang der Außenhandelsüberschüsse ist vielmehr durch drei Faktoren bedingt, die mit Kosten nichts zu tun haben. Erstens: Da der Export in erster Linie durch die wirtschaftliche Dynamik der Importländer bestimmt wird und diese sich 1991 und 1992 durchweg in einer Rezession befanden, kam es zu einer Abschwächung der Exportnachfrage insbesondere bei Investitionsgütern in Deutschland. Zweitens führte der Nachfrageboom aus Ostdeutschland zu einer enormen Importsteigerung in Westdeutschland. Auch das schlug sich in einer Verringerung des Außenhandelsüberschusses nieder. 'Soweit drittens die Ausfuhr preisabhängig ist, wurde sie in den letzten beiden Jahren nicht durch kostenbedingt hohe Ausfuhrpreise deutscher Exporteure, sondern durch die Aufwertung der DM beeinträchtigt. Diese hat die deutschen Waren für die Importeure im Ausland relativ stark verteuert. 1993 lag der reale Außenwert der DM – in dem unterschiedliche Preissteigerungsraten und Wechselkursveränderungen



berücksichtigt werden – um 7,6 % höher als zwei Jahre vorher. Während in den achtziger Jahren die niedrigeren Preissteigerungen in Deutschland gegenüber den importierenden Ländern die nominalen Aufwertungen durchweg überkompensierten und dies zu einem enormen Exportschub für Deutschland (zu Lasten anderer Länder) führte, war dies ab 1991 nicht mehr der Fall. (Im übrigen soll darauf hingewiesen werden, daß die Aufwertung der DM gemeinhin als Zeichen der starken Weltmarktposition der DM gedeutet wird, die sich ihrerseits auf die überdurchschnittlich gute Lage und Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gründet. Wenn jetzt der gleiche Sachverhalt als Zeichen internationaler Schwäche ausgegeben wird, zeugt das von Beliebigkeit im Umgang mit Tatsachen, Zusammenhängen und Theorien.

6. Trotz der zeitweisen – und nicht kostenbedingten – Verlangsamung der deutschen Ausfuhr und trotz Leistungsbilanzdefiziten während der letzten drei Jahre kann auch rein empirisch von einer Gefährdung oder Schwäche der deutschen Weltmarktposition nicht die Rede sein. Seit 1986 war Deutschland viermal der größte Exporteur der Welt, die anderen viermal stand die deutsche Wirtschaft hinter den USA an Platz zwei, weit vor Japan und dem Rest der Welt. 18 % der Exporte der OECD-Länder, auf die gut zwei Drittel des Welthandels entfallen, kommen aus Deutschland. Bei Chemikalien, Autos und Maschinen sind es jeweils über ein Fünftel. Nach wie vor zeichnet sich die deutsche Ausfuhr durch ein international einzigartig breites Sortiment technologieintensiver Produkte aus. Auch in einigen Bereichen der Spitzentechnologie – z.B. der Telekommunikation und der Werkstofftechnologie – gehören deutsche Unternehmen zur Führungsgruppe der Welt, in anderen allerdings nicht. Mittlerweile steigt auch der deutsche Außenhandelsüberschuß wieder. Die deutsche Weltmarktposition, die in den achtziger Jahren erheblich verstärkt wurde, lag 1992 nach wie vor auf einem gegenüber dem Beginn der achtziger Jahre beträchtlich erhöhten Niveau.

Zwischenergebnis: Alle Behauptungen, aus denen in der Standortdiskussion Forderungen nach Lohnsenkungen, Verlängerung der Arbeitszeiten, Senkung von Staatsausgaben und Unternehmenssteuern abgeleitet werden, sind also entweder methodisch unzulässig oder schlicht falsch. Die starke deutsche Position auf dem Weltmarkt wird durch die Einkommen der Beschäftigten und die Ansprüche der öffentlichen Hand nicht beeinträchtigt.

7. Daß die deutsche Weltmarktposition dennoch nicht ohne Risiken ist, folgt nicht aus der inneren Kostenbelastung, sondern aus den Mechanismen der internationalen Konkurrenz. Eine Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, die diese Konkurrenz einerseits hemmungslos betreibt und sich ihr andererseits ausliefert, ist immer bedroht. Das ist der Kern der Widersprüche eines weltmarktorientierten Typus kapitalistischer Entwicklung. Er richtet sich darauf, die Nachfrage- und Akkumulationsprobleme,

die sich aus der Profitorientierung im Rahmen einer „geschlossenen" nationalen Wirtschaft ergeben, durch Expansion ins Ausland zu lösen. Die Tatsache, daß diese Strategie von den führenden Unternehmen aller kapitalistischen Länder betrieben wird, macht erstens die Dynamik der kapitalistischen Internationalisierung aus, konstituiert zweitens den kapitalistischen Weltmarkt, auf dem drittens die internationale Konkurrenz eine besondere Schärfe gewinnt. Im Unterschied zur Konkurrenz im nationalen Rahmen sind die Nationalstaaten und ihre Regierungen in der internationalen Konkurrenz nämlich nicht die Instanz für die Überwachung der Spielregeln, sondern Partei an der Seite „ihrer" Unternehmen im Kampf um Weltmarktanteile, bei dem es zwar Spielregeln, aber keine wirksame Instanz für ihre Überwachung und Durchsetzung gibt. Nationalstaatliche Politik richtet sich unter diesen Bedingungen in erster Linie darauf, die „eigenen" Unternehmen für die Weltmarktkonkurrenz zu stärken, d.h. international wettbewerbsfähig zu machen. Auf diesen Zweck wird die Forschungs- und Entwicklungspolitik, die Außenhandelsstrategie, aber auch die Sozial- und Umweltpolitik ausgerichtet. Produktivkraftentwicklung wird zur Modernisierung für den Weltmarkt. Ebenso gibt es Sozialabbau für den Weltmarkt, Zurückhaltung beim Umweltschutz aus Rücksicht auf den Weltmarkt usw.

Die theoretischen Widersprüche einer von allen großen Konzernen und Ländern betriebenen weltmarktorientierten Wachstumsstrategie führen zu enormen praktischen Kosten und Schäden: Erfolg auf dem Weltmarkt und Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit werden zur Richtschnur und zum Selbstzweck der Wirtschaftspolitik. Die Forderung, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik sollten der bestmöglichen Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der Menschen dienen, sinnvolle Beschäftigung für alle bieten und durch schonenden Umgang mit Natur und Umwelt eine dauerhafte Entwicklung gewährleisten, tritt hinter dem Ziel des Weltmarkterfolges zurück. Die Prioritäten werden vertauscht, das Zweck-Mittel-Verhältnis wird umgedreht; Weltmarktorientierung und Wettlauf-Psychosen erlangen eine gefährliche Eigendynamik: Der Weltmarkt ist in diesem Entwicklungstyp nicht (untergeordnetes) Instrument, das eingesetzt wird, um Vollbeschäftigung, sozialen Wohlstand und eine ökologisch tragfähige Entwicklung zu erreichen; Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik werden vielmehr zu Instrumenten, durch die (d.h. durch deren weitgehende Zurücknahme) Positionsgewinne auf dem Weltmarkt erzielt werden sollen. Die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wird dabei in der Regel als unabweisbarer Imperativ ausgegeben, der sich aus den schicksalhaften Sachzwängen des Weltmarktes ergibt. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Entwicklungsoption, die den jeweiligen stärksten nationalen Interessengruppen und den international stärksten Ländern dient – und insofern natürlich mit großer Durchsetzungskraft ausgestattet, aber keineswegs die einzig mögliche Option ist. ●

LUDGER FITTKAU

Mailboxen oder die Rückkehr zur Technokratiekritik

Anmerkungen zum Artikel „Medien, Mythen, Mailboxen" von Thomas Kunz

„Linke Computernetzwerke" und „Spinnennetze" stellt der Autor in seinem Artikel vor und formuliert gleichzeitig seinen Glauben, daß Mailboxen dazu beitragen können, die materiellen Verhältnisse emanzipatorisch zu verändern. Um den elektronischen Briefkasten in der Linken gesellschaftsfähig zu machen, zitiert er Pierre Bordieu, der dazu auffordert, die computergestützte „Internationale der vernetzten Intellektuellen" aufzubauen.

Sollte es nicht eher ein bewahrenswertes Kennzeichen von Intellektuellen sein, ohne (Daten)Netz und doppelten Boden in kritischere Distanz zu den „Verstrickungen" und „Knotenpunkten" zu denken und zu handeln? Der *links*-Autor vermittelt aber nun den Eindruck, die digitalen Schnell-Rechner könnten dabei helfen, die Kopf-Arbeit für die Entrechteten dieser Welt zu verbessern. Dabei übersieht er, daß gerade die Mathematisierung der Naturwissenschaft seit Galilei einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet hat, diese Welt an den Abgrund zu bringen. Die Behauptung Descartes', es gäbe gar nicht mehr so etwas wie eine „natura naturans", sondern Natur sei eigentlich nur ein mechanisch mathematisch zu rekonstruierendes Prinzip, feiert doch heutzutage bei den Apologeten der „virtual reality" fröhliche Urständ!

In der freundlichen Haltung gegenüber den „Elektronen-Hirnen", die erwiesenermaßen vielfach den Menschen arg bedrängen (Vernichtung von Arbeitsplätzen, Computerkrankheit RSI, Sozialkontroll-Maschine usw.) offenbart sich die alte, im Kern bereits von Marx formulierte These von der prinzipiellen „Offenheit" der Technik, die in den richtigen Händen eben nicht nur für ausbeuterische, sondern auch für befreiende Aktivitäten benutzt werden könne. Wer den Computer als Schreibmaschine benutzt, sollte ihn noch lange nicht zum Freiheitskampfmittel hochstilisieren, das Ding ist wahrlich kein subversives Gerät! Zuerst einmal ist er die „Leitmaschine" eines gigantischen Schubs der Entwertung menschlicher Arbeit und er ist Nahtstelle einer „Schlüsseltechnologie", mit der die Tür zur nächsten Runde der Profitmaximierung auf Kosten der „Rest Natur" sperrangelweit geöffnet wird: Die „Kommunikationstechnik Branche", die von Großkonzernen beherrscht wird. Eine einfache „Lebensregel" lautet doch: Wo Multis

herrschen, hat „autonome“ Öffentlichkeit schlechte Karten, auch die ChipCard macht es nicht besser, im Gegenteil!

Doch der Mailbox-Artikel sagt noch etwas anderes implizit, nämlich daß es in unserer gesellschaftlichen Situation „unter anderem“ auch um Technik geht, neben Bereichen wie Ökonomie und Macht. Der prinzipiell „neutrale“, instrumentelle Charakter der Technik, der hier vertreten wird, fordert dazu auf, an kritische Philosophen zu erinnern, die davon ausgingen, daß sich Geschichte heute in einem „Technik genannten Weltzustand“ befindet und daß diese Technik zum „Subjekt der Geschichte“ geworden ist, mit der wir nun noch „mitgeschichtlich“ sind: Begriffe von Herbert Marcuse und Günther Anders, von denen nachfolgend die Rede sein soll.

Technik ist kein „Nebenwiderspruch“, so könnte man ein Credo zusammenfassen, das Marcuse und Anders vereint. Sie hatten eine Kritik der „Technokratie“ formuliert, die den in der marxistischen Tradition immer wieder auftauchenden Gedanken widerlegt, daß es nur um die „bessere Verwendung der Apparate im Interesse der Allgemeinheit“ ginge, wie Thomas Kunz hier beispielhaft Brecht zitiert.

Zu erinnern ist an die „Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft“, die Herbert Marcuse 1964 unter dem Titel „Der eindimensionale Mensch“ vorgelegt hat. Marcuse kam zu dem Ergebnis, daß Herrschaft nicht nur vermittels der Technologie ausgeübt wird, sondern als Technologie. Beim „Atomstaat“ ist das ja einsichtig, lautet häufig das Gegenargument , aber beim Computer ist das doch anders. Könnte diese Technik nicht ein „Vehikel der Befreiung“ sein, da Freiheit ... großenteils vom technischen Fortschritt, von der Fortentwicklung der Wissenschaft“ abhängt, wie Marcuse – trotz Technokratiekritik – sagt?

Marcuse und mit ihm Thomas Kunz schwanken an diesem Punkt zwischen Technokratiediagnose, Technokratiekritik und einer geradezu naiven technokratischen Hoffnung auf die befreienden Potenzen von Wissenschaft und Technik hin und her, kritisiert der Sozialphilosoph Hans Lenk diese in der männlichen Linken weitverbreitete Haltung.

Diese Ambivalenz zieht sich seit den 60er Jahren durch die technik-philosophischen oder sozialwissenschaftlichen Schriften der „Neuen Linken“. Beispiel: *links* – Herausgeber Oskar Negt: „Atomindustrie, Mikroelektronik, der ganze Bereich der Kommunikationstechnologien (...) sind in jeder Hinsicht neue Technologien, sowohl in der gegenständlichen, ganz und gar unorganischen Gewalt ihrer möglichen Zerstörungskraft, wie ihrer Emanzipationsmöglichkeiten...“ (Negt, lebendige Arbeit, enteignete Zeit, S. 196f.). Emanzipatorische Möglichkeiten der Atomindustrie? Hiroshima, Harrisburg, Tschernobyl und das RWE lassen grüßen!

Marcuse sah jedoch andererseits, daß die wissenschaftliche Rationalität in sich instrumentalistisch ist, daß Rationalität von vornherein Technologie ist, „das Apriori einer spezifischen Technologie – nämlich Technologie als Form sozialer Kontrolle und Herrschaft“. Das ist offenbar vergessen: Wie Negt vor ein paar Jahren von den „Emanzipationsmöglichkeiten“ der Atomindustrie sprach, wollen heute Jens Reich, Peter Glotz u.a. die Grünen von ihrem grundsätzlichen „Nein“ zur Gentechnik abbringen.

Spätestens angesichts dieses Unterfangens muß an einen anderen, leider immer noch zu wenig beachteten Technikphilosophen der Linken erinnert werden: Die Genmanipulation vor Augen, prägte Anders in seinem philosophischen Vermächtnis „Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. II“ den Begriff: „Rohstoff – Sein ist criterium existendi, Sein ist Rohstoffsein“. Anders nennt es die metaphysische Grundthese des Industrialismus und ein „Hauptthema der industriellen Revolution“: „Um eine solche handelt es sich deshalb, weil der Manipulator den Menschen, den seine Vorfahren nur in fünf Rollen: in der Rolle des Eigentümers, des Erfinders, des Arbeiters, des Verkäufers und des Konsumenten gekannt hatten, nunmehr als bloßen und zwar physiologischen Rohstoff behandelt. Als Rohstoff für die Produktion neuartiger Produkte oder Produktionsmittel.“

Der Computer spielt bei dieser neuen industriellen Revolution eine unverzichtbare Rolle: Von der zentralen Erfassung für die europaweite Organverteilung bis hin zur Entwicklung von „Bio-Chips“ sind Mikroelektronik und analytisches Naturverständnis, wie es sich in der durch digitale Verfahren unterstützten Mikrobiologie fortsetzt, die „Leitwissenschaften“.

Sie stehen in der Tradition eines Natur- und Technikverständnisses, dessen Folgen Anders an anderer Stelle der „Antiquiertheit des Menschen“ auf den Begriff bringt: Daß der Mensch durch die Technik nur noch „mitgeschichtlich“ ist.

Was das heißt, möchte ich zum Schluß noch durch einen Vergleich zwischen Mailbox und Zeitung zu verdeutlichen versuchen:

Die Mailbox-Technik konfrontiert uns jeden Tag in Form von in den Computer getippten privaten oder politischen Nachrichten mit einer neuen Welt, die am nächsten Tag schon „gelöscht“ werden kann und auch alsbald muß, damit der elektronische Briefkasten nicht zur „Daten-Mülltonne„ wird. Die Mailbox-NutzerInnen werden vom technischen Potential des Computers von Tag zu Tag vorwärtsgeschoben, ohne jede Möglichkeit zum kollektiven (ob zornigen oder nostalgischen) „Blick zurück“, es muß weitergehen, sonst funktioniert die Box nicht. Die elektronischen Briefe verschwinden und anders als der von Benjamin als Symbolfigur eingeführte Kleesche „Engel“, der (obwohl von dem sich in seinen Fittichen verfangenen Geschichtssturm vorwärtsgetragen) sein Gesicht zurückwendet, heißt es: „Nur weiter!“ Eine Zeitung kann archiviert werden, man kann sie auch noch nach Jahren in die Hand nehmen, den Blick zurück machen, wenn man will: Setzen wir auf Techniken wie die „Mailbox“, trägt das dazu bei, daß sich unsere Geschichte in eine pausenlose Geschichte des Vergessens des jeweiligen Jetzt verwandeln wird. ●

Ludger Fittkau ist Mitarbeiter der Neuen Essener Welle.

BEHÖRDEN-UND UNTERNEHMER-UNFREUNDLICH

telegraph

Der "telegraph" ist einer der letzten Überbleibsel der DDR-Untergrundpresse. Er ist unabhängig und fühlt sich deshalb keiner politischen Gruppierung oder Partei verpflichtet.

Schwerpunkt-Themen sind:

Antifa, Stasi, Kriegsdienstverweigerung, Strukturen von Unten, wirtschaftliche- und politische Machenschaften der neuen (alten) "Herren" im Lande.

Aber auch kritische Auseinandersetzung mit den verschiedenen politischen Strukturen.

Dies alles betrachtet durch die "linke" Lupe und gemacht von unverbesserlichen Querulanten, die schon zu DDR-Zeiten Reißzwecken im Magen der Herrschenden waren.

Der "telegraph" erscheint monatlich, ist zu erhalten über Infoläden und ausgesuchte Buchhandlungen, oder im Abo über: Redaktion "telegraph", Schliemannstr.22, O-1058 Berlin (ab 1.7.93: 10437)

Einzelhandelspreis: 04 DM
Jahresabo: 45 DM
Halbjahresabo: 23 DM
Probeabo (2Nummern) 05 DM
Auslandsabo: 60 DM
Förderabo: 70 DM

CHRISTOPH GÖRG

»Ich wünschte, ich wäre dort im Lager geblieben«

Über das Leben bosnischer Kriegsflüchtlinge in Deutschland

Von welchem Geist die Flüchtlingspolitik in der Bundesrepublik beherrscht wird, läßt sich gerade auch an der Behandlung der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien ablesen. Für Asylbewerber aus vielen Herkunftsländern ist Deutschland sowieso zur Festung geworden. Doch gerade bei Flüchtlingen aus Bosnien, denen zumindest öffentlich immer noch Schutz und Hilfe versprochen wird, ist nur allzudeutlich der Versuch zu spüren, sie möglichst schon heute wieder loswerden zu wollen. Von dem Bemühen, auch nur das notwendige zu tun, um ihnen ein menschenwürdiges Leben im Exil zu ermöglichen, vom eigentlich erforderlichen ganz zu schweigen, kann staatlicherseits keine Rede sein.

Als es im letzten Jahr um die Zustimmung zum Asylkompromiß ging, da wurde ein besonders raffiniertes Argument aus der Tasche gezogen. Es ginge nicht darum, so hieß es damals, das Asylverfahren ganz abzuschaffen, sondern darum, den verschiedenen Fluchtgründen angemessene Rechtsgrundlagen zu schaffen. Insbesondere Flüchtlingen aus Kriegs- und Bürgerkriegsregionen sollten einen ihrem Fall entsprechenden rechtlichen Status und damit auf unbürokratischere Weise Hilfe erhalten. Solche Flüchtlinge sollen ohne Einzelfallprüfung am Asylverfahren vorbei eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Nach einem Jahr sind jedoch nicht nur die Rechtsmöglichkeiten, die der entsprechende Paragraph des Ausländergesetzes bietet, immer noch nicht ausgeschöpft worden. Am Schicksal der Gruppen, für die dieses Recht zweifelsfrei angemessen wäre, läßt sich auch ablesen, von welchen Zielvorstellungen die Flüchtlingspolitik allen Bekundungen zum Trotz wirklich geleitet wird.

Schon damals wurde aus diesem Anlaß vor allem auf die Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien und hier wiederum aus dem Kriegsgebiet in Bosnien verwiesen. Gerade für sie seien diese Möglichkeiten der Behandlung von Kriegsflüchtlingen besonders geeignet, hat doch kaum ein Flüchtling von dort eine Chance, im Asylverfahren anerkannt zu werden. Wann immer die abendliche Kriegsberichterstattung mit ihrer Mischung aus Kriegsgreuel und demonstrativer Ohnmacht der »Weltgemeinschaft“ es geboten erscheinen läßt, daß sich diese mal wieder von ihrer besseren Seite zeigen sollte, werden großangelegte Hilfsaktionen zur Rettung Einzelner oder besonders betroffenen Gruppen effektvoll in Szene gesetzt. Was dann später mit ihnen geschieht, erfahren die Zuschauer jedoch fast nie. Auch die Bundesrepublik brüstet sich mit der im europäischen Maßstab großen Zahl an Flüchtlingen aus Bosnien. Dabei wird meist verschwiegen, daß ein großer Teil bei ihren in Deutschland lebenden Verwandten untergekommen ist, die für ihre Gäste bürgen und sorgen müssen. Doch auch bei denjenigen, die in den von den Ländern eingerichteten und von privaten Trägern oder Organisationen wie dem Roten Kreuz betriebenen Unterkünften leben, kann von einer angemessenen Hilfe keine Rede sein.

In Hessen gibt es zwei solcher Unterkünfte: in Hanau und Wetzlar, beide mit rund 700 Männern, Frauen und Kindern belegt. Schon wer sich den ehemaligen Kasernen, die als Notunterkünfte mehr als dürftig hergerichtet sind, auch nur von Außen nähert, kann einen Eindruck bekommen vom Leben dort: Stacheldraht, Wachpersonal, trostlose Flächen, auf denen Kinder spielen und Gruppen von Jugendlichen und Männern herumstehen. In den Unterkünften setzt sich dieser erste Eindruck fort: Völlig überfüllte, schon lange nicht mehr renovierte und daher heruntergekommene Räume, in denen sich mehrere Generationen einen Raum teilen müssen und dabei keinerlei Rückzugsmöglichkeit, kaum einen Rest an Privatheit haben. Dabei gehören viele von denen, die hier auf das Ende des Krieges warten, zu den Opfern blutiger Repression und Folter. Doch anstatt ihnen, wie noch letztes Jahr versprochen, Rechtssicherheit und unbürokratische Hilfe zu gewähren, mutet man ihnen Lebensumstände zu, die eine Verlängerung der unerträglichen Zustände darstellen, die diese Menschen zuvor schon erlebt haben.

Die Flüchtlinge in der Hessen-Homburg-Kaserne in Hanau stammen aus einem Gebiet im Nordosten von Bosnien-Herzegowina, aus dem Gebiet um Prijedor, das von gewaltsamen Vertreibungen, von Folterungen und Massakern an der Zivilbevölkerung besonders betroffen war. Die Gesamtgruppe setzt sich größtenteils aus zwei im Juli bzw. Dezember 1992 eingetroffenen Teilgruppen zusammen, wobei die Flüchtlinge aus der zweiten Gruppe vor ihrem Transport nach Deutschland in den berüchtigten serbischen Gefangenenlagern, wie z.B. in Omarska, waren. Für alle gilt jedoch: Ohne darauf vorbereitet gewesen zu sein, fanden sie sich im Frühjahr 1992 plötzlich in einer Ausnahmesituation wieder. Sie mußten erleben, daß Nachbarn plötzlich zu Angreifern, Freunde zu Verfolgern wurden. Obgleich sie sich nicht im Krieg wähnten, wurden ihre Städte und Dörfer bombardiert und sie aus ihren Häuser vertrieben.

Und die Willkür, der sie sich ausgesetzt sahen, nimmt nach ihrer Flucht aus dem

Kriegsgebiet keineswegs ein Ende. Obwohl viele Männer vor allem aus der Gruppe der ehemaligen Lagerinsassen ihrer Ausreise nur unter der Bedingung zugestimmt haben, daß ihre Familien nachkommen dürfen, wurde diese von den internationalen Hilfsorganisationen gegebene Zusicherung erst nach einem Hungerstreik im Sommer 1993 eingelöst. Inzwischen sind zwar die meisten Angehörigen aus Bosnien eingetroffen, doch die Ohnmacht der Flüchtlinge hat damit noch kein Ende. Die rechtliche Situation der Flüchtlinge müsste dabei insofern noch nicht mal unbedingt schlecht sein, als die meisten eine Aufenthaltsbefugnis nach § 32 des Ausländergesetzes haben. Das ist insofern ein Vorteil, als damit die überaus restriktiven Bestimmungen des Asylbewerberleistungsgesetzes keine Anwendung finden. Doch schon dieser minimale Vorteil steht im Grunde nur auf dem Papier, weil ihnen elementare Rechtsansprüche vorenthalten werden. Weder werden die rechtlichen Möglichkeiten insoweit ausgenützt, als die gesetzlich möglichen Zeiten für die Verlängerung der Aufenthaltsbefugnis ausgeschöpft werden – die Flüchtlinge aus Bosnien erhalten generell nur eine sechsmonatige Verlängerung, obwohl nach dem Gesetz bis zu zwei Jahre möglich wären. Noch nützt ihnen der Anspruch auf Sozialhilfe, der mit der Aufenthaltsbefugnis eigentlich verbunden ist, etwas – die zuständigen Sozialämter nehmen mit Hinweis auf ihre Unterbringung in der Kaserne entsprechende Anträge erst gar nicht an.

Foto: Harald Doose, aus Arbeiterfotografie, Heft 63

Beide bürokratische Hindernisse sind jedoch für die Flüchtlinge von entscheidender Bedeutung. Die Angst, nach dem Ablauf der derzeitigen Aufenthaltsbefugnis keine Verlängerung zu erhalten, stellt für die Opfer des Krieges eine existentielle Verunsicherung dar. Was dies insbesondere für die Folteropfer bedeutet, aber auch für alle anderen, die befürchten müssen, wieder in Reichweite ihrer Peiniger zurückgeschoben zu werden, vermag man sich vielleicht vorzustellen. Auch die Verweigerung der Sozialhilfe hat für die Flüchtlinge untragbare Konsequenzen, sind sie doch dadurch in Verpflegung und Unterbringung allein auf die Kaserne verwiesen, und ein Auszug oder auch nur eine ihrem Schicksal angemessenere Regelung ihrer Lebensumstände wird daurch erschwert. Die Unterbringung in dieser Form wäre allenfalls für den Notfall, und selbst dann nur für eine begrenzte Zeit, zumutbar. Doch inzwischen leben die Flüchtlinge fast zwei Jahre unter Bedingungen, die sich mit dürren Worten nur schwer beschreiben lassen: Bis zu 13 Menschen – eine Großfamilie und mehrere andere Personen – müssen sich mit einem großen, nur durch eine Schrankwand getrennten Raum abfinden. Zum Teil leben auch 5 Personen in einem nur 12 Quadratmeter großen Zimmer. Das aus einer Großküche kommende Essen gibt ebenfalls Anlaß zu Protest, da nicht nur keine Rücksicht auf ihre Eßgewohnheiten genommen wird. Darüber hinaus ist es generell nicht zumutbar, Menschen 2 Jahre lang abgepacktes Essen in schlechter Qualität ohne jede individuelle Gestaltungsmöglichkeit vorzusetzen. Hinzu kommt der Charakter der Kaserne als nach außen isolierte, als fast totale Institution, in denen sich Aggressionen anstauen, die sich zwischen den Flüchtlingen oder als Selbstaggressionen entladen.

Es sind deshalb nicht die einzelnen Aspekte ihrer Situation, es ist der Gesamtzusammenhang vor dem Hintergrund ihrer Erlebnisse in Bosnien, die das Ganze zum Skandal machen. Viele der Flüchtlinge sind durch Folter und mitangesehene Grausamkeiten in den Gefangenenlagern, auch an engsten Familienangehörigen, schwer geschädigt. Die entsprechenden Symptome reichen von allgemeiner Nervosität und Schlaflosigkeit über psychosomatische Störungen bis zu schwer depressiven und suizidalen Reaktionen. Da aber der Krieg weiter anhält, die Aussicht auf Rückkehr sowie die Herstellung von Gerechtigkeit im Sinne einer Bestrafung der Täter von der Realität weit entfernt sind, hingegen Rechtsunsicherheit und soziale Marginalisierung auch in der Bundesrepublik weiter anhalten, besteht auch die Ausnahmesituation weiter. In ihrer Ohnmacht, im Ausgeliefertsein an die Entscheidungen der deutschen Behörden, die gerade in ihrem Fall einen hohen Grad an Willkür enthalten, sind wesentliche Aspekte der traumatisierenden Situation weiterhin gegeben. Anstatt ihre psychischen und psychosomatischen Störungen zu behandeln, verschlimmert sich in der Bundesrepublik noch ihr Gesamtzustand. Und dafür sind die deutschen Behörden ganz direkt verantwortlich zu machen.

Das alles ist dem zuständigen Ministerium nämlich keineswegs unbekannt. Das Hessische Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit wurde vielmehr von verschiedener Seite und schon seit längerer Zeit immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß dringender Handlungsbedarf besteht. Doch von dort ist bisher so gut wie nichts unternommen worden, so daß der Eindruck entsteht, es würde nicht etwas von der Grünen Iris Blaul, sondern von Manfred Kanther oder einem anderen Hardliner der Abschreckungspolitik geleitet. Anstatt auch nur die dringlichsten Beschwerden aufzugreifen, wurde beim Essen bspw. sogar noch weiter gespart. Davon, daß Grüne / Bündnis 90 angeblich eine andere Flüchtlingspolitik betreiben wollen, ist hier wie überall, wo es wirklich drauf ankäme, nichts zu spüren. Jetzt dieses Jahres hat die Regierung in Wiesbaden zwar die Dezentralisierung, die Auflösung der Kaserne in Hanau und damit einhergehend Verbesserungen bei der Versorgung angekündigt. So dringend notwendig dies auch ist, kann es doch die Versäumnisse der letzten Zeit nicht wieder wettmachen.

Die bei den Debatten um die Asylrechtsänderung verwendete Floskel, die Bundesrepublik könne nicht alle Probleme dieser Welt lösen, zeigt so bei genauerer Betrachtung ihren wahren Kern: den der Verleugnung bestehender Verantwortlichkeiten für mitverursachtes Leid. Das gilt schon für die Verantwortung, die die Bundesrepublik durch ihre Rolle beim Auseinanderbrechen des ehemaligen Jugoslawien auf sich geladen hat. Das gilt aber auch für die Verantwortung, die sie durch die Aufnahme der Flüchtlinge übernommen hat. Selbst da, wo zunächst Hilfe geleistet wurde, wird diese Hilfe durch die Art ihrer Durchführung in ihr Gegenteil verkehrt. Das wird von den Flüchtlingen durchaus auch erkannt. Obwohl bei vielen der Dank gegenüber ihren Gastgebern überwiegt, hört man doch öfters auch das Argument: Wenn man für Gäste nicht sorgen will, dann darf man sie nicht einladen! Das Handeln und Unterlassen der staatlichen Stellen ist dabei jedoch keine Nachlässigkeit, sondern hat System. Es ist eindeutig darauf gerichtet, die eigenen Belastungen so gering wie möglich zu halten und die unliebsamen Gäste so schnell wie möglich wieder loszuwerden. Doch ist das keine legitime Politik der Verfolgung eigener Interessen mehr. Da sich die Traumatisierungen durch die unerträgliche Situation, die die Flüchtlinge hier erleben, ständig aktualisieren und immer weiter verschlimmern, macht sich jede unterlassene Hilfeleistung ungeachtet der eigenen Intentionen mitschuldig, denn sie leistet den Peinigern Beihilfe. ●

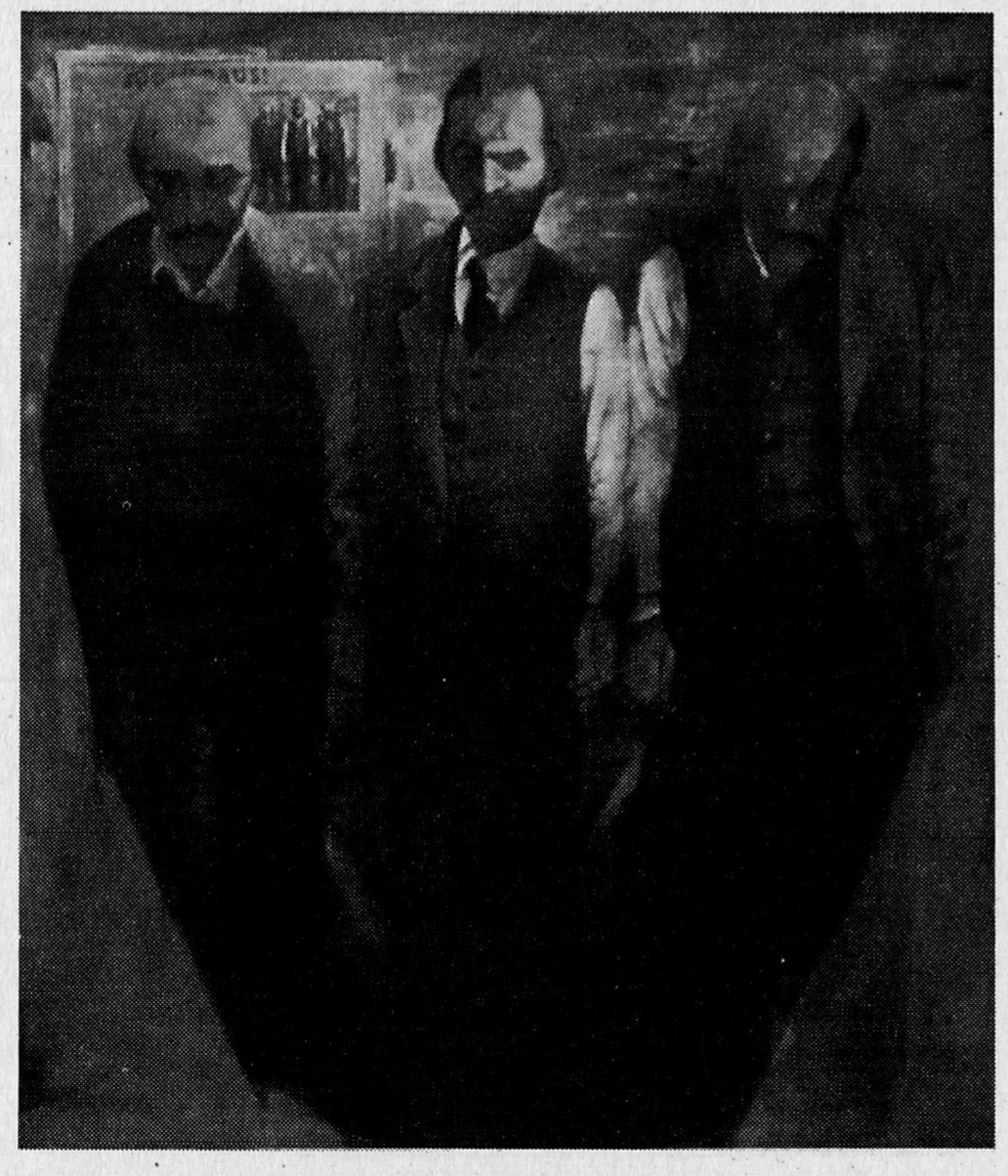
Gerade ein Jahr ist es her, seit der Bundestag die Asylrechtsänderung beschloß- und doch ist die neue Situation inzwischen zur Normalität geworden. Konnte der massive Protest schon an diesem Eingriff in die Verfassung nichts ändern, so hat sich seitdem nicht nur die Lage für AsylbewerberInnen bei der Einreise in die Bundesrepublik extrem verschärft. Auch die Behandlung hier lebender Flüchtlinge, sowohl in sozialer Hinsicht als auch bezüglich der Abschiebepraxis, hat sich in der Folge verschlechtert - ohne daß diese Entwicklung noch die gleiche Aufmerksamkeit und die entsprechenden Gegenstrategien von linker Seite nach sich ziehen würde. Wieder einmal scheint ein Kristallisationspunkt des Protest in der Bundesrepublik nach einer Niederlage schnell in Vergessenheit zu geraten. Nur wenige Ansätze gibt es, die auch weiterhin versuchen, den Flüchtlingen Schutz und Hilfe zu verschaffen. Dazu gehört, auch wenn es dem traditionellen linken Weltbild nicht entsprechen mag, das Kirchenasyl. Wir haben einen der Organisatoren dieser Bewegung gebeten, ihre Grundgedanken, die sowohl in der Kirche als auch im politischen Raum für Aufregung gesorgt haben, für die links darzulegen.

WOLF-DIETER JUST

Auf dem Weg zu einer bundesweiten Kirchenasylbewegung

Angolanischen Flüchtlingen in Deutschland droht die Abschiebung. Obwohl in ihrer Heimat ein Bürgerkrieg tobt, dessen Greuel noch weit über das hinausgeht, was wir täglich über Bosnien hören, obwohl dieser Krieg nach UN-Angaben täglich 1000 Menschenleben fordert, gibt es hierzulande keinen generellen Abschiebestopp für Angolaner. Laut ai sind zurückgeschobenen Flüchtlinge besonders befährdet, weil sie verdächtigt werden, Anhänger der UNITA zu sein. Damit drohen den Betroffenen Gefängnis ohne Anklage, Gerichtsverfahren und Hinrichtung.

Was sollen Christen tun, wenn in ihrer Stadt tatsächlich Angolaner abgeschoben werden sollen? Der Berliner Arbeitskreis „Asyl in der Kirche“ gewährt seit Weihnachten 15 derart bedrohten Angolanern Kirchenasyl. Er versucht auf diese Weise Pläne des Innensenators Dieter Heckelmann (CDU) zu durchkreuzen, für den es „keine Abschiebehindernisse“ gibt. In Berlin ist dieser Vorgang nichts Neues. Seit über 11 Jahren werden dort immer wieder Abschiebungen durch das mutige Eintreten von einzelnen Christen und Kirchengemeinden vereitelt. Über 1000 Flüchtlinge haben auf diese Weise bereits Schutz und Hilfe gefunden. Möglich ist dies durch den Arbeitskreis „Asyl in der Kirche“, in dem etwa 50 Kirchengemeinden zusammenarbeiten – evangelische und katholische, West- und Ostberliner Gemeinden. Zentrale Anlaufstelle ist eine Flüchtlingsberatungsstelle in der Heilig-Kreuz-Gemeinde Kreuzberg. Wenn die dort beschäftigten MitarbeiterInnen keinen anderen Rat mehr wissen, um Flüchtlingen, denen bei einer Abschiebung Gefahr für Leib und Leben droht, zu helfen, wenden sie sich an eine der vielen Gemeinden und bitten sie, Kirchenasyl zu gewähren. Die Berliner Kirchenleitung hat dieses außergewöhnliche Engagement immer wieder aktiv unterstützt.



Akbar Behkalam,
Wir wollen nicht die Juden von morgen werden. 1982

Seit etwa einem Jahr überlegen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, ob und inwieweit sie dem Berliner Vorbild folgen können. Unter den Bedingungen eines großen Flächenstaates ist eine vergleichbare Kooperation und Vernetzung von Kirchenasylgemeinden schwieriger. Auch sind Kirchenleitungen hier weit weniger bereit, entsprechende Initiativen zu unterstützen – besonders in der EKvW und im katholischen Bereich. Trotzdem gibt es inzwischen ein „Ökumenisches Netzwerk Kirchenasyl in NRW“, in dem evangelische und katholische Gemeinden und einzelne Christen aus allen Landesteilen zusammenarbeiten. Es wurde am 18. September in Köln von 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern einer Tagung der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr gegründet.

Der Zusammenschluß hat eine längere Vorgeschichte. Auch in NRW gibt es schon seit 1983 Kirchenasylinitiativen. Den Anfang machte eine Bergarbeitergemeinde in Gelsenkirchen-Buer-Hassel, wo eine türkische Familie Schutz vor Abschiebung fand. In den folgenden Jahren haben

sich immer wieder Christen in verschiedenen Teilen des Landes ähnlich engagiert: in Ratingen, Iserlohn, Ahaus, Herscheid, Detmold, Münster und wieder Gelsenkirchen. Ein gewisser Höhepunkt wurde voriges Jahr erreicht mit drei Kirchenasylfällen in Wuppertal, drei in Köln und weiteren Fällen in Bad Godesberg, Mülheim/Ruhr, Münster und Dinslaken. Ob ich damit alle aufgezählt habe, weiß ich nicht – und da beginnt das Problem. Es gibt keine zentrale Stelle, bei der solche Informationen eingehen. Auch gab es bisher kaum Kontakte zwischen Gemeinden, die Kirchenasyl gewähren. Jede Gemeinde betrieb ihren eigenen Fall, mußte jede Erfahrung neu machen und leider auch jeden Fehler. Es gab keine Möglichkeit, voneinander zu lernen, sich zu unterstützen, weil man nichts voneinander wußte.

Das Ökumenische Netzwerk Kirchenasyl in NRW will dazu beitragen, dieses Defizit zu überwinden. In Köln wurde ein Konzeptionspapier verabschiedet, in dem es heißt:

„Ziel des Netzwerkes ist es, Gemeinden und Initiativen zu unterstützen, die Kirchenasyl gewähren oder etwas Vergleichbares vorhaben. Diese Unterstützung geschieht durch:

- theologische, rechtliche und praktische Beratung;
- Vermittlung von Kontakten zu anderen Gemeinden im Netzwerk und zu Asylorganisationen im In- und Ausland...;
- Vermittlung von Information, Weiterbildung und Erfahrungsaustausch innerhalb des Netzwerkes;
- Bewußtseinsbildung und Überzeugungsarbeit im Raum der Kirche;
- Öffentlichkeitsarbeit;
- politische Lobbyarbeit auf Landes- und Bundesebene...

Das Netzwerk versteht sich als ökumenisch. Es verbindet Gemeinden und verfaßte religiöse Gruppen, die Kirchenasyl gewähren oder dafür aufgeschlossen sind...“

In Köln wurde ein Arbeitsausschuß berufen und beauftragt, die Vernetzung weiter voranzutreiben. Dieser Ausschuß hat am 15. Januar in Dortmund-Brackel ein weiteres Treffen organisiert, zu dem Vertreter und Vertreterinnen von Kirchengemeinden eingeladen waren, die für Kirchenasylarbeit aufgeschlossen sind. Es kamen über 60 TeilnehmerInnen aus 31 evangelischen und katholischen Kirchengemeinden. Geplant wurde, für die Netzwerkarbeit einen Verein zu gründen, um längerfristig eine Koordinationsstelle einzurichten und Mitgliederbeiträge erheben zu können. Inhaltliche Grundlage der Arbeit ist die „Charta von Groningen“. In der 1987 bei einer internationalen Konferenz verabschiedeten Charta in der niederländischen Stadt haben sich die Kirchengemeinden und religiös verfaßte Basisgruppen verpflichtet, abgewiesenen Asylbewerbern Kirchenasyl zu gewähren. Das nordrhein-westfälische Netzwerk schließt sich bewußt dieser internationalen Initiative an und kooperiert jetzt schon mit entsprechenden Gruppen in den Niederlanden und der Schweiz.

Eine Vernetzung der Kirchenasylinitiativen kommt jetzt auch auf Bundesebene voran. Vom 11. bis 13. Februar fand an der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr ein Bundestreffen der Kirchenasylinitiativen statt. Kooperationspartner waren der Deutsche Caritasverband und der Arbeitskreis Asyl in der Kirche Berlin. 137 TeilnehmerInnen von Kirchenasylinitiativen aus allen Teilen der Bundesrepublik sowie aus den Niederlanden, der Schweiz und Österreich nahmen daran teil. Ergebnis war die Gründung einer bundesweiten Arbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“. Sie hat sich zur Aufgabe gesetzt, den Informationsaustausch zwischen den kirchlichen Gruppen in den einzelnen Bundesländern zu fördern, länderübergreifende Koordinationen und Aktionen zu ermöglichen und in öffentlichen Äußerungen die Stimme der Flüchtlingsgruppen in den Kirchen und in der Öffentlichkeit zu verstärken. Es wurde ein vorläufiger Koordinationsrat gebildet, dem Vertreterinnen und Vertreter aus allen anwesenden Bundesländern angehören.

Bald nach der Gründung wurde das bundesweite Netzwerk heftig von dem Innenminister Nordrhein-Westfalens, Dr. Herbert Schnoor, kritisiert. Es sei anmaßend, wenn gesetzliche Bestimmungen allein aufgrund von christlichen Entscheidungen unterlaufen würden, sagte er am 23.2.94 gegenüber evangelischen Polizeiseelsorgern in Düsseldorf. Wenn die Arbeitsgemeinschaft bei drohender Abschiebung aus Gewissensgründen „Kirchenasyl“ biete, relativiere sie den Rechtsstaat. Es könne nicht angehen, daß eine Elite ein „höheres Recht“ für sich in Anspruch nehme.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft hat inzwischen Schnoors Kritik beantwortet. Hier gehe es nicht darum Recht zu brechen, sondern Recht zu schützen. Es seien inzwischen viele Fälle dokumentiert, wo durch Kirchenasyl konkrete Gefahren für Leib und Leben der Flüchtlinge abgewendet werden konnten. Abschiebungen mit der Folge von Inhaftierung, Folter oder Todesstrafe verstößen gegen das Grundgesetz und die Genfer Flüchtlingskonvention. Allerdings könne Kirchenasyl immer nur „ultima ratio“ sein.

Die zunehmende Bedeutung von Kirchenasyl in diesem Land ist Indiz für eine Entwicklung, die auch von Pro Asyl und anderen Organisationen der Flüchtlingsarbeit bestätigt wird: daß mit zunehmender Restriktion und Ahumanität im Umgang mit Flüchtlingen auch die Gegenkräfte wachsen. ●

Nähere Informationen zu den Netzwerken: Dr. Wolf-Dieter Just, Uhlenhorstweg 29, 45479 Mülheim/Ruhr, Tel.-Durchwahl: 0208 / 599 06-78, Fax: 0208 / 599 06-60

iz3w

Bücher des
Informationszentrums dritte welt
Freiburg

Neuerscheinungen

Die Karibik zwischen Souveränität und Abhängigkeit

Die aktuellen Analysen zu Haiti, Puerto Rico, Jamaika, Guadeloupe-Martinique, Kuba, der Dominikanischen Republik und St.Lucia beschreiben kulturelle, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Facetten und liefern einen Einblick in die Eigenheiten und Differenzen der Karibik.

192 Seiten - 19,-DM
ISBN: 3-922263-13-5

Heute hier - morgen fort

Wer vom Rassismus redet, sollte vom Weltmarkt nicht schweigen. Über die Globalisierung der Waren- und Arbeitsmärkte, die Migrations- und Fluchtbewegungen und die Brandstifter an den Schreibtischen und auf der Straße.

206 Seiten - 19,-DM
ISBN: 3-922263-12-7

Iz3w
Postfach 5328 - 79020 Freiburg
Für den Buchhandel: Prolit, Fernwald

Das nachstehende Gespräch, siehe Seite 17 f. mit Antonio García de Léon wurde kurz vor der Ermordung des Präsidentschaftskandidaten Colosio in Mexiko geführt, konnte also die dadurch verursachten Entwicklungen nicht mehr berücksichtigen. An der grundlegenden Lageeinschätzung hat sich dadurch aber nichts geändert, im Gegenteil: sie wurde durch die zwischenzeitlichen politischen Ereignisse nur noch unterstrichen.

JOACHIM HIRSCH

Die mexikanische Krise

Kirche San Carlos in Altamirano, Chiapas

Die Euphorie, mit der neoliberale Struktur-anpassung als Weg zu mehr Wohlstand und insbesondere als Garant demokratischer Verhältnisse gefeiert wurde, ist zumindest in Lateinamerika längst verflogen. Von einer generellen Krise der marktliberalen Demokratie zu sprechen, ist kaum untertrieben.

Gleichwohl ist die Entwicklung widersprüchlich, lassen sich demokratische Forderungen nicht mehr so einfach wie früher unterdrücken und sorgt die teilweise immer desolater werdende wirtschaftliche Lage breiter Bevölkerungsmassen für ein wachsendes Konfliktpotential.

Ein kurzer Rundblick beleuchtet die Situation: in Salvador hat es sich als unmöglich herausgestellt, nach Beendigung des offenen Bürgerkriegs wirklich demokratische Wahlen abzuhalten, Todesschwadronen sind wieder aktiv und das Land droht, abermals in gewaltsamen Konflikten zu versinken. In Venezuela wurden die Anführer des letzten Putschversuchs nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis mit breitem öffentlichen Applaus begrüßt. Ob die neue Regierung, die das neoliberale Regime Perez abgelöst hat, die schweren wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes wird lösen können, wird allgemein bezweifelt. In Argentinien brachten die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung die erwartete Mehrheit für die Wiederwahl des Peronisten Menem, aber zugleich schaffte Frente Grande, eine recht bunte linksliberale Koalition aus dem Stand heraus einen beachtlichen Wahlerfolg vor allem in den städtischen Zentren. Dies kontrastiert mit einer kürzlich veröffentlichten Meinungsumfrage, wonach 70 % der Bevölkerung ihre Lage schlechter einschätzt als zu Zeiten der Militärdiktatur. Schließlich das haitianische Trauerspiel, wo sich die sonst so interventionsfreudigen USA nachhaltig weigern, ernsthafte Maßnahmen zur Wiederherstellung halbwegs demokratischer Verhältnisse zu ergreifen. Mexiko schließlich, dessen autoritäres Einparteienregime lange Zeit als politische Stabilitätsinsel galt, geriet innerhalb weniger Monate in politische Turbulenzen, deren Folgen noch kaum abschätzbar sind.

Der Aufstand der Zapatistas im Süden des Landes hat das herrschende System des autoritären Neoliberalismus in einem Ausmaß erschüttert, das inzwischen die Dimensionen einer Gesellschafts- und Staatskrise angenommen hat. Der ehrgeizige Plan von Präsident Salinas, das Land mittels durchgreifender ökonomischer Umstrukturierungen zu einem Teil der „ersten Welt" zu machen, ist gescheitert, bevor seine Amtszeit abgelaufen ist. Die neoliberale Strukturanpassungspolitik hat in wenigen Jahren die Zahl der absolut Armen von 13 auf 25 Millionen anschwellen lassen – die Zahl der Multimillionäre hat sich übrigens ebenfalls verdoppelt und es wird immer deutlicher, daß die faktische Diktatur der Staatspartei PRI das Land in ein politisches Chaos zu stürzen droht. Sie blockiert immer offensichtlicher jede gesellschaftliche Entwicklung und es ist zu befürchten, daß ihre Krise und ihr absehbarer Zerfall einigermaßen katastrophale Folgen haben wird. Es gibt kaum noch einen Zweifel daran, daß der Mordanschlag auf Salinas designierten Nachfolger Colosio von reaktionären Kreisen seiner eigenen Partei angezettelt wurde. Er zielte auf eine Verhärtung der innenpolitischen Linie und sollte nicht zuletzt die „Friedensverhandlungen" in Chiapas torpedieren, die Salinas' Beauftragter Camacho Solis relativ erfolgreich eingeleitet hat. Diese wurden nach dem Mordanschlag unterbrochen, weil die EZLN eine Verringerung der Armeepräsenz und die Einstellung der andauernden militärischen Repressionen in Chiapas zur Vorbedingung weiterer Gespräche gemacht hat. Dafür gibt es bislang keine Anzeichen und die Regierung ist auch nicht ernsthaft bereit, die immer gewalttätiger werdende Grundbesitzerclique in Schranken zu verweisen.

Die Ermordung Colosios ist insofern eine Folge des Chiapas-Aufstands, als die damit angestoßenen gesellschaftlichen und politischen Veränderungsprozesse gestoppt werden sollten. Die Tat hat einen Intellektuellenkrieg nach sich gezogen, der stark an bekannte deutsche Zustände erinnert. Illustre Personen wie Otavio Paz und Vargas Llosa beschuldigten liberale Journalisten, sie hätten durch ihre Sympathie mit den Chiapas-Rebellen ein Klima der Gewalt erzeugt, das

den Mord erst möglich gemacht habe. Dort sind solche Sympathisantenvorwürfe für die Betroffenen allerdings tendenziell lebensgefährlich. Die Debatte mutet zwar einigermaßen abseitig an in einem Land, in dem politische Morde seit jeher und in den letzten Jahren verstärkt zum politischen Alltag gehören. Sie kennzeichnet aber gleichzeitig das Ausmaß der ideologischen Krise, die die Lähmung und der fortschreitende Zerfall des herrschenden Machtapparats nach sich zieht.

Camacho Solis, der aufgrund seiner Verhandlungsführung viel Popularität gewonnen hat, ist mittlerweile in seiner eigenen Partei weitgehend isoliert. Nach dem Mordanschlag auf Colosio wurde er noch auf der Trauerfeier von Parteimitgliedern tätlich angegriffen. Als Nachfolger von Salinas war er aufgrund seiner eher linksliberalen Orientierung in der PRI von Anfang an ohne große Chancen und ist es als Chiapas-Unterhändler inzwischen noch weniger. Die PRI zerfällt in zumindest drei sich immer offener bekämpfende Flügel – eine Clique reaktionärer „Dinosaurier", die Fraktion der neoliberalen Technokraten und eine sozial-demokratische Strömung („Democracia 2000"). Weil diese Spaltungen die Partei immer mehr blockieren und weil nach dem Mordanschlag kollabierende Finanz- und Devisenmärkte wenig Zeit ließen, war ein geeigneter Nachfolger für Colosio nicht zu finden. Der neue Kandidat Zedillo ist ein neoliberaler Technokrat, der sich in seiner bisherigen Karriere vor allem durch politische Unfähigkeit ausgezeichnet hat. Sein bemerkenswertester Vorzug besteht darin, daß er das besondere Wohlwollen einflußreicher US-amerikanischer Unternehmerkreise genießt und – ähnlich wie der ermordete Colosio – als Kontinuitätsgarant der Salinas-Politik gilt. Bestimmt wurde er ohne jede parteiinterne oder gar öffentliche Diskussion. An seiner Wahl im August ist dennoch nicht zu zweifeln. Dies nicht nur wegen der landesüblichen Wahlfälschungspraxis, sondern weil die Oppositionsparteien, insbesondere die sozialdemokratische PRD auf die neue Entwicklung kaum reagieren konnte und inzwischen selbst gespalten ist.

Für das Land, das nicht nur von starken sozialen und politischen Konflikten geschüttelt wird, sondern nun auch vor einer ernsten ökonomischen Krise steht, bietet das keine guten Aussichten. Salinas' liberale Öffnungspolitik, die mit dem Abschluß des Freihandelsvertrags mit den USA und Kanada vollendet wurde, hatte nicht nur wachsende soziale Ungleichheiten, sondern auch steigende Handelsbilanzdefizite zur Folge. Diese sollten durch ausländische Kapitalinvestitionen ausgeglichen werden, die aber nun angesichts der zunehmenden politischen Instabilitäten auszubleiben drohen. In Mexiko ist damit das Konzept des autoritären Neoliberalismus auf allen Ebenen und gewissermaßen exemplarisch gescheitert.

Wie die Entwicklung in den nächsten Monaten weitergehen wird, ist völlig offen. Schon aus Gründen des internationalen Ansehens und wegen der Qualität ihres „Investitionsstandorts" hat die Regierung nach wie vor gewisse Schwierigkeiten, die Zapatistas militärisch frontal anzugreifen. Einstweilen beschränkt sie sich auf die Strategie der „low-intensity"-Kriegsführung, der politischen Gegenmobilisierung und der Duldung, wenn nicht Förderung „privater" Gewaltanwendung. Offensichtlich bestehen auch Pläne, durch einige lokal begrenzte soziale und politische Zugeständnisse den Konflikt zu begrenzen und einen Keil zwischen die EZLN und die Bevölkerung zu treiben. Ob das gelingt, ist aber fraglich. Einmal, weil offen bleibt, was gegen die mächtigen reaktionären Cliquen sowohl in Chiapas selbst als auch innerhalb des Parteizentrums überhaupt durchsetzbar ist und zum anderen, weil sich die Zapatistas nicht nur in Chiapas, sondern im ganzen Land zunehmender Unterstützung erfreuen. Ihre Forderungen nach einer umfassenden Demokratisierung des politischen Systems stoßen auf Resonanz bis in die etablierten Mittelschichten hinein, wo die regierungsamtlichen Modernisierungsversprechen wohl etwas zu ernst genommen wurden. Die politische Mobilisierung unter der Landbevölkerung, Landbesetzungen und Akte des zivilen Aufstands wie die Besetzung von Rathäusern halten an. Die landesweiten Massendemonstrationen zum 75. Jahrestag der Ermordung Emilio Zapatas am 10. April standen ganz eindeutig im Zeichen der Solidarität mit der EZLN.

Die Entwicklung Mexikos beweist, daß marktkapitalistische Restrukturierung und Demokratisierung alles andere als identisch sind. Sollte dieses Land die Chance für eine vernünftige, halbwegs humane und demokratische Entwicklung bekommen, so bedürfte es in der Tat einer anderen gesellschaftlichen Ordnung, als sie den neoliberalen Ideologen vorschwebt, einer gesellschaftlichen Ordnung, „für die wir noch keinen Namen haben", wie García de Léon in seinem Interview sagt und was nicht nur für Mexiko gilt. Den Zapatistas kommt das Verdienst zu, dies mit ihrem Aufstand auf die politische Tagesordnung gesetzt zu haben. Immer deutlicher zeigt sich, daß dieses Land nach dem 1. Januar 1994 nicht mehr dasselbe ist. Die Probleme, um die es geht, sind freilich alles andere als eine mexikanische Besonderheit, sondern haben ein globales Ausmaß. ●

Interview mit Antonio García de León

Du kommst soeben von einer Reise nach Chiapas zurück. Was hat Dich dorthin geführt?

García de León: Ich wollte vor allem neueste Informationen bekommen. 1992 war ich zum letzten mal dort. Schon damals habe ich in einigen Artikeln auf die kritische politische und ökonomische Situation hingewiesen. Es war mir klar, daß es zu einer Eskalation der Gewalt kommen würde. Jetzt geht es mir darum, die Konflikte in ihrer ganzen Vielschichtigkeit zu verstehen, zu berichten, meine moralische Autorität in Anspruch zu nehmen, um die offiziellen Versionen und Lügen zu widerlegen.

Was bedeutet der Aufstand in Deinen Augen politisch ?

García de León: Er kann zu einer umfassenderen Demokratisierung des Landes führen. Die Leute vom Ejercito Zapatista de Liberation National (EZLN), die „Zapatistas" haben die Chance dazu eröffnet. Der Konflikt hat Auswirkungen auf das ganze Land und nur eine Demokratisierung des ganzen Landes kann zu seiner Lösung führen.

Wie schätzt Du die Ergebnisse der ersten „Friedensverhandlungen" zwischen der mexikanischen Regierung und den Zapatistas ein ?

García de León: Es gibt darüber zwei Versionen; weil verschiedene Sprachen gesprochen werden. Die Regierung versucht, den Konflikt herunterzuspielen, ihn zu einem nur regionalen oder gar lokalen zu stilisieren. Und sie hat verkündet, es gäbe bereits Vereinbarungen. Das stimmt nicht.

Die Sprache der Rebellen dagegen ist die der indigenen Bevölkerung. Diese Bewegung hat ihren eigenen Rhythmus, sie ist

langsamer, es ist eine Rebellion, die sich mit sich selbst berät. Das ist der große Unterschied zu anderen lateinamerikanischen Guerillas. Die Zapatistas treffen keine isolierten Entscheidungen, sprechen nicht im Namen der Bevölkerung, ohne sich ständig rückzuversichern. Dieser Prozeß braucht Zeit. Die Indios sind der Auffassung, daß es bislang keine Vereinbarungen mit der Regierung gibt. Diese wird es erst geben, wenn ausführlich beraten und unterschrieben ist, vor allem wenn praktische Maßnahmen erkennbar werden.

Dies begründet die momentan ganz unterschiedlichen Lageeinschätzungen. Eine Gefahr geht davon aus, daß die Regierung doppelzüngig operiert. Auf der einen Seite verhandelt sie, auf der anderen verstärkt sie die militärische Einkreisung. Das Militär überfliegt ständig die Region, kontrolliert, schikaniert und unterdrückt. Es versucht, die Zivilbevölkerung aus dem von den Zapatistas kontrollierten Gebiet herauszudrängen. Es will um diese Zone herum ein menschenleeres Niemandsland schaffen. Durch Druck und Propaganda werden die Menschen veranlaßt, ihr Land zu verlassen und in Flüchtlingslager zu gehen. Diejenigen, die sich dem nicht fügen, gelten automatisch als Sympathisanten des EZLN. Bei einer militärischen Invasion wären sie dann Kriegspartei mit allen schlimmen Folgen. Und die Regierung hat bis heute nicht darauf verzichtet, die Rebellion militärisch niederzuschlagen. Das einzige, was die militärische Repression zunächst etwas eingedämmt hat, war der Druck der Öffentlichkeit in Mexiko selbst und vor allem die Reaktion der internationalen Presse.

Camacho Solis, der von Präsident Salinas eingesetzte Unterhändler, gehörte zu den prominentesten Anwärtern für dessen Nachfolge. Er wurde von diesem aber dann bei der Kandidatenbenennung übergangen. Welche Rolle spielt er jetzt?

García de León: Seine Position ist ebenfalls sehr zwiespältig. Er möchte immer noch Präsident werden und nutzt dazu die Position, die Popularität und den Einfluß, die er durch seine Verhandlungsführung gewonnen hat. Wenn überhaupt, dann kann er nur noch außerhalb der PRI antreten. In diesem Falle hätte er jetzt gewisse Chancen. Die herrschende Staatspartei ist bei ihren Planungen hinsichtlich der kommenden Präsidentschaft also hochgradig verunsichert worden. Der noch amtierende Präsident Salinas ist aber entschlossen, den von ihm ausgewählten Colosio zum Präsidenten zu machen und dieser hat ebenso wie er keinerlei Absichten hinsichtlich einer Demokratisierung des Landes.

Welche Chancen gibt es, daß eventuelle Friedensvereinbarungen von der Regierung und der Staatspartei dann auch akzeptiert und eingehalten werden ?

García de León: Das ist schwer zu beantworten. Die Bevölkerung ist mobilisiert, aber noch nicht genug. Dazu kommt die Unklarheit bezüglich der Rolle Camachos. Er fungiert als persönlicher Abgesandter des Präsidenten, hat aber kein institutionelles Mandat und keine formelle Kompetenz. In Mexiko existiert eben eine Art konstitutioneller Monarchie. Dadurch werden die politischen Prozesse unkalkulierbar. Und Camacho macht, wie gesagt, sein eigenes und höchst gefährliches Spiel.

„Es geht um eine Gesellschaft und eine Politik, für die wir nach dem Fall der Mauer noch keinen Namen haben“

Welchen Rückhalt haben die Zapatistas in der Bevölkerung ?

García de León: In Chiapas herrscht mittlerweile eine allgemeine Bürgerbewegung, von der das EZLN nur ein Teil ist. Die starke und immer noch wachsende Unterstützung der Zapatistas durch die Bevölkerung wurde durch ihr konkretes Verhalten begründet. Sie hat mich selbst überrascht, weil ich geglaubt hatte, viele Menschen würden durch Gewalt abgeschreckt. Aber dies ist nicht der Fall. Unterstützung gibt es insbesondere von den Indigenas und von den Campesinos, aber auch von großen Teilen der städtischen Bevölkerung: von Lehrern, Studenten, Angestellten. Sie helfen auch mit Geld. Marcos sagt, daß die unerwartet große Unterstützung zu einem Problem geworden ist. Z.B. haben die Zapatistas viel zu wenig Waffen, um ihre wachsende Anhängerschaft auszustatten. Es gibt deshalb sehr viele Unbewaffnete in den von den Rebellen kontrollierten Gebieten. Besonders wichtig ist aber die Rebellion der Zivilbevölkerung. Es hat sich mittlerweile ein ziviler Aufstand gegen die örtlichen Autoritäten entwickelt, Landbesetzungen greifen um sich. Dazu kommt eine starke Unterstützung auf nationaler Ebene, die bis zur mexikanischen Bevölkerung im Süden der USA reicht.

Ich wußte schon länger von der Existenz der Zapatistas und ihren Plänen. Ich habe mit einigen von ihnen darüber diskutiert und gemeint, ein derartiges Unterfangen sei verrückt. Gerade in Anbetracht des Falls der Berliner Mauer und den damit verbundenen globalen Veränderungen, der Situation der Befreiungsbewegungen in Lateinamerika, z.B. des Scheiterns der nicaraguanischen Sandinisten. Ich war der Auffassung, die Zapatistas würden sich durch eine solche Aktion völlig isolieren, da niemand in diesem Land einen Bürgerkrieg wünscht. Und überdies würden sie sofort militärisch besiegt werden. Daß es anders gekommen ist, hat viele überrascht, ist aber bedingt durch die Art und Weise ihres Auftretens.

Wie erklären sich die erstaunlichen politischen Fähigkeiten der Zapatistas ?

García de León: Sie haben sich zehn Jahre lang vorbereitet, nicht nur durch den Aufbau bewaffneter Kräfte. Sie haben die Situation analysiert, global, national und lokal. Sie haben an ihrer Ausdrucksweise und an ihrer Sprache gearbeitet. Diese Vorbereitung war gut, ihre Sprache ist authentisch, es ist die Sprache der regionalen indigenen Gemeinden, direkt und einfach. Sie steht in klarem Gegensatz zur bürokratischen, kryptischen und gewundenen offiziellen Sprache, zu den für einfache Menschen kaum nachvollziehbaren Äußerungen der Regierung und der Parteien, auch denen der linken Opposition. Die Indios benutzen eine frische, poetische, oft mit Scherzen gespickte Sprache. Mit dieser Sprache gewinnen die Zapatistas eine Bevölkerung, die längst das Vertrauen in die Regierung und die Parteien verloren hat.

Und sie können mit den Medien umgehen. Z.B. boten sie den Journalisten Schutz, wenn die Armee sie bedroht und auf sie geschossen hat. Das hat gewisse Unterschiede deutlich gemacht. Deshalb ist die Presse weitgehend auf die Zapatistas umgeschwenkt. Die Bevölkerung hat sich auf ihre Seite geschlagen, weil die Zapatistas ihr gegenüber keine Gewalt angewendet und die Menschenrechte nicht verletzt haben wie das Militär. Das Militär hat gefoltert, Menschen verschwinden lassen und ermordet, die Zivilbevölkerung angegriffen. Den achttägigen Krieg im Januar haben die Zapatistas gewonnen, nicht militärisch, aber politisch. Militärisch waren sie mit vier- bis fünftausend Bewaffneten und etwa 12000 organisierten Anhängern viel zu schwach. Aber sie haben eine große moralische Macht.

Wie verlaufen die politischen Konflikte innerhalb von Chiapas ?

García de León: Gegen die Zapatistas stehen vor allem die großen Grundbesitzer, Unternehmer und der lokale politische Machtfilz. Dieser Konflikt wird durch die konservativsten Kräfte innerhalb von Chiapas forciert, von Teilen der Armee, der PRI und der Re-

gierung. Diese bewaffnen paramilitärische Gruppen, die gegen die Campesinos vorgehen sollen, ähnlich den Todesschwadronen. Erst kürzlich wurde von ihnen ein Indioführer ermordet. Das führt zu einer sehr gefährlichen Situation. Provokative Akte von dieser Seite werden immer wahrscheinlicher. Nicht zuletzt der Bischof von San Christobal, Ruiz, ist in großer Gefahr. Er könnte ermordet werden wie damals Bischof Romero in El Salvador. Es ist alles möglich, und vieles hängt davon ab, wie sich die Zentralregierung verhält. Präsident Salinas möchte gerne zum Zustand vor der Revolte zurück. Er ermutigt diejenigen, die sagen, daß die ökonomische Entwicklung Mexikos nicht durch ein paar entfernte Gemeinden an der guatemaltekischen Grenze gestört werden dürfe.

Kann dem begegnet werden?

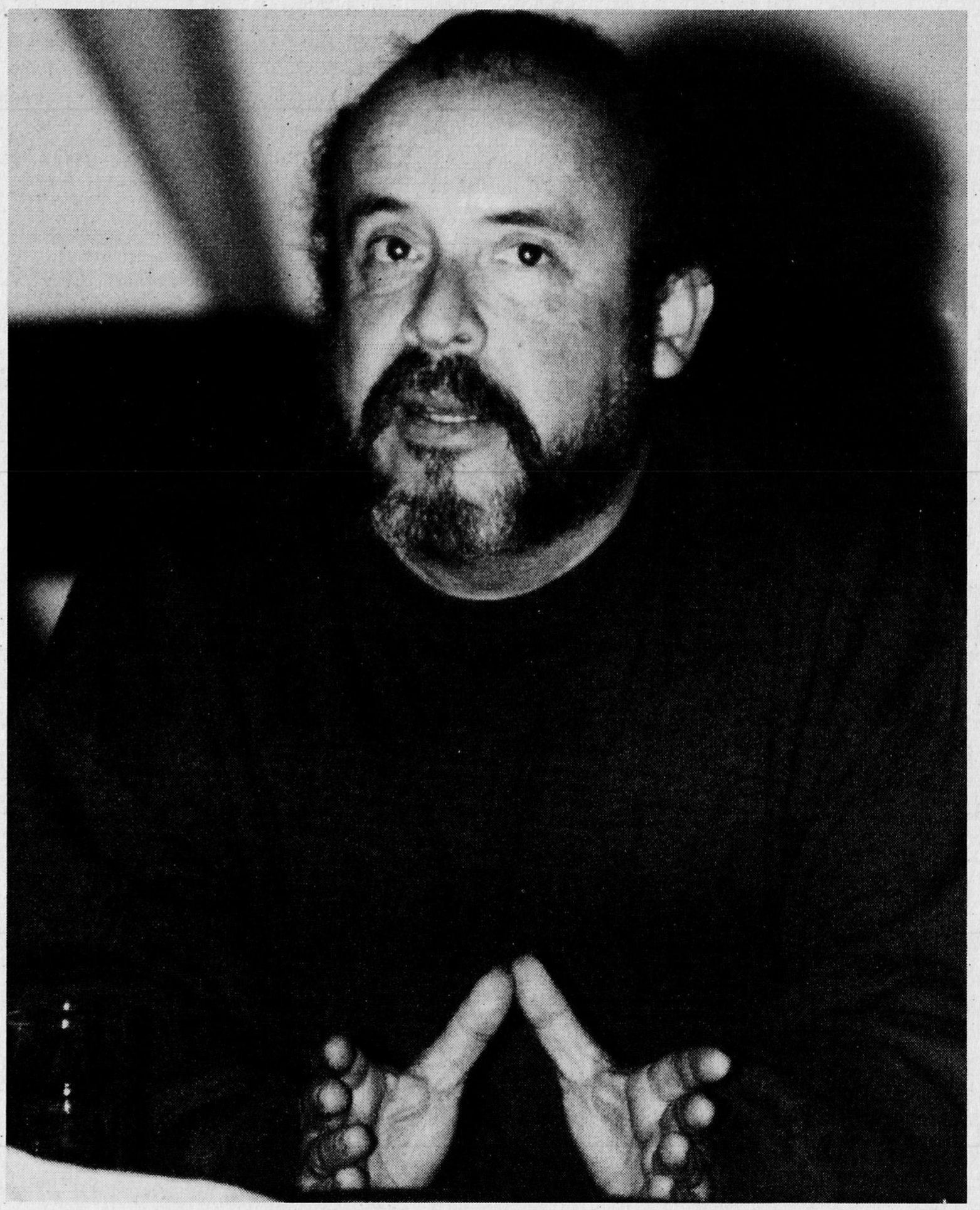
García de León: Es gibt eine breite Unterstützungsbewegung, gerade auch innerhalb der katholischen Kirche und der katholischen Bevölkerung allgemein. Die Forderungen der Zapatistas leuchten den meisten Menschen ein und das macht ihre Stärke aus. Sie wollen keinen Sozialismus oder Kommunismus im alten Stil, sondern fordern einfach Demokratie: freie Wahlen, das Ende des Wahlbetrugs, daß Autoritäten nicht von oben, sondern von der Bevölkerung eingesetzt werden. Für Mexiko ist das höchst subversiv. Aber es hat auch verhindert, daß die USA direkt interveniert haben wie z.B. in Salvador.

Wie sind die Zapatistas politisch einzuordnen?

García de León: Ich glaube, daß sie als eine traditionell „marxistische" Bewegung angefangen haben. Das geht aus ihrer früheren Art zu sprechen, ihren Dokumenten hervor. Aber es ist eine Bewegung, die sich auf die Denkweisen und Erfahrungen der Indiobevölkerung eingelassen hat. Sie hat Momente der katholischen Befreiungstheologie und auch des progressiven Protestantismus übernommen. Es gibt in Chiapas viele Protestanten und bestimmte libertäre religiöse Traditionen. In der Selva gibt es z.B. einen Ort, der nach Thomas Münzer benannt ist. Der Marxismus der Zapatistas vermischt sich mit all dem.

Dann gibt es eine Tradition, die von den 68ern über die – gänzlich ausgelöschte – Guerilla der 70er Jahre bis heute reicht. Die Reste dieses ganzen politischen Schiffbruchs flossen in den 80er Jahren nach Chiapas und haben sich da erneuert. Die Zapatistas haben eine fähige, sehr intelligente Führung, die ihre politische Denkweise radikal verändert hat. Der Fall der Berliner Mauer, aber auch die Entwicklung der lateinamerikanischen Guerilla hat sie beinflußt. Sie haben den „realen Sozialismus", die Sowjetunion, auch Kuba kritisiert. Aber nicht nur die Denkweise, auch die Kampfformen sind neu. Die Zapatistas sind tolerant, sie haben niemals innere Säuberungen veranstaltet. Leute, die sich von ihnen abwenden, bleiben unbehelligt. Es gibt keine stalinistischen Mechanismen. Sogar Verräter wurden geschont.

Beispielhaft dafür ist die Art und Weise, wie mit dem ehemaligen Gouverneur und hohen Militär Castellanos nach seiner Gefangennahme umgegangen wurde. Jede andere Gruppe hätte ihn hingerichtet. Die Zapatistas haben ein Gerichtsverfahren durchgeführt, in dem er schuldig gesprochen wurde. Sie haben ihn aber nicht abgeurteilt, sondern der Regierung mit allen Unterlagen übergeben. Natürlich hat die Regierung nichts getan. Damit haben sie bewiesen, daß Regierungsangehörige in diesem Lande für Straftaten nicht belangt werden. Das war ihnen wichtiger, als einen Gegner umzubringen. Es läßt sich leicht vorstellen, wie viele Sympathien ihnen das eingetragen hat.



Antonio García de León – Foto: Thomas Kunz

Welches Interesse hat die Regierung an Chiapas ?

García de León: Es geht nicht nur um einen politischen Unruheherd. Chiapas ist ein sehr reiches Land mit einer armen Bevölkerung. Dort werden 30 % der mexikanischen Elektroenergie produziert und z.T. exportiert. Vor allem liegen dort riesige, zur Zeit noch versiegelte Ölreserven, gerade in der von den Zapatistas kontrollierten Region. Sie hocken sozusagen auf einem unterirdischen Ölsee. Chiapas ist für Mexiko eine ökonomisch strategische Zone.

Kann die Regierung den Konflikt auf Chiapas begrenzen ?

García de León: Sie arbeitet daran. Dazu gehört die Behauptung, es handle sich bei dem Aufstand „nur" um eine Bewegung von Indios, man müsse also die Verfassung hinsichtlich der Lage der Indios überprüfen. Es wird auch daran gedacht, die kürzlich erfolgte Aufhebung der Unveräußerlichkeit bäuerlichen Grundeigentums, die Grundlage einer

neuen Bauernvertreibung ist, etwas zu modifizieren. Es wird also mit ganz speziell auf Chiapas bezogenen Maßnahmen reagiert werden. Aber die darüber hinausgehenden politischen Forderungen kann die bestehende Regierung nicht erfüllen, ohne Selbstmord zu begehen.

Wie wirkt sich der Aufstand auf die mexikanische Gesellschaft und Politik insgesamt aus?

García de León: Die Staatspartei PRI ist in einer großen Krise. Der konservative Flügel will überhaupt keine Zugeständnisse machen und ist schon über Camachos Verhandlungen verärgert. Die Zapatistas haben aber auch die oppositionellen Parteien erschüttert. Das ganze politische Spektrum hat sich bewegt. Sie haben bewirkt, daß die Leute noch weniger Vertrauen in Wahlen haben. Sie haben gezeigt, daß friedliche Mittel nicht die einzige Möglichkeit politischen Handelns sind, daß eine bewaffnete Bewegung Erfolg haben kann. Daß die Regierung nun am Verhandeln ist, weckt bei vielen Konservativen die Befürchtung, daß eben dies Anlaß zur Entstehung weiterer bewaffneter Bewegungen in anderen Teilen des Landes sein könnte.

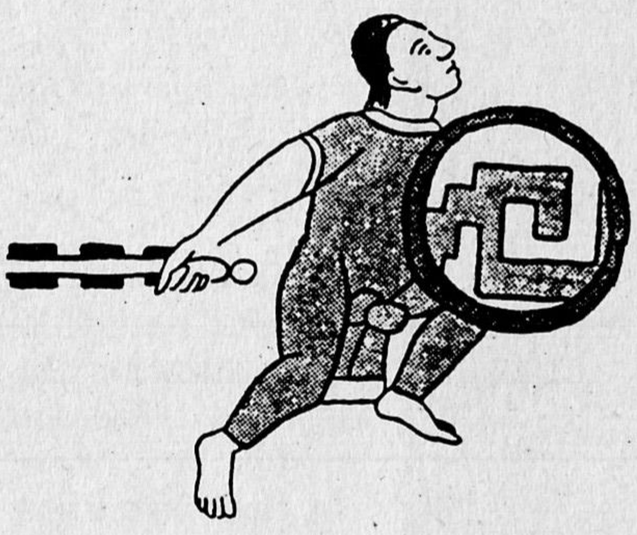
Die wirtschaftliche Situation im ganzen Land verschlechtert sich, teilweise gerade durch die Wirtschaftspolitik von Salinas und nicht zuletzt durch den Abschluß des Freihandelsvertrags mit den USA und Kanada. Viele Bauern und Kleinbetriebe werden dadurch in ihrer Existenz bedroht, die Arbeitslosigkeit ist ohnehin schon sehr groß. Dies eröffnet aber auch die Möglichkeit zu einer politischen Wende, zu einer Änderung der neoliberalen Wirtschaftspolitik. Die Regierung ist der schlichten Auffassung, daß jeder sich selbst helfen soll. Die Verarmten, die Arbeitslosen sehen aber jetzt, daß eine bewaffnete Erhebung die Regierung zum Handeln zwingen kann, daß sie politische Reformen möglich macht. In dieser Situation könnte ein Konflikt von den Dimensionen eines Bürgerkriegs entstehen.

Um solche Entwicklungen zu verhindern, ist ein demokratischer Übergang nötig. Und er ist möglich, weil die Kräfte der Veränderung in der Gesellschaft überwiegen. Die Strukturen der „zivilen Gesellschaft" sind progressiv, wenn auch nicht „links" in einem traditionellen Sinne. Die Bevölkerung will mehrheitlich den Wandel zu einer Gesellschaft und einer Politik, für die wir nach dem Fall der Mauer noch keinen Namen haben. In Mexiko gibt es eine starke popular-demokratische Tradition. Die Rebellion in Chiapas hat gezeigt, daß auch in den indigenen Gemeinschaften solche Wurzeln vorhanden sind. Wenn die staatliche Kontrolle wegfiele, könnten diese sich durchaus selbst verwalten, ohne große innere Konflikte. Was Konflikte schafft, ist die Intervention des Staates, der Kazikismus und die wirtschaftliche und politische Macht, die über sie herrscht.

Die Lage ist schwierig, aber nicht ohne Hoffnung. Wenn die Regierung sich verweigert und zu den alten Zuständen zurückkehren will, dann droht der Bürgerkrieg. Der Betrug bei der Präsidentenwahl 1988 läßt sich im Gedächtnis der Menschen nicht mehr auslöschen, der 1.Januar 1994 in Chiapas ebensowenig.

Antonio García de León ist Antropologe und Wirtschaftshistoriker. Er arbeitet an der Universidad National Autónoma von Mexiko (UNAM). Von ihm stammt eine grundlegende Untersuchung über die Geschichte der Volkserhebungen in Chiapas. Das letzte Kapitel dieses Werks, das den Titel „Widerstand und Utopie" trägt, ist mit „Tanz auf dem Vulkan" überschrieben. Garcia de León ist Mitarbeiter einer Menschenrechtsorganisation (DESMI), die sich vor allem mit der Lage der indigenen Bevölkerung in Mexiko befaßt.

Das Interview führten Brigitte Kühn und Joachim Hirsch



Zapata lebt in unseren Toten!

Nachfolgend veröffentlichen wir eine Mitteilung des geheimen Komitees der zapatistischen Armee, wie sie in dieser Form, wenn auch oft mit konkreteren politischen Forderungen verbunden, regelmäßig herausgegeben und von einigen mexikanischen Zeitungen publiziert werden. Dieser Text war für die Kundgebungen zum 75. Todestag von Emiliano Zapata am 10. April 1994 bestimmt. Er illustriert in besonderer Weise die Sprache der Aufständischen von Chiapas, die Antonio García de Léon in seinem Interview als eine ihrer Besonderheiten charakterisiert und die zum Teil die breite Sympathie für die Aufständischen in der Bevölkerung begründet.

Die pathetische und zugleich poetische Form dieses Textes mag uns WesteuropäerInnen noch aus der politischen Literatur des 19. Jahrhunderts bekannt sein. Der religiös-mystische Zug jedoch ist uns äußerst fremd. Wer allerdings die KlassikerInnen der zeitgenössischen lateinamerikanischen Literatur gelesen hat, findet viele der von dort bekannten Bilder in diesem Text wieder. Insbesondere das Verständnis des Individuums als einem Glied in einer langen Kette von Vor- und Nachfahren, mit der es unentrinnbar verbunden ist, wird in vielen dieser Romane thematisiert. Die Ahnen sind nicht nur ferne Tote, sondern beeinflussen unmittelbar gegenwärtiges Handeln. Niemand ist nur er/sie selbst, sondern das Ich konstituiert sich erst durch den Einfluß der Vorfahren. So ist auch in diesem Text die Wiederkunft Zapatas zu verstehen. Zwar tritt er als ein namentlich bekanntes Individuum auf, aber auch er ist nur einer aus der langen Reihe der vom Leid unterdrückten und mutig sich wehrenden MexikanerInnen. Unvergänglich sind die Menschen insofern, als sie die TrägerInnen von gemeinsamen Wünschen und Sehnsüchten nach Freiheit und Glück sind.

Daß bei der Übersetzung allein die männliche Form "Brüder" beibehalten wurde, erklärt sich daraus, daß im Spanischen das Maskulinum immer noch angeblich auch die Frauen miteinschließt, und der Text in all seinen vielfältigen Aspekten erhalten bleiben sollte.

Mitteilung des geheimen revolutionären Komitees der indigenen Bevölkerung - Generalkommandatur der zapatistischen Armee der nationalen Befreiung, Mexiko:

10. April 1994
An das mexikanische Volk,
an alle Völker und Regierung der Welt,
an die nationale und internationale Presse!

Brüder: Das geheime revolutionäre Komitee der indigenen Bevölkerung - Generalkommandatur der zapatistischen Armee der nationalen Befreiung - wendet sich an Euch, um folgende Worte zu sprechen.

In diesem Moment haben sich Zehntausende von Männern und Frauen, Kindern und Alten, die alle der indigenen Bevölkerung angehören, in Hunderten von Dörfern, Siedlungen und Gemeinden auf dem mexikanischen Land vereint. Unsere Hände reichen bis an das Herz des Asphalts. Mit all diesen Menschen verbindet uns im Angesicht einer Flagge mit drei Farben, in deren Zentrum man das Bild eines Adlers sieht, der eine Schlange verschlingt, unsere gemeinsame Not. Eine Not, die da heißt, seit 501 Jahren zu einer vergessenen Gemeinschaft zu gehören, einen sinnlosen Tod zu sterben, kein Gesicht zu haben, seines Namens beraubt zu sein und das Leben und den Tod auf eine ferne Zukunft verschoben zu haben. Im Angesicht dieser Flagge verbindet uns alle die gemeinsame Sehnsucht, auf einmal und für immer den Himmel und die Erde, die uns heute unterdrücken, zu verändern. Das wollen wir tun – wir, die Namen- und Gesichtslosen, die selbsternannten Spezialisten der Hoffnung, die am meisten Sterblichen, die Überwinder der Ungerechtigkeit. Wir sind die aus den Bergen, die der nächtlichen Reisen. Wir sind die ohne Stimme in den Palästen, die Fremden im eigenen Land, die des ewigen Todes, die ihrer Geschichte Beraubten, die ohne Vaterland und ohne ein Morgen, die mit der zarten Wut, die, die Wahrheit enthüllten, die der langen Nacht der Verachtung. Wir sind wahre Männer und Frauen. Wir, die wir die kleinsten und die würdevollsten, die letzten und die besten sind, wir müssen aufs neue die Tür zum Herzen unsrer Brüder öffnen, damit sie unsere Botschaft empfangen.

Aus unserem Mund soll die Wahrheit sprechen. Wir müssen unsere Herzen in unsere Hände legen. Brüder, wir möchten, daß ihr wißt, wer hinter uns steht, wer uns führt, wer mit unseren Füßen wandelt, wer unser Herz schlagen läßt, wer unsere Sprache beflügelt, wer in unseren Toten lebt.

Wir möchten, daß ihr endlich die Wahrheit erfahrt. Und die Wahrheit lautet so:

Bereits in der ersten Stunde dieser langen Nacht, in der wir sterben, gab es jemanden, so berichten uns unsere ältesten Vorfahren, der unseren Schmerz und unser Vergessensein erkannte. Es war ein Mann, dessen Wort von sehr weit her zu uns drang, der zu uns in die Berge kam und er sprach die Sprache der wahren Männer und Frauen. Sein Schritt war und war nicht der unsere. Aus den Mündern unserer Toten, mit der Stimme unserer weisen Vorfahren drang sein Wort bis in unsere Herzen. Er war und er ist, Brüder, derjenige, der der Samen in unserem Boden ist und nicht ist. Er kam sterbend in die Berge, um wieder zu leben. Brüder, sterbend lebte das Herz, als er sein Lager unter dem Dach des nächtlichen Himmels in den Bergen aufschlug. Sein Name war und ist in unzähligen Dingen enthalten. Sein sanftes Wort lebt in unserem Schmerz weiter. Er ist und ist nicht in diesem Land. Zapata der Beschützer und das Herz unseres Volkes.

Zapata – das Licht, das aus der Ferne kam und hier auf unserem Boden geboren wurde. Zapata, der Name, der wieder und immer berühmt ist bei unserem Volk. Zapata ist das zarte Feuer, das seit 501 Jahren aus unserem Tod lebt. Zapata, ein sich verändernder Name, ein Mann ohne Gesicht, das sanfte Licht, das uns schützt. Zapata kam. Der Tod war immer bei uns. Während wir starben, starb auch unsere Hoffnung. Zapata kam. Der Name ohne Name. Zapata schaute aus den Augen Miguels, wanderte mit José Maria, ging mit Vicente, fand seinen Namen bei Benito, flog mit den Vögeln, ritt mit Emiliano, schrie mit Francisco und besuchte Pedró. Sterbend lebte er auf unserem Land, berühmt ohne einen Namen zu haben. Als Name ohne Name ist Zapata in unsere Heimat gekommen. Er ist gekommen, er, Zapata, der Beschützer und das Herz unseres Volkes.

Das ist die Wahrheit, Brüder. Ihr müßt wissen, daß er nicht wieder sterben wird, solange wir leben; aber er lebt auch in unserem Tod weiter und lebt für immer... Er nahm seinen Namen von uns Namenlosen, er nahm sein Gesicht von uns Gesichtslosen. Er ist der Himmel über den Bergen – der Beschützer und das Herz des Volkes. Und er suchte seinen Namen unter uns: Zapatistische Armee der nationalen Befreiung.

Zapatistische Armee der nationalen Befreiung. Die sanfte Wut, mit der sie bewaffnet ist. Der unnennbare Name. Die Ungerechtigkeit, gegen die sie Krieg führt. Der Tod, der gebirt. Sorge, die zur Hoffnung wird. Der Schmerz, der lacht. Der Schrei, der verstummt. Unsere eigene Gegenwart, damit es eine Zukunft gibt. Alles für alle und nichts für uns. Wir, die Unbenennbaren, die ewigen Toten. Wir, die belächelte Würde, diese vergessene Ecke in unserem Vaterland. Wir, die zapatistische Armee der nationalen Befreiung. Wir, die rotschwarze Flagge unter der Trikolore mit dem Adler. Wir, der rote Stern, der endlich an unserem Himmel erscheint...

Laßt unsere Wahrheit in Euren Herzen tanzen! Zapata lebt, noch und auf immer, hier auf unserem Land.

Seid gegrüßt, Ihr mexikanischen Brüder!
Seid gegrüßt, Ihr Bauern unseres Landes!
Seid gegrüßt, Ihr Ureinwohner aller Länder!
Seid gegrüßt, Ihr zapatistischen Kämpfer!
Zapata kommt! Sterbend lebt er! Viva Zapata! Demokratie! Freiheit! Gerechtigkeit!

Aus den Bergen des südöstlichen Mexiko. ●

Abgedruckt in La Jornada, Mexiko D.F., 11.4. 1994.
Übertragung ins Deutsche von E.-M. Krampe

Als Lektüre empfehlen wir den Roman „Die sieben Wächter" von Rosario Castellanos, Suhrkamp Verlag.

ULF BAUMGÄRTNER

„Das Fiasko des Jahrhunderts“

Zu den Wahlen in El Salvador

Unmittelbar nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen in El Salvador am 20. März bedachten die Kommentatoren der Katholischen Universität das Ereignis mit der Schlagzeile „Das Fiasko des Jahrhunderts“. Dies war eine ironische Anspielung auf die Rede von den „Wahlen des Jahrhunderts“, die in den Monaten zuvor unter praktisch allen Beteiligten grassierte.

Das Fiasko: der Kandidat der regierenden rechtsextremen ARENA-Partei, Calderón Sol, gewann zwar nicht im ersten Anlauf – es fehlten ihm etwas weniger als ein Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen – aber Ruben Zamora, der Kandidat der linken Koalition aus FMLN, Demokratischer Konvergenz (CD) und sozialdemokratischer MNR (Nationale Revolutionäre Bewegung) blieb mit ziemlich genau der Hälfte der Stimmenzahl deutlich abgeschlagen zurück. Die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen, die am 24. April stattfand, hat an diesem Panorama nicht viel verändert, denn nach den ersten Hochrechnungen kam Calderón Sol dieses mal auf 64 bis 68 % der Stimmen.

Foto: El Salvador, Almut Wilms-Schröder, aus: Arbeiterfotografie Heft 59

Angesichts der Wut über den massiven „technischen Wahlbetrug“ und der anfänglichen Freude, als zweitstärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen zu sein, gerieten die ursprünglichen Wahlziele aus den Augen (zu den Wahlzielen vergleiche *links* Nr. 282, Albert Sterr). Natürlich hatten die Wahlen vom 20. März, bei denen neben dem Präsidenten und Vizepräsidenten auch die 84 Abgeordneten und 262 Gemeinderäte gewählt wurden, einen besonderen Stellenwert und die Linke mußte auf jeden Fall dazu antreten. Es waren die ersten Wahlen nach zwölf Jahren Krieg und zwei Jahren Friedensprozeß und zum erstenmal nahmen alle politischen Kräfte des Landes an ihnen teil. Die realistischen Wahlziele waren es, zusammen mit den Christdemokraten die Mehrheit von ARENA und PCN (Partei der Nationalen Versöhnung; traditionelle Partei des Militärs) im Parlament zu brechen, um dem Friedensprozeß förderlichere Gesetzesvorhaben durchbringen zu können, und möglichst viele Gemeinderäte zu gewinnen (vor den Wahlen wurde von bis zu 100 gesprochen).

Gemessen an diesen Zielen und an der Bedeutung, die den Wahlen zugeschrieben wurde, waren sie nun in der Tat ein Fiasko. Mit 41 Abgeordneten hat die gesamte Opposition (neben der FMLN und der CD, die für diese Wahlen getrennt antraten, die Christdemokraten und die evangelikale „Bewegung der Einheit“, MU) die Mehrheit im Parlament knapp und eine komfortable Mehrheit reichlich verfehlt. Bei den Kommunalwahlen hat die auch hier überwiegend alleine angetretene FMLN 15 von 262 Gemeinden gewonnen – eine deutliche Niederlage.

Wenn man davon ausgeht, daß FMLN, CD und die unbedeutende MNR sich auf dasselbe Wählerpotential stützen und daß der Zusammenbruch der Christdemokratie die Linke begünstigt, offenbart ein genauerer Blick auf die Zahlen, daß sich am WählerInnenverhalten in El Salvador nicht sehr viel verändert hat. Ungefähr die Hälfte der eingeschriebenen WählerInnen beteiligt sich nicht, die einen weil sie nicht wollen, die anderen, weil sie daran gehindert werden. Von der wählenden Hälfte geht außer in den wenigen wirklichen Hochburgen der FMLN die Hälfte der Stimmen an ARENA, ein Viertel an die Linke und das restliche Viertel an die sonstigen Parteien. Unverändert solide liegt das Stimmenpotential der extremen Rechten bei ungefähr einer halben Million.

Daß auch unter veränderten, für die Linke vermeintlich günstigeren Umständen in punkto Wahlen alles beim Alten geblieben ist, das ist das Fiasko und das eigentlich Deprimierende an diesen Wahlen.

Wie kam es dazu? Um den Wahlbetrug – meiner Meinung nach nicht der wichtigste, aber von den Verlierern verständlicherweise der am häufigsten genannte Grund für das Debakel – als erstes zu nennen: die Mehrzahl der WahlbeobachterInnen, allen voran die offiziösen von der UNO sprechen von „Unregelmäßigkeiten“. Das salvadorianische Wahlsystem ist in einem Land mit hoher AnalphabetInnenrate tatsächlich so kompliziert, daß es zu „Unregelmäßigkeiten“ kommen muß, bzw. in großem Umfang manipuliert werden kann. Das ist geschehen. Der Vorteil bei diesem Verfahren – kompliziertes Wahlsystem und umfangreiche internationale Beobachtung – ist, daß die kruden Formen des Wahlbetrugs (z.B. Stimmzettel auszutauschen oder solche der Opposition ungültig zu machen) relativ wenig vorkommen, die feineren Formen (unvollständige und falsche Wahllisten) dafür umso häufiger, dann aber als technische Schwächen bzw. eben „Unregelmäßigkeiten“ ausgegeben werden können. Folgt man den Schätzungen der FMLN, daß beide Betrugsformen zusammen an jeder Urne ca. 20 von den 400 pro Urne vorgesehenen Stimmen ausmachten, kommt mensch auf 135 000 hauptsächlich von der Linken gestohlene Stimmen. Hinzu kommen 300 - 400 000 SalvadorianerInnen, die überhaupt keine Wahlausweise bekommen haben. In den kleinen Gemeinden – und die Gemeinden in den vormals von der FMLN kontrollierten Gebieten sind klein – hat dies vermutlich entscheidend zu Buche geschlagen.

Geht mensch aber – in diesem Falle den Zahlen der UNO-Beobachtermission ONUSAL folgend – von 2,7 Millionen einge-

schriebenen BürgerInnen und etwas mehr als 1,3 Millionen gültigen abgegebenen Stimmen aus, bleiben immer noch über 800 000 „echte“ Enthaltungen, was 30 % der Wahlberechtigten entspricht. Die FMLN und ihre HofberichterstatterInnen haben diesem Faktor bei der Analyse des relativen Wahlmißerfolgs keine Beachtung geschenkt. Es sind wiederum die Jesuiten von der Katholischen Universität, die sich mit dem hohen Maß von Wahlenthaltungen beschäftigen und konstatieren, daß offenbar noch die Angst und das Mißtrauen gegenüber den Politikern, den Parteien und dem Staatsapparat in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitet sind.

Die FMLN hat die fehlende Glaubwürdigkeit von formalen Wahlprozessen in der salvadorianischen Bevölkerung offenbar zu wenig beachtet. Ebenso die Manipulationsmöglichkeiten, die das komplizierte Wahlsystem dem Obersten Wahlgericht, in dem freilich auch ein Vertreter der CD sitzt, gilt. Auch die Rolle der internationalen Wahlbeobachtung und der UNO scheint sie falsch eingeschätzt zu haben: der ging es – was zumindest im nachhinein überdeutlich ist, aber auch schon im Vorfeld im Blick auf die nicaraguanischen Wahlen von 1990 gelegentlich bemerkt wurde – eben nicht nur darum, für einen ruhigen Wahlverlauf zu sorgen, sondern auch darum, diese Wahlen zu legitimieren. Bedenkt mensch schließlich auch noch, daß eine der Parteien der linken Koalition, die CD, es verpaßte, ihre KandidatInnenliste für die Direktmandate rechtzeitig einzureichen, und daß das getrennte Auftreten von FMLN und CD bei den Parlaments- und Gemeinderatswahlen verantwortlich sein könnte für einige verlorene Abgeordnetensitze und Gemeinderäte, so gibt es für die Linke in El Salvador in den nächsten Jahren auf dem Wahlparkett und vor allem an der Basis genug zu tun.

Für die Rest-Solidarität in der Bundesrepublik wäre wünschenswert, daß sie nicht nur hübsche Projekte und Projektchen macht und gegebenenfalls die Mißerfolge der FMLN gesundbetet, sondern auch einmal folgender Frage nachgeht: Was bedeutet es, wenn die Linke sich gerade in einer Zeit für Wahlen interessiert, in der es den Imperialisten gelungen ist, fast überall auf dem lateinamerikanischen Kontinent „low intensity democratics“ zu etablieren und Wahlen zum alleinigen Maßstab für Demokratisierung zu machen, das Modell der formalen Demokratie als Korrelat der neoliberalen Marktwirtschaft aber am Auslaufen ist, weil schlicht und einfach immer weniger LateinamerikanerInnen wählen gehen? ●

DIETER MAIER

Der Verein für das Deutschtum im Ausland -

Eine Agentur der Bonner Außenpolitik

Der Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) ist zwar kaum bekannt, gehört aber zu den stilprägenden Agenturen bundesdeutscher Außenpolitik. Über ihn werden Politikerreisen vorbereitet, deutsche Investitionen in die Wege geleitet und kulturelle Programme und Studienreisen abgewickelt. Vor allem im jüngster Zeit wurden über den VDA Entwicklungsvorhaben in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion organisiert.

Der VDA ging aus dem 1881 in Berlin gegründeten Allgemeinen Deutschen Schulverein hervor, der deutsche Schulen und Kultur vor allem in Südtirol unterstützen sollte. Mit der Zeit wuchsen ihm immer mehr staatliche Funktionen zu. Die Volkstumspflege, die der VDA während der Weimarer Republik betrieb, war die semantische Entsprechung der Lebensraumlüge der Nazis. Nach 1933 erhielt der Verein regen Zulauf. Er wurde 1937 gleichgeschaltet und zum ‘getarnten Werkzeug’ (so eine staatliche Anweisung) der Volksdeutschen Mittelstelle, die für die ‘Volkstumsarbeit im Ausland’ zuständig war.

Der VDA ging mit der Nazidiktatur unter und wurde 1955 wiedergegründet. Die Mitgliedschaft etwa Theodor Oberländerns, der in den schlimmsten Zeiten bundesdeutscher Restauration als Minister wegen seiner Nazivergangenheit zurücktreten mußte, ist einer von vielen Belegen für die durchgängige Rechtslastigkeit des VDA. Viele VDA-Mitglieder waren oder sind zugleich Mitglied im Kyffhäuser-Verband und anderen Organisationen mit brauner Eintönung. Zunächst war der VDA ein Instrument der Auslandsinteressen der bundesdeutschen Wirtschaft. Politische Bedeutung erlangte er, als 1976 der spätere Bundesminister Hans Klein sein Verwaltungsratsvorsitzender wurde. Die Zusammenarbeit mit Deutschen in Ländern wie Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay und Namibia wurde jetzt zu einem neuen Arbeitsschwerpunkt. Die Zielgruppen des VDA in diesen Ländern sind womöglich noch rechtslastiger als der VDA selbst.

Mit dem Ende der Sowjetunion wächst die Bedeutung des VDA ein weiteres Mal. Er übernimmt Funktionen, die in Ländern des Südens den kirchlichen Hilfswerken zukommen, ohne allerdings die entsprechenden Erfahrungen mitzubringen. Die staatlichen Gelder, die der VDA erhält, vervielfachen sich. Die Beispiele, die die LUPE-Dokumentation bringt, deuten darauf hin, daß der VDA, ohne auf die Rußlanddeutschen zu hören, in eine Vetternwirtschaft hineingeraten ist, die bereits die Staatsanwaltschaft und den Bundesrechnungshof auf den Plan gerufen hat.

LUPE ist eine private Recherchegruppe in Berlin, die lange beobachtet, genau zielt und dann einen Volltreffer landet, der juristisch wasserdicht ist. Die Dokumentation ist, wie andere LUPE-Dokumentationen davor, verdienstvoll. Der über 130 Seiten lange Apparat von Namen, Quellen und Index belegt sorgfältige Arbeit und ist eine Fundgrube für diejenigen, die es genauer wissen möchten. Der analytische Gehalt der Dokumentation ist allerdings gering. Die Bundesrepublik Deutschland hat viele außenpolitische Aufgaben an nichtstaatliche Träger delegiert, von denen es immer wieder heißt, daß diese es besser können. Diese Stiftungen, Studienzentren, Vereine und Hilfswerke leisten die außenpolitische Alltagsarbeit. Das Auswärtige Amt beruft sich gerne auf diese Kooperationen, wenn kritische Fragen gestellt werden. Dieser korporatistische Zusammenhang macht die Relevanz von Organisationen wie dem VDA aus. Wo Politik zur bürokratischen Verwaltung divergenter Interessen innerhalb der Union und der Koalition und einzelner Lobbies degeneriert ist, schlägt die normative Kraft des Faktischen umso stärker durch. Die LUPE-Dokumentation hätte solche Aspekte stärker einbeziehen sollen. Das Kopfschütteln, das sich bei jedem aufgeklärten Leser einstellen muß, gilt auch der Art, wie in Bonn vor allem seit der Wende Außenpolitik gemacht wird. ●

Lupe e.V. / Buntstift e.V. (Hg.): Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) – Organisationsprofil, Berlin 1993, Unkostenbeitrag 20,- DM, Bezug: LUPE, Postfach 36 01 23, 10971 Berlin

LUDGER FITTKAU

Bevölkerungspolitik: Die afrikanische Schwiegermutter bedroht das Ökosystem...

...meint z.B: die Berliner „WOCHENPOST“

Am Jahresbeginn 1994 nimmt ein Foto fast ein Drittel der Titelseite der WOCHENPOST ein: Es zeigt zwei schwarze Jugendliche, die Kondome wie Luftballons aufblasen. Die Bildunterschrift lautet: „In Afrika ist jede dritte Schwangerschaft unerwünscht. Kondome und andere Verhütungsmittel fehlen.“ Abgesehen davon, daß auch hierzulande trotz eines ausreichenden Angebots an Gummis nicht wenige Schwangerschaften unerwünscht sind: Daß ausgerechnet die als linksliberal geltende WOCHENPOST in ihrer Titelgeschichte dem Sexualverhalten der Afrikaner oder Lateinamerikaner die Schuld an der „Zerstörung der Lebensgrundlagen“ in die Schuhe schieben will, ist bemerkenswert.

Gemeinsam mit der UNO werben verschiedene Massenmedien schon seit Jahresbeginn für die „Weltbevölkerungskonferenz“ im September in Kairo. Der Begriff „Bevölkerungsexplosion“ hat Konjunktur. In ihm sehen UNO-Funktionäre einen Schicksalsbegriff der Gegenwart, wir sollen gar das „kritische Jahrzehnt“ der Menschheitsentwicklung erreicht haben.

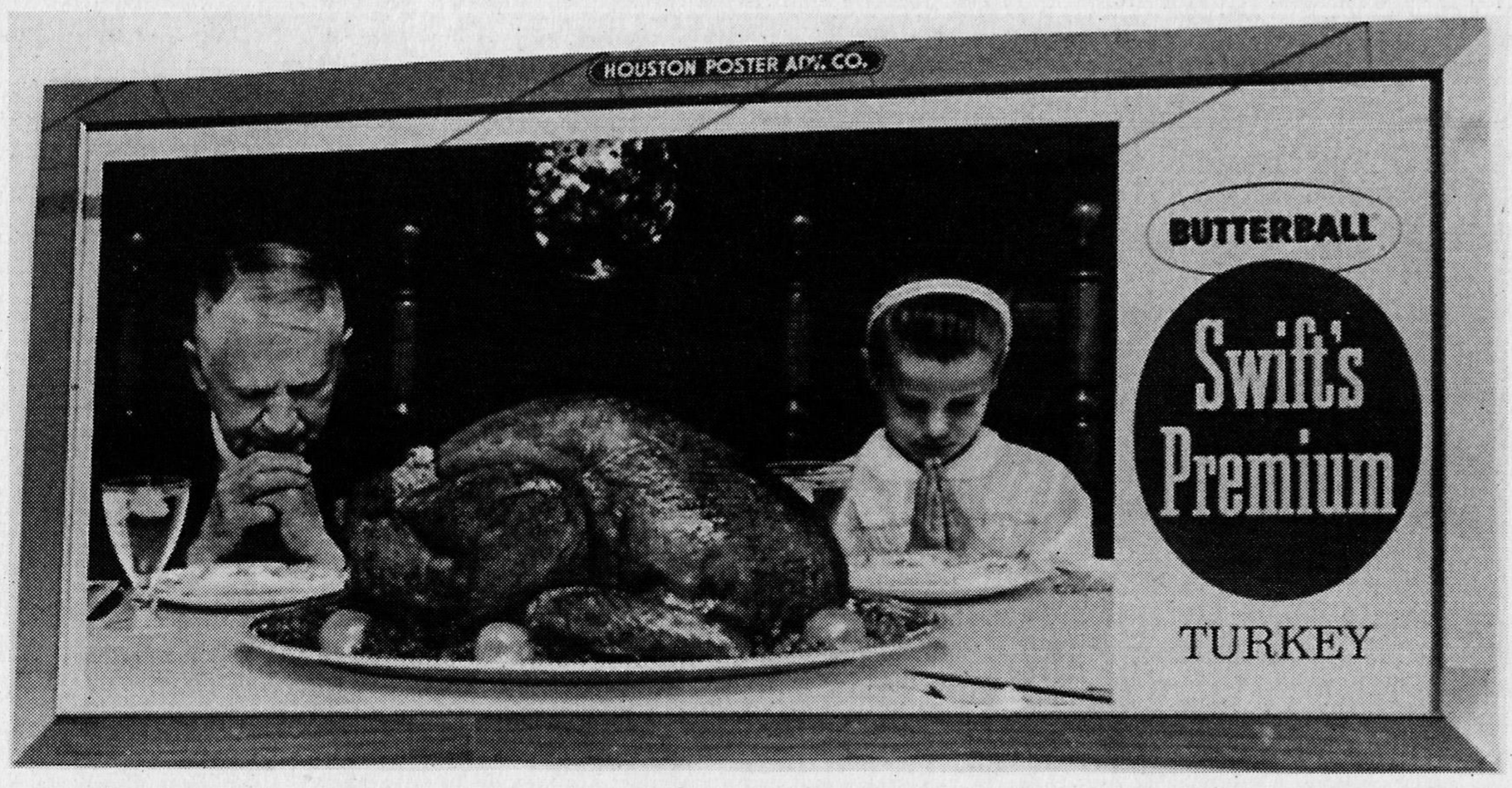
Vor allem natürlich die Afrikaner

Da die fehlende Verhütung nun als ein entscheidender Faktor der Krise der Moderne ausgemacht ist, liefert die WOCHENPOST in ihrer Ausgabe vom 5.1.94 gleich das Angebot der Krisenlösung mit: Als sei alles nur eine Frage der richtigen Verkehrsregelung bietet das Blatt unter dem Titel „Tempolimit beim Bevölkerungswachstum“ gleich die Pille und das Kondom als „Bremser“ an.

Das Sprach-Paradox könnte nicht größer sein: Ausgerechnet denjenigen, die am wenigsten mit den Blechlawinen der Auto-Wahn-Gesellschaft zu tun haben, wird im Jargon der Mobil-Fetischisten gut zugeredet, sie mögen doch bei ihren Leidenschaften die Errungenschaften der Auto-Mechanik nicht vergessen. Und da das westliche Denken davon ausgeht, die Rationalisierung und Steuerung von allem und jedem sei der Stein der Weisen, schlagen die Wochenpostler obendrein noch vor, „die Menschheit“ müsse endlich anfangen, „sich selbst zu bewirtschaften“. Als ob nicht gerade die Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche uns an den Rand der ökologischen Katastrophe getrieben hat.

Folgen wir den „Rad-Schlägen“ der WOCHENPOST und anderer „wohlmeinender“ westlicher Technokraten der Wachstums-Arithmetik, müßten wir unseren afrikanischen Freunden jetzt sagen, wie sie sich selbst bewirtschaften können. Denn die UNO meint, es gäbe „Kommunikationsbarrieren“ für die mangelnde Verhütung, „Widerstand von Gleichaltrigen, Ehemännern und Schwiegermüttern“, zitiert das Berliner Blatt die UN-Strategen. Diese mußten sich ja schließlich selbst mit garstigen Schwiegermüttern rumschlagen. Da weiß man, wovon er spricht!

Neben den Schwiegermüttern sei es eine „Allianz gegen die Vernunft von klerikalen Lobbyisten im Verein mit selbsternannten Drittwelt-Helfern“, die die Schuld dafür trägt, daß Maßnahmen zur „Verlangsamung des Bevölkerungswachstums“ unpopulär sind, wie ein Weltbankexperte laut WOCHENPOST klagt. Der Weltbank sei ins Konto geschrieben: Denken Sie darüber nach, meine Herren, ob der Begriff Verlangsamung eventuell von Verlangen und Samen kommt, der Gedanke ist doch bei diesem Thema gar nicht so abwegig. Außerdem:



Langsamkeit ist vielleicht Stoff für Romane, im wirklichen Leben regiert die Dromologie, das ist die Herrschaft der Geschwindigkeit. Das können Sie jetzt nicht den Pfaffen oder der Dritte-Welt-Initiative ankreiden, die sitzen nicht an den Terminals der Börsenplätze und schießen atemlos Geld in Form von digitalen Bits um die Weltkugel. Wahrscheinlich ist es doch eher die Schwiegermutter, die sitzt doch immer auf der Bank rum un d mischt sich in alles ein, nicht wahr, verehrte Banker von Welt!

Apropos Weltbank!

Das ist das Stichwort für etwas, was im Wochenpost-Artikel lediglich beiläufig Erwähnung findet: Die Konsequenzen eines expandierenden, vorbildhaften westlichen Konsummodells, das überall auf der Welt seine destruktiven Wirkungen zeitigt und mittelfristig dazu angetan ist, seine eigenen Grundlagen zu vernichten. Die Herren des Industriesystems wissen es, doch den rasenden Zug zu stoppen, schafft bisher niemand. Offenbar haben die Konstrukteure vergessen, die Notbremse einzubauen!

Die Bilanz: Es ist den Industrieländern gelungen, in den letzten 200 Jahren nahezu alle seit Jahrmillionen aufgespeicherten Reichtümer soweit zu plündern, daß sie innerhalb der nächsten Generation zu versiegen drohen. Schwerlich den Schwiegermüttern kann in die Schuhe geschoben werden, daß der Weltenergieverbrauch seit 1892 um das 80fache gestiegen ist und daß die Industrieländer 80 % der verfügbaren Ressourcen verbrauchen, daß 90 % der Weltenergie aus fossilen Energieträgern gewonnen wird, die in kurzen Zeitläufen nicht regenerierbar sind.

Die Riesenstädte sind die Bannenträger des Industrialismus mit seiner Verschwendungs-Ökonomie. Daß viele verarmte Landbewohner ihr Glück in den Städten suchen und es zumeist nicht finden, ist angesichts der Verheißungen von Satelliten-TV und Radio-Werbung kein Wunder. Verwunderung hervorrufen kann kaum noch, daß Madagaskar 90 % seines Fernsehprogramms mit alten europäischen Sendungen wie der Sportschau und dem Kommissar füllt. Auch dem Land, wo der Pfeffer wächst, ist also Erik Ode nicht erspart geblieben. Da sollte man niemanden mehr hinwünschen denn „Bum-Bum-Boris" ist in Form eines riesigen Werbeplakats schon da und erklärt mit umwerfendem Lächeln den Madegassen, warum sie von nun an nicht mehr auf die Sportschuhe mit den drei Streifen verzichten können. Die gepfefferten Preise müssen eben in Kauf genommen werden! Daß damit nebenbei das westliche Konsum- und Lebensmodell sich als Orientierung in den Köpfen der Menschen festsetzt, bedarf keiner weitergehenden Erörterung. Der Industriealismus mit seinen technischen Errungenschaften zerstört Familienstrukturen und Gemeinwesen, nicht nur in Afrika, wie jeder weiß, der in einem Moment des Atemholens seine eigene Geschichte bedenkt.

Kairo sei ein guter Ort für die Weltbevölkerungskonferenz im September, da könne man ja sehen, wohin der ungehemmte Vermehrungstrieb der Afrikaner führe, so sinngemäß die WOCHENPOST. Daß Kairo oder auch Mexiko-City Megastädte sind, wird berichtet. Warum sie es sind, wird mit keinem Wort erwähnt. Beispiel Mexiko, das Jahr 1994 begann mit einem bewaffneten Aufstand in Südmexiko, in der Provinz Chiapas. In dieser Region beherrschen 20 Familien 95 % des Grundbesitzes. Den Rest des wenigen noch vorhandenen Gemeinde-Landes, der Allmende, wie es hierzulande bis ins 19. Jahrhundert hinein ebenfalls noch bekannt war, sollen die Kleinbauern jetzt auch noch auf dem Altar des gemeinsamen Marktes mit den USA und Kanada, der Nafta opfern.

Der Blick der Teleobjektive und Videokameras der TV-Stationen richtete sich für einige Tage auf die verwegenen Zapatistas, doch die aussichtslose Lage der Landbevölkerung ist in den meisten Ländern der sogenannten 3. Welt Alltag: Tag für Tag werden in Brasilien oder Guatemala, im Sudan oder in Togo und in vielen anderen Ländern Menschen brutal eingeschüchtert, gefoltert und gemordet, wenn sie sich gegen unterdrückerische Eigentumsverhältnisse auflehnen.

In Conchali, in einem der Armenviertel Santiago de Chiles, sah ich Farbfernseher in den Hütten stehen. Daneben gab es eine Armenküche, in der Frauen und Kinder ein wenig Brot und Milch bekommen konnten. Wie paßt das zusammen?

Wenn Menschen ihre Würde verloren haben, klammern sie sich vielleicht um so mehr an materielle Verheißungen. Oder sie verlieren sich an das Glück des Augenblicks, zu dem auch sexuelle Befriedigung gehören kann. Wahrscheinlich sind es tausend unterschiedliche Gründe, die Menschen dazu bewegt, sich nicht an die Vorgaben der UN-Normfamilien-Größe zu halten.

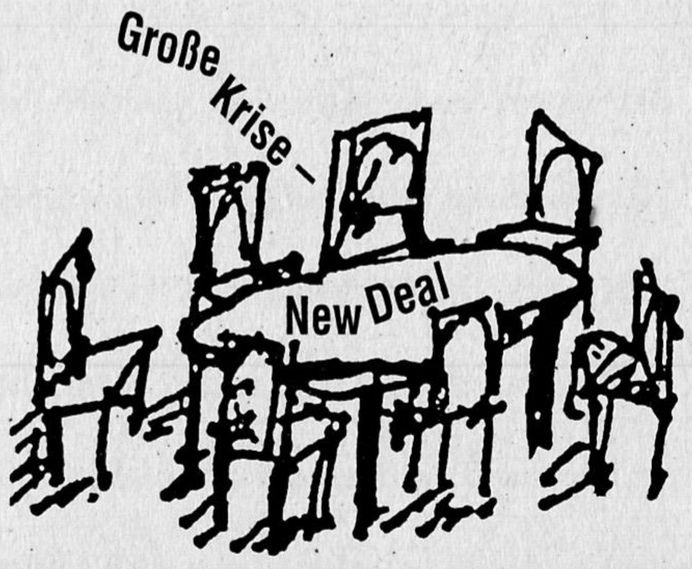
Mit dem Begriff der demographischen Falle ist dieser Vielschichtigkeit nicht beizukommen, die Schöpfer dieses Wortes wollen es auch gar nicht. Sie wollen Angst machen, einschwören auf technische Lösungen. Maßnahmen zur „Bekämpfung der Explosion". Die Kunst des Fallenstellens stammt von den Indianern und die schon erwähnte „Allianz gegen die Vernunft", die es zu bekämpfen gilt, hat sie übernommen: Sie gilt es zu bekämpfen, die Bevölkerungspolitiker sind die Buffalo Bills des Technikzeitalters.

„Im Rückblick erweisen sich alle Behauptungen und Voraussagen über die Massenwirkung von Bevölkerungsprogrammen als reine Spekulation. Selbst in den Fällen, wo die Geburtenrate nach Plan ausgefallen ist, steht dieser Rückgang in keinem beweisbaren kausalen Zusammenhang mit öffentlich unterstützten Familien-Planungsprogrammen, schreibt die Historikerin Barbara Duden. Sie untersuchte die Geschichte der Bevölkerungspolitik nach dem 2. Weltkrieg und beschreibt, wie außerordentlich schwierig es ist, die Wirkung von Programmen auf nationale Fruchtbarkeit zu erforschen. Die Historikerin glaubt aber, daß man eines bereits sagen kann: „Die Bevölkerungsprogramme, die man seit den 1960er Jahren initiierte, erweisen sich als Träume, die Monster hervorbrachten: Erstens die gesellschaftliche Verantwortung für nutzlose öffentliche Kontrolle von sexuellem Verhalten: und zweitens die allgemeine Akzeptierung der Formel: eine Gruppe von Menschen = Bevölkerung = P", schreibt Duden in dem Buch „Wie im Westen, so auf Erden".

Und P = Bevölkerung wird in diesem Jahr der Weltbevölkerungskonferenz neben der Atomstrahlung, der Umweltvergiftung, dem Ozonloch und der globalen Erwärmung zur Ursache für die Bedrohungen der Menschheit erklärt. ●

Ludger Fittkau ist Mitarbeiter der Neuen Essener Welle.

volks uni 94
Politik Kultur und Wissenschaft in Bewegung
Pfingsten, 20. bis 23. Mai 1994
in der Humboldt-Universität Berlin



Die Reformalternative in Diskussion
Standort Erde – Streitort Deutschland
Neuverteilung der gesellschaftlichen Arbeit
Feministische Gegenschläge
Kämpfe um die Zivilgesellschaft
Osteuropa
Ökologie in der Wirtschaftskrise

Infos, Programmbuch- und Kartenbestellung?
Bitte schreiben oder anrufen...
Volksuni, Groninger Str. 50, 13347 Berlin
Telefon (030) 455 99 98

CHRISTOPH GÖRG / LUKA RADENSKI

„Es wird um die Wette geglaubt“

Gespräch über die internationale Dimension des Krieges in Bosnien

Spätestens seit dem Ultimatum der UN in Sarajevo, dem stärkeren Engagement Rußlands und der dramatischen Zuspitzung der Lage in Gorazde ist unübersehbar geworden, wie sich der Krieg in Bosnien und die internationale Lage wechselseitig bedingen. Dieser Zusammenhang und die historischen Bezüge dürfen gerade dann nicht aus den Augen verloren werden, wenn die Dramatik der Situation schnelles Handeln zu gebieten scheint. Ein Hauptmanko der deutschen Diskussion zum Krieg im ehemaligen Jugoslawien liegt darin, sich zu sehr auf das punktuelle Geschehen zu konzentrieren und sich im pro und contra einer militärischen Einmischung zu erschöpfen. Das folgende Gespräch, das nach dem Abkommen zwischen bosnischer Regierung, bosnischen Kroaten und der Republik Kroatien – also noch vor der Eskalation in Gorazde geführt wurde – stellt den erneuten Versuch dar, sich angesichts dieser Verwicklungen einen Überblick über die Situation zu verschaffen.

Ch.G.: Die Einigung zwischen bosnischer Regierung, bosnischen Kroaten und der Republik Kroatien kam letztendlich nur auf großen Druck der USA zustande, die sich dabei vergleichbar stärker eingemischt hat als bisher. Gleichzeitig zeigte schon der Ablauf des Ultimatums in Sarajevo, daß auch Rußland sich direkter im Krieg engagiert. Jetzt scheinen die beiden alt-neuen Großmächte ganz offen als Schutzmächte für die beteiligten Kriegsparteien aufzutreten. Geht es in dem Krieg nicht doch darum, wo letztendlich die Scheidelinie zwischen dem Einflußbereichs Rußlands und dem der USA, der Nato und des „Westens“ läuft? Ich könnte mir allerdings vorstellen, daß eine ganze Reihe von Ländern mit so einer Zuordnung in ideologischer und machtpolitischer Hinsicht nicht einverstanden wären. Was bedeutet das auch für Bosnien: Wie und wo werden dort die Grenzen gezogen? Außerdem wirkt diese Entwicklung für den Betrachter so, als ob die Menschen des ehemaligen Jugoslawiens sich nicht selber einigen könnten, als ob sie den Druck von außen bräuchten, als ob der Deckel wieder drauf müßte.

L.R.: Jahrhundertelang wurde dieses Gebiet von außen beherrscht, vom Heiligen Römischen Reich deutscher Nation, vom Habsburger Reich, von Venedig, von Italien, vom Osmanischen Reich, vom Deutschen Reich und von Nazideutschland, von Rußland und die letzten fünfzig Jahre von der „Balance of Power“ zwischen SU und USA. Es gab niemals die Chance, demokratisch zu entscheiden wie man leben will. Und plötzlich ist der Druck weg. Das erklärt einen Teil der Dynamik dieses Krieges.

Ch.G.: Das Problem ist ja auch damit keineswegs gelöst, selbst im günstigsten Fall nicht, falls es zu einer Einigung für das weitere Vorgehen zwischen den USA und Rußland kommt. Die russische Regierung ist sehr schwach. Sie reagiert auf die nationalistischen Kreise im eigenen Land viel mehr, als daß sie zu agieren in der Lage wäre. Dadurch erhält auch die serbische Führung die Möglichkeit, quasi in der russischen Innenpolitik mitzuspielen. Welche Chancen gibt es da für eine dauerhaftere Einigung? Auch der Einfluß der Türkei darf nicht übersehen werden. Diese neue Konföderation ist doch offensichtlich auch von der Angst vor einem islamischen Staat in Europa angeregt worden. Da das Ganze auf jedenfall ein der Region aufgezwungenes Ergebnis ist, muß man skeptisch für die weitere Entwicklung sein, denn wenn Machtfragen und Interessenlagen von Großmächten die Hauptrolle spielen, ist damit doch unausweichlich neues Unrecht verbunden und eine neue Lunte schon gelegt.

Feindbild Islam

L.R.: Mit einiger Verspätung hat der Westen festgestellt, daß in Europa, in Bosnien, seit Jahrhunderten Menschen leben, die Moslems sind. Da für christliche Europäer Moslems immer Fundamentalisten sind, soll Kroatien jetzt den „moslemischen Staat“ verhindern. Diese Befürchtung habe ich. Das könnte die Motivation des „Westens“ sein diese Konföderation zu protegieren. Wenn man böswillig wäre, könnte man sagen: Jetzt, nachdem die Bosnier trotz aller Übermacht im Laufe des letzten Jahres nicht aufgegeben haben. Der Hauptteil der antibosnischen Propaganda orientiert sich an der Unterstellung, die jetzige bosnische Regierung wolle einen religiösen islamischen Staat etablieren.

Ch.G.: Sicher gibt es auch einen moslemischen Fundamentalismus in Bosnien. Aber dieser ist ja nicht identisch mit der bosnischen Regierung.

L.R.: Nach allem was ich weiß, ist diese Strömung in der bosnischen Gesellschaft immer noch relativ unbedeutend, trotz allem was passiert ist und was dem islamischen Fundamentalismus sicher in die Hände arbeitet. Wenn unsere Wahrnehmung allerdings so funktioniert, wie es uns neulich sogar Herr Arens von der FR demonstriert hat, dann sind wir bald von islamischen Fundamentalisten umzingelt. Herr Arens hatte zwei Frauen mit Kopftüchern auf dem Markt von Sarajevo entdeckt und photographiert. Unter dem Bild stand dann erläuternd, die Zahl der „verschleierten“ Frauen nehme zu. Nur wenn schon Herr Arens ein Kopftuch nicht von einem Schleier unterscheiden kann?

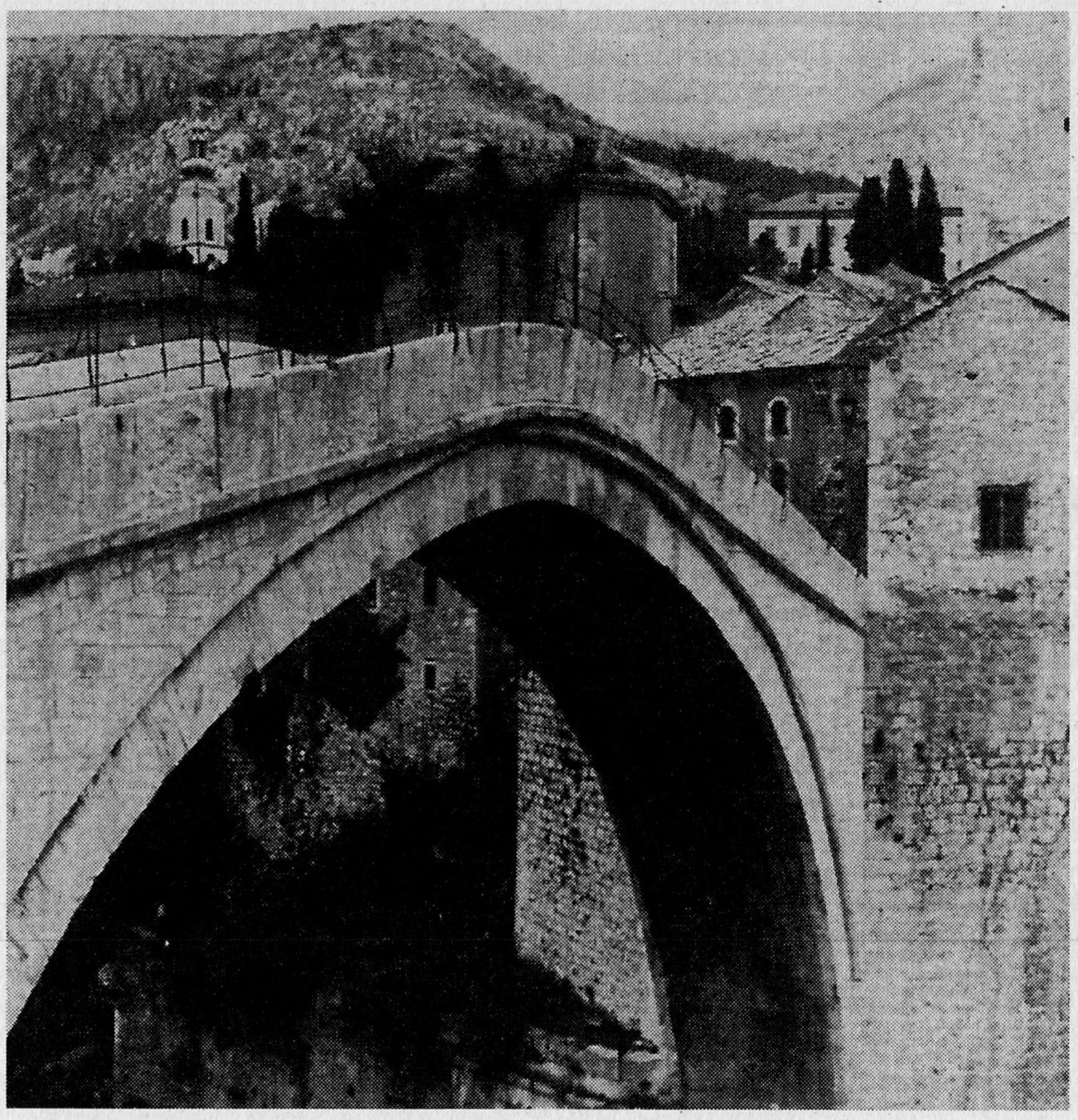
Vielleicht ist es Zufall, aber mir scheint es paradigmatisch wie z.B. in Deutschland „die Bosnier" wahrgenommen werden. Solange sie Opfer sind ist es gut, aber sobald sie den Kopf heben, wittert man die fundamentalistische Gefahr. Wenn es religiösen Fundamentalismus in Bosnien und in Ex-Jugoslawien gibt, dann einen serbisch-orthodoxen oder einen katholischen. Da mischen sich in der Tat Kirche und Staat.

Ch.G.: Nochmals zu der neuen geopolitischen Situation: Selbst wenn die Großmächte „ihre Rolle" annehmen und das 89/90 entstandene Machtvakuum füllen, glaube ich nicht, daß damit automatisch Ruhe einkehrt. Vielleicht verlagern sich die Konflikte nur auf eine neue Ebene. Auf jeden Fall verlieren kollektive Sicherheitsbündnisse wie UNO und KSZE doch noch weiter an Bedeutung und werden wieder ersetzt, bestenfalls, durch ein Agreement zwischen den Großmächten.

L.R.: Aber es kann ja auch bedeuten, daß Rußland stärker in Europa eingebunden wird. Die KSZE macht doch nur Sinn mit Rußland und den USA. Das bedeutet auch großzügige wirtschaftliche Hilfen für Rußland, um dort der innenpolitischen Entwicklung überhaupt die Chance zu geben, sich eine demokratischere Richtung zu bewegen. Ohne Demokratie in Rußland scheint mir heute in Ost- und Mitteleuropa eine ruhige Entwicklung schwer vorstellbar.

Man sieht, die Spur des Krieges in Ex-Jugoslawien führt in alle möglichen Richtungen, zum Beispiel unmittelbar in die russische Innenpolitik. Direkt nach den Äußerungen von Herrn Karadzic zu den Bombardierungen der Nato auf serbische Stellungen bei Gorazde (Anfang März) wird in den Nachrichten die miese Fratze seines Freundes Schirinowski gezeigt, der gleich Aviano bombardieren will. Viel wird für die Länder des ehemaligen Jugoslawiens davon abhängen, ob sich in Rußland vernünftige, auf Ausgleich und Kooperation bedachte Strömungen durchsetzen oder die Arschlöcher.

Ch.G.: Dann bedeutet das, daß der Frieden in Bosnien und sogar die Chancen für eine demokratische Entwicklung in diesen Ländern, bspw. in Kroatien, letztendlich maßgeblich von der innenpolitischen Entwicklung in Rußland abhängen. Das ist eine wenig erfreuliche Perspektive. Heißt das auch, daß eine Lösung aus dem Gebiet selbst heraus sehr unwahrscheinlich oder gar nicht möglich ist?



Mostar vor dem Krieg

L.R.: Ja sicher und das ist nicht erst seit gestern so. Neben dem Gerangel zwischen Deutschland, Italien und Österreich auf der einen und Frankreich, England und zum Teil USA auf der anderen Seite war Rußland vom Beginn des Krieges im ehemaligen Jugoslawien die unbekannte Karte. Es gibt sehr viele Hinweise, daß Anfang letzten Jahres, nach dem Abstimmungstheater in Pale (es ging um die Annahme eines Friedensplans durch das sogenannten „Parlament" der bosnischen Serben), die NATO mit massiver Intervention gedroht hätte, wenn man gewußt hätte, was Rußland dann tut, bzw. was das für die innenpolitische Entwicklung in Rußland bedeutet. Denn dort malen Ruzkoi und Schirinowski ihren „Volksgenossen" als Prophezeiung an die Wand, daß das, was das „jüdisch-imperialistische Großkapital" angeblich mit den serbischen Brüdern tue, auch für sie selbst drohe. Daß die Faschisten in Rußland nicht nur reden, haben sie letztes Jahr im Herbst gezeigt. Und das macht die Sache so kompliziert und immer komplizierter.

Die alte Annahme von Puhowski, Veljak und anderen Bürgerrechtlern und Oppositionellen in Kroatien: »Ohne Protektorat – keine Lösung der Konflikte, kein Ende des Krieges, keine Demokratisierung« gilt immer noch. Das haben die mir z.T. schon im Frühjahr 1990, also über 1 Jahr vor Beginn des Krieges, gesagt und ich glaube, sie hatten leider sehr recht. Nur ist heute alles noch viel schwerer als vor vier, drei, zwei oder einem Jahr. Die Dynamik dieses Krieges ist zu stark und die Wahrscheinlichkeit der Ausweitung viel größer als die Chance einer Eindämmung des Krieges. Dazu bedürfte es der schrittweisen Reaktivierung ziviler Strukturen in den betroffenen Ländern, und das geht nur mit massiver neutraler Präsenz von außen, also UN-Protektorat. Aber diese massive Präsenz geht wiederum nur bei stabiler und durchsichtiger weltpolitischer Situation.

Ch.G.: Wenn Rußland wieder der zweite Pol in der Welt, zumindest in dieser Region wird, dann könnte wieder die Haltung der einzelnen Staaten zu den Großmächten zum Ordnungsprinzip werden – und wir sind wieder bei 1988, besser vielleicht noch: bei einer Mischung von vor 1914 und vor 1989.

L.R.: Und welch eine Katastrophe diese Weltordnungen darstellten, sieht man jetzt nicht zuletzt an dem, was sie im ehemaligen Jugoslawien und anderen Staaten hinterlassen haben. Was bedeuten diese Überlegungen, die wir bislang angestellt haben, aber für die praktische Seite?

Für die Wahrheit gibt es keinen Ersatz

Ch.G.: Eines kann man leider wohl mit großer Sicherheit sagen: Die Flüchtlinge, die jetzt z.B. in der Bundesrepublik leben, werden noch lange nicht zurückkehren können. Und dann ist es eine wichtige Aufgabe, sie darin zu unterstützen, hier für sich menschenwürdige Lebensbedingungen durchzusetzen.

L.R: Das klingt so selbstverständlich, aber wenn man sich die Realität der Lager in Deutschland anschaut, sieht man, daß sich da an Unterstützung für die Leute so gut wie nichts rührt. Und dann ist es meines Erachtens trotz der pessimistischen Einschätzung wichtig, nicht zu vergessen, um was es geht.

Die Forderungen können doch nur sein: Rückkehrmöglichkeit von allen Menschen in alle Gebiete, in denen sie auch vorher gewohnt haben, Feststellung der Wahrheit, Verurteilung aller Kriegsverbrecher, Herstellung von demokratischen Verhältnissen. Das klingt alles utopisch, aber dazu gibt es keine Alternative. Die Menschen, die die Lager überlebt haben, deren Familien auf schreckliche Weise umgebracht wurden, müssen im Detail wissen, was passiert ist. Für die Wahrheit gibt es keinen Ersatz. Wir sollten sie darin unterstützen. Es kann sehr lange dauern und manches wird man vielleicht nie erfahren. Aber unsere Freunde von den Menschenrechtsorganisationen in Chile und Argentinien machen diese Arbeit seit vielen Jahren und sie sagen immer wieder wie notwendig es ist. Es ist die einzige Chance für die Zukunft. Herr Wiesenthal macht es seit einem halben Jahrhundert und er hat immer noch zu tun.

Die Anti-Serben hierzulande ebenso wie die Anti-Anti-Serben blenden dies aus oder sie sind zu dumm, es zu verstehen. Wenn Herr Wiesenthal Erfolg hat, tut er etwas für die Menschen in Deutschland, nicht gegen sie. Die chilenischen Freunde tun etwas für Chile nicht gegen Chile, wenn sie Taten des Pinochet-Regimes ans Tageslicht bringen. Deswegen ist nicht jeder Bericht, der die von serbischen Soldaten begangenen Verbrechen aufdeckt, per se anti – serbisch. Nur im heutigen Serbien und Kroatien wird das so gesehen und heißt Verrat. Die Diskussionen, die hierzulande darüber geführt werden, sind auch davon infiziert und völlig idiotisch. Es wird nicht gedacht, sondern um die Wette geglaubt.

Ich meine also, wenn ich weiß, um was es mir in der innenpolitischen Auseinandersetzung in der BRD, völlig unabhängig von Bosnien und Flüchtlingen, geht, dann weiß ich auch um was es mir in Bosnien und in ganz Ex-Jugoslawien geht. Die Situationen sind natürlich in vielerlei Hinsicht völlig andere, aber nicht umsonst unterhält Herr Frey beste Beziehungen zu Herrn Schirinowski und dieser zu Herrn Karadzic. Ihre Vorstellungen von „Völkischer Reinheit" kann man Faschismus nennen oder nicht, das ist mir egal, es geht darum, sich ihnen entgegenzustellen.

Ch.G.: Auch die Haltung der Nichteinmischung und „man kann da nichts tun", „was geht uns Bosnien an, kümmern wir uns um unsere eigenen Verhältnisse", kann sehr gefährlich werden. Das Zurückweisen universalistischer Werte, die sich mit der Geltung der Menschenrechte verbinden, ist das Einfallstor für partikularistisches Denken, also auch Einfallstor und Grundlage für Nationalismus. Das Vorhaben, sich abzuschotten, und gleichzeitig hier einigermaßen humane Bedingungen des Zusammenlebens dabei zu retten, muß scheitern. Die Mittel um sich abzuschotten werden immer massiver. Es wird eine Eskalation einleiten, in der immer mehr in nationalistischen Kategorien gedacht werden wird. Auch wenn ich Enzensberger, der solche Vorstellungen ja massiv vertreten hat, jetzt nicht als überzeugten Nationalisten darstellen will: Ein Humanismus der von universalistischen Werten entkleidet ist, befindet sich auf einer sehr abschüssigen Bahn.

L.R.: ...und landet am Ende im braunen Sumpf!

Solche politischen Prinzipien sind nicht einfach umzusetzen, aber sie sind heute wichtiger denn je, weil sie ein Terrain vorgeben, von dem aus man überhaupt argumentieren kann. Wenn man dieses Terrain verläßt, kann auch so etwas passieren wie im ehemaligen Jugoslawien. Genau dies ist dort im Vorfeld des Krieges passiert, es war geradezu das Vorfeld des Krieges. ●

DZEMAL SOKOLOVIC

Zwölf Stunden Demokratie

Am 18. November 1990, bei den ersten Mehrparteienwahlen, hat die Mehrheit der BosnierInnen den Nationalparteien die Macht übertragen. An diesem zwölfstündigen Wahlsonntag liquidierten sich die BürgerInnen als Volk von Bosnien-Herzegowina: Übrig blieben Muslime, Serben und Kroaten. Indem sie die Nationalparteien zu Repräsentanten der einzelnen Völker bzw. Ethnien ausriefen, annullierten ihre WählerInnen aber auch Bosnien-Herzegowina als Staat.

Daß es weder ein „serbisches", „kroatisches" noch „muslimisches" Bosnien-Herzegowina gab, war gewiß ein Verdienst des sogenannten antifaschistischen Jugoslawiens. Es verhinderte serbische und kroatische Ansprüche und machte Bosnien als integrale und gleichberechtigte politische Einheit möglich. Genügte es aber, Bosnien-Herzegowina als „sowohl serbisch, kroatisch als auch muslimisch" zu definieren, um sein Dasein zu sichern? Erforderte das bosnisch-herzegowinische kulturelle, konfessionelle und nationale Amalgam nicht vielmehr als einzig gangbare politisch-rechtliche Form einen bürgerlichen Staat anstelle eines „sowohl serbischen, kroatischen als auch muslimischen"? Was geschieht in einem nach dem zweiten Modell konstruierten Bosnien-Herzegowina dann namentlich mit den Juden und den anderen nationalen Minderheiten, gegenüber denen sich Bosnien politisch immer besonders sensibel gezeigt hat? Ist Bosnien-Herzegowina denn nicht gerade in den Karten jener, die Bosnien aufteilen und die ethnischen Säuberungen durchführen, ein sowohl muslimisches, kroatisches als auch insbesondere serbisches Land?

Die Frage, die daher zu beantworten ist, lautet: War es für die Existenz Bosniens nicht in jeder Hinsicht notwendig, daß es sich als demokratischer, also bürgerlicher Staat konstituierte? Und warum wurde diese Gelegenheit verpaßt?

Die Widersprüche des bosnischen Staates

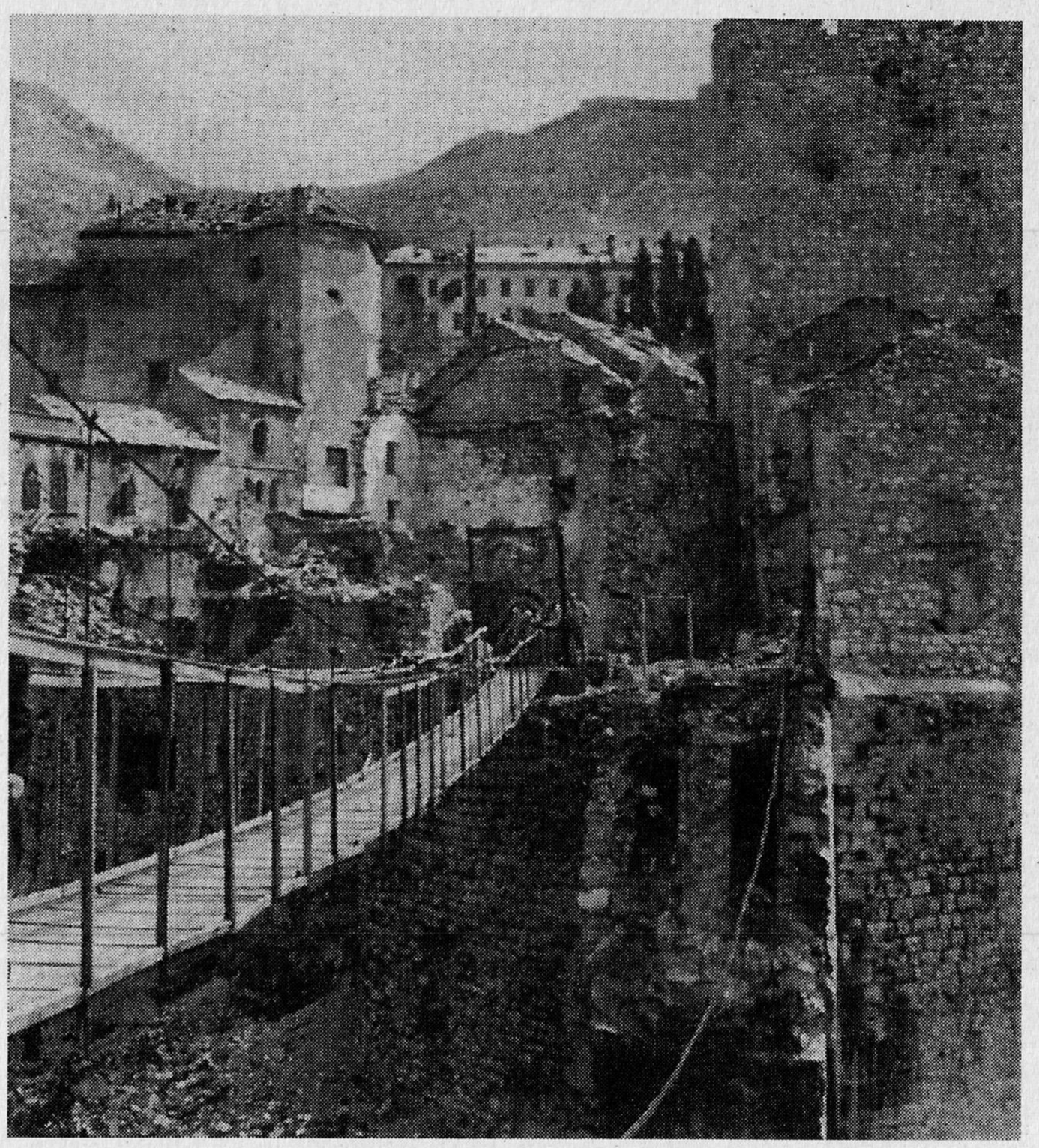
In Bosnien (und natürlich auch in der Herzegowina, die schon deshalb nicht vergessen werden soll, weil der Autor dieser Zeilen von dort stammt) entstand nicht erst mit der Ankunft der Juden in diesem Teil des Osmanischen Reiches, auch nicht mit der Ankunft der Türken, sondern viel früher ein kulturell, konfessionell und ethnisch gemischter Raum. Deshalb hat Stane Juznic recht, wenn er auf die Bedeutung der Bogumilen bei der Herausbildung und Aufrechterhaltung des

kulturellen Klimas in Bosnien hinweist. Die Bogumilen („die von Gott Geliebten") – und mit ihnen auch Bosnien trugen ihren Teil zur Herausbildung des modernen Europa bei, indem sie vielleicht als erste politische Schritte zur Überwindung der konfessionellen und ethnischen Schranken zwischen den Menschen setzten. Dank ihnen hatte Bosnien vor allen anderen Staaten in Europa beste Aussichten und Bedingungen für die Schaffung eines demokratischen und bürgerlichen Staates. Statt dessen erlebte es eine Tragödie, aus der das zivile Europa eine Reihe von Lehren ziehen kann. Warum?

1. In den letzten beiden Jahrzehnten hatte das realsozialistische Regime viel größeren Anteil an der Zerstörung des kulturellen und politischen Gefüges von Bosnien-Herzegowina als am Zerfall Jugoslawiens insgesamt. In allen ehemaligen jugoslawischen Republiken führten die etatistischen Machtstrukturen zur Herausbildung von Nationalstaaten und zur Restauration der nationalen Souveränitäten, wobei sie das soziale Band zwischen Volk und Staat mehr oder weniger aufrechterhielten. Dem bosnischen Etatismus hingegen gelang in dieser Periode gerade noch die Errichtung einer staatlichen Souveränität, während die Bürger völlig aus dem politischen Leben ausgeschlossen wurden.

Der politische Totalitarismus mußte sich zwangsläufig sehr rasch auf die Wirtschaft auswirken. Eine kontraproduktive Steuerpolitik führte dazu, daß die Steuerlast mehr als verdoppelt wurde, einzelne monopolartige Wirtschaftszweige bzw. Großkonzerne in Staatskontrolle errichtet wurden, die Arbeitslosigkeit steil anstieg und es zu gigantischen Skandalen und Mißwirtschaft kam etc. In einem Land, in dem einst selbst die Könige bescheiden lebten, wurde sogar die nur einige Kilometer lange Küste in einen Sommerferienort der Oligarchie verwandelt.

2. In Bosnien-Herzegowina hat sich der Staat sowohl auf politischer als auch auf wirtschaftlicher Ebene in Richtung Totalitarismus bewegt. Es kam nicht, wie aufgrund der harten ökonomischen und sozialen Lage des größten Teils der Bevölkerung zu erwarten gewesen wäre, zu sozialen Konflikten; statt dessen wurde die Ursache für diese Situation in den „andersartigen" Angehörigen der anderen nationalen Gruppen gefunden. Anstelle des sozialen Aufstands gegen den totalitären Staat kam es also zu einem ethnischen Konflikt um Nationalstaaten.



Mostar im Krieg

Übrigens haben gerade die sogenannten Kommunisten die Macht auf allen Ebenen lange Zeit nach einem streng beachteten nationalen Proporz geteilt, ohne Rücksicht auf alle anderen, insbesondere fachlichen, Fähigkeiten der Bürger. Das Auftreten der Nationalparteien, die Rückkehr auf die Ebene der ethnischen Souveränität, die Errichtung einer Souveränität dreier Nationen im Staat und schließlich der Zerfall dieser Koalition – dies alles ist eigentlich nur das bis zur letzten Konsequenz logisch durchgeführte Prinzip des nationalen Proporzes. Das einzige, wofür die Kommunisten in der Tat nicht verantwortlich gemacht werden können, ist der Ausbruch des Kriegs, denn daran sind allein jene schuld, die ihn begonnen haben.

Bei den Wahlen von 1990 haben die erst wenige Monate zuvor neu gegründeten Nationalparteien der Kroaten, Muslime und Serben allen einigermaßen zivil, d.h. übernational orientierten Parteien, einschließlich der ältesten, die volle 45 Jahre an der Macht war, eine niederschmetternde Niederlage bereitet. Nirgendwo in der sozialistischen Welt haben die sogenannten Kommunisten eine derartige Niederlage erlitten wie in Bosnien-Herzegowina. Der Stimmenanteil von etwa 5 Prozent sagt nicht nur aus, was das Volk über sie dachte, sondern auch, in welchem Ausmaß sie für alles bisher Geschehene verantwortlich waren. Dies war die Antwort des ehemals ohnmächtigen Volkes auf den Totalitarismus pseudokommunistisch-etatistischer Prägung. Die Wahlen waren die erste Gelegenheit, wo das Volk seinen freien Willen ausdrücken konnte. Die insbesondere in den letzten zwanzig Jahren gestärkte staatliche Souveränität und damit einhergehende Unterdrückung der Bürger erforderten geradezu ein kollektives Ventil, denn es gab keine qualifizierten Politiker, die dieser sozialen Potenz zur Souveränität verholfen hätten. Wenn diese Potenz schon keine soziale und zivile Souveränität erreichen konnte, so doch eine ethnische. Während sie auf sozialer Ebene als Bürger verloren, gewannen die Menschen auf dem nationalen Feld. Schwach als Bürger, wurden die Menschen stark als Nationen.

Die Wahlen waren der einzige demokratische Moment in den letzten zwanzig Jahren. Aber ein Moment, der nur zwölf Stunden dauerte. Am Sonntag, den 18. November 1990, von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends entschied das bosnische Volk auf demokratische Weise, d.h. mit seinem eigenen freien Willen – aber auch bei gesundem Verstand? –, seiner obersten und unteilbaren Macht, der Volkssouveränität zu entsagen. Es übertrug sie bzw. ließ sie auf das historische Ausgangsniveau hinabfallen: auf das Niveau der ethnischen Souveränität der in Bosnien-Herzegowina vorherrschenden ethnischen Gruppen. Bis zu welchem Ausmaß die ethnische oder nationale Souveränität zu diesem Zeitpunkt auch latent und potentiell nationalistisch oder sogar faschistisch war, d.h. inwieweit sie die Souveränität jeder anderen ethnischen bzw. nationalen Gruppe ausschloß, war schwer zu sagen. Heute kann man dies bekämpfen, aber das ist nicht Gegenstand unserer Erörterung.

Indem es für die Nationalparteien stimmte, beseitigte das Volk von Bosnien-Herzegowina nicht nur seine einen halben Tag dauernde oberste Macht, seine Souveränität und damit die Demokratie, sondern es beseitigte auch sich selbst als Volk von Bosnien-Herzegowina. Die Bürger Bosnien-Herzegowinas existierten während jener zwölf Stunden als Volk, als Demos, aber dieses beschloß freiwillig und bei vollem Bewußtsein (?!), daß es danach, nachdem die Wahlbüros geschlossen und die Wahlergebnisse verkündet waren,

nur mehr als Muslime, Serben und Kroaten weiterexistieren würde. Indem es für die Nationalparteien stimmte und ihnen die Macht übertrug, beschloß das Volk, die Demokratie zu annullieren und sich von der politischen Bühne zurückzuziehen.

Dies geschah nicht das erste Mal in der Geschichte. Der Fall Bosniens erinnert sehr an das Jahr 1933. Der Unterschied zwischen dem deutschen Verzicht auf Demokratie und dem Verzicht des bosnischen Volkes auf die eigene Souveränität ist jedoch drastisch. Deutschland war national weitgehend homogen, während es hier um die Errichtung der nationalen Souveränität von drei ethnischen Gruppen ging, die auf demselben Territorium lebten und miteinander in unterschiedlichem Ausmaß vermischt und verbunden waren – und das in jeder Region, in jeder Stadt, in jeder Gasse, ja in fast jedem Ehebett. Die Tragödie der Völker war unausweichlich und begann zu jenem Zeitpunkt, als die oberste Macht von Bewohnern Bosnien-Herzegowinas selbst übernommen wurde, nun aber nur in ihrer Eigenschaft als Angehörige ihrer nationalen Gruppen.

Die politischen Konsequenzen waren noch tiefergehender und weitreichender. Mit der Errichtung der ethnischen Souveränität unter so komplexen konkreten Bedingungen wurden nicht nur das Volk als Demos und die Souveränität der Bürger, d.h. die Demokratie beseitigt, sondern damit wurde auch der Staat Bosnien-Herzegowina auf demokratische Weise abgeschafft. Das Volk hat bei den Wahlen mit seiner derart einheitlichen Entscheidung für die Nationalparteien dafür gestimmt, daß seine Souveräntität auf ein historisch niedrigeres, nämlich ethnisches Niveau gesenkt wird, darüber hinaus auch auf ein vorpolitisches und vorstaatliches Niveau. Indem es die Nationalparteien zu Repräsentanten der einzelnen Völker bzw. Ethnien ausrief und seinen freien Willen und die Souveränität auf sie übertrug, annullierte das Volk Bosnien-Herzegowina als Staat und als politische Form, für die sich einst dieselben Völker entschieden hatten, um in ihr gemeinschaftlich zu leben. Sowohl in ethnischer als auch theoretischer Hinsicht stellt sich natürlich die Frage, wie der Rückfall von der einst errichteten Volkssouveränität des Demos auf die ethnische Souveränität möglich ist. Wenn jedoch die Freiheit das Prinzip der Demokratie ist, dann ist darunter auch die Freiheit, sich der Freiheit zu begeben, zu verstehen, also das Recht auf Dummheit wie auch das Recht, auf demokratische Weise für Nationalparteien zu stimmen. Bosnien hat also sein Volk verloren, und es wird sich sehr rasch zeigen, daß auch das Volk Bosnien als Staat verloren hat. Und die ganze Tragödie wird sich offenbaren, wenn die teuflischen Pläne verwirklicht werden, nach denen es auch Bosnien als integralen Rahmen, d.h. Bosnien als solches verlieren wird.

Sehr bald nach der formalen Machtübernahme seitens der Koalition der drei Nationen zeigte es sich, daß eine dreieinige nationale Souveränität – und sei diese Zahl noch so heilig – nicht als staatliche Souveränität funktionieren konnte. Der Kampf um ein Drittel der Macht im Staat erwies sich als überflüssig, denn er stärkte nicht die nationale Souveränität, sondern stellte sie in Frage: Dort, wo drei ethnische Gruppen auf demselben Territorium leben und zur selben Zeit Träger der ethnischen oder nationalen Souveränität auftreten, ergibt sich der Konflikt zwischen ihnen zwangsweise; zuerst auf politischer Ebene um den Machtanteil im Staat, weshalb es diesem Staat niemals gelingen konnte, als Träger der Souveränität auf seinem gesamten Territorium zu funktionieren; und dann als Konflikt um Territorien, die schließlich nach dem Prinzip der ethnischen Souveränität regiert werden. In der Praxis konnte ein Staat, der aus drei Nationalparteien konstituiert war und drei nationale Souveränitäten vorstellte, nicht regieren. Jede nationale Souveränität bemühte sich darum, sei es offen oder insgeheim, in eine nationalstaatliche Souveränität hinüberzuwachsen. Dies zeigte sich auch bald durch die Formierung von Regionen unterhalb der staatlichen Ebene, bevor noch die Vertreter der serbischen Nationalpartei das Parlament verließen.

Die Furcht vor einem muslimischen oder islamischen Staat

Nun hatten die Kroaten und die Serben bereits ihre Nationalstaaten, die in Bosnien völlig zu Unrecht als „Reserveheimaten" bezeichnet wurden. Sie und nichts anderes waren das nationale politische Ziel jener, die in den Nationalparteien der Serben und Kroaten organisiert waren, da sonst deren Zweck in Frage gestellt gewesen wäre. Doch die grundlegende Frage ist, wie das nationale Ziel der Muslime aus der Tatsache, daß auch sie über eine Nationalpartei verfügen, logisch und theoretisch abzuleiten ist.

Nachdem das in letzter Konsequenz nationalpolitische Ziel der Serben und Kroaten, die in ihren Nationalparteien organisiert waren, außerhalb von Bosnien-Herzegowina lag, das der Muslime hingegen nur in Bosnien, liegt der logische Schluß nahe, daß sowohl die ersten wie auch die zweiten zu separatistischen Lösungen neigten, sei es im Rahmen von Bosnien-Herzegowina als einem lockeren Staatsgebilde, sei es als offener Anschluß an Serbien oder Kroatien; die dritten hingegen neigten zu einer unitaristischen Lösung innerhalb eines Bosnien-Herzegowina, dessen Integrität gewahrt bleiben sollte. Einer derartigen Orientierung des muslimischen Teils der regierenden Koalition entsprang in logischer Konsequenz die Furcht der Serben und Kroaten, daß aus Bosnien ein muslimischer Nationalstaat entstehen könnte, wenn nicht sogar ein konfessioneller (islamischer) Staat. Unabhängig davon, wie weit die Ziele der muslimischen Nationalpartei in der Tat auf die Schaffung eines nationalen oder sogar konfessionellen Staates hinausliefen, die Furcht vor einem derartigen Staat hat es objektiv gegeben; die Angst der Kroaten und insbesondere der Serben war eine nicht zu unterschätzende Realität. Da die Muslime die zahlenmäßig stärkste ethnische Gruppe in Bosnien sind, war letztendlich die Furcht vor ihrem nationalpolitischen Interesse, das sich in ihrer Nationalpartei verkörpert, die Hauptquelle der politischen Mißverständnisse in Bosnien-Herzegowina.

Das Bestreben der Anführer des muslimischen Teils der regierenden Koalition, ihre zivile und säkulare Orientierung herauszustreichen und ihre Partner zu überzeugen, daß sie keinen Nationalstaat, geschweige denn einen islamischen Staat, errichten wollten, fiel auf keinen fruchtbaren Boden. Das Dilemma bestand darin, daß es die Nationalpartei der Muslime trotzdem weiterhin gab.

Aus dem geht meines Erachtens hervor, daß die politischen Interessen der Muslime, die auf die Erhaltung der Integrität Bosnien-Herzegowinas abgezielt haben, gerade dadurch am meisten bedroht worden sind, daß sie unter nationalem Vorzeichen, durch die Gründung einer Nationalpartei artikuliert worden sind. Da das politische Interesse der Muslime ein ganzheitliches Bosnien ist, kann ihr Interesse nicht als nationales, sondern nur als ziviles oder bürgerliches definiert werden. Gerade die Gründung der muslimischen Nationalpartei, ermutigte die Fürsprecher separatistischer Tendenzen in Bosnien. Die durch politischen Analphabetismus entstandenen Scharten konnten später nicht mehr durch eine deklarative Hinwendung zur Position eines zivilen und säkularen Bosnien-Herzegowina ausgewetzt werden. Furcht und Mißtrauen hatten da schon das ihre getan und die Lawine ins Rollen gebracht.

Dennoch konnte man eine Lösung finden – wenigstens hätte man es versuchen müssen: Hätten die Muslime vor dem Beginn des tragischen Genozids auf ihre Nationalpartei verzichtet, d.h. hätte sich diese aufgelöst, wären Neuwahlen ausgeschrieben worden, wäre an die UNO die Forderung nach einem Protektorat gestellt worden – Vorschläge, die einige politische Vertreter die ganzen vier Monate vor dem 4. April 1992 gemacht haben –, so hätte dies zur Vertrauensbildung beigetragen, zur Abwendung der Furcht und zu einem Verzicht auf nationale Optionen; dies hätte eine Chance geboten, eine zivile Lösung für die politische Zukunft Bosnien-Herzegowinas zu finden. ●

Dzemal Sokolovic war Universitätsprofessor für Soziologie in Sarajewo und zur Zeit der Wahlen 1992 führendes Mitglied der bosnischen Reformisten. Er lehrt jetzt in Ljubljana.

Der Artikel erschien erstmals in „Ost-West-Gegeninformation" 1/94.

CHRISTIAN PROMITZER

Vom Krieg der Parteien zu Parteien im Krieg

Die bosnische Tragödie ist das Ergebnis des Zusammenpralls verschiedener Nationalismen. Die politische Form dieser Nationalismen, in der sie sich in Bosnien und auch in den anderen Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawien erstmals massiv zeigten, bildeten die politischen Parteien, die nach dem Zerfall des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens Anfang 1990 in jeder Teilrepublik des ehemaligen Jugoslawien entstanden. (Nur Serbien und Montenegro sind insofern eine Ausnahme, als hier der Nationalismus als Rezept zum Machterhalt der alten herrschenden Parteien angewandt wurde.) Nachdem Slowenien und Kroatien den Weg in eine pluralistische Parteienlandschaft beschritten hatten, hatten die kommunistischen Führungen der anderen Teilrepubliken – so auch die multiethnische Republik Bosnien-Herzegowina (BiH) – keine andere Wahl, als gleichfalls das Mehrparteiensystem einzuführen.

Wenn Grundlinien der Entwicklung der Parteien in Bosnien-Herzegowina und insbesondere in Rumpfbosnien nach Ausbruch des Krieges im April 1992 im Mittelpunkt dieses Textes stehen, so heißt dies nicht, daß in den (National-)Parteien selbst die Ursachen des nationalistischen Aufschwungs zu suchen sind. Diese sind anfänglich nur Ausdruck einer bestimmten sozialen Befindlichkeit, bevor sie diese selbst weiter stimulieren. Diese Befindlichkeit, die sich in einem kollektiven Gefühl der Unsicherheit und des Bedrohtseins ausdrückt, mag an der Oberfläche auf die Legitimationskrise des bisherigen politischen Systems zurückzuführen sein, des weiteren auch auf die strukturelle ökonomische Krise. Die eigentlichen Ursachen dieses kollektiven Gefühls werden aber in einer relativ abrupten Reaktion der Bevölkerung zu suchen sein, in der sich die aufgestaute Verunsicherung über einen sich über Jahrzehnte erstreckenden demographischen Wandel und krisenhaften Urbanisierungsprozeß Luft machte, die im multiethnischen Bosnien eine besondere Explosivkraft entfalteten.

Die Gründung einander ausschließender nationalistischer Parteien mußte ein Land, wo keine Volksgruppe die absolute Mehrheit besaß – nach der Volkszählung von 1991 waren 43,7 Prozent der Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas Muslime, 31,3 Prozent Serben und 17,3 Prozent Kroaten – in eine schwere Krise stürzen, noch dazu stand zu befürchten, daß einige dieser Parteien von den nationalistischen Führungen der Nachbarrepubliken manipuliert werden könnten.

Tatsächlich verhallte die Ankündigung von Mehrparteienwahlen in Bosnien-Herzegowina für November 1990 durch den Bund der Kommunisten Bosnien-Herzegowinas bei den populistischen Führungen der Nachbarrepubliken Serbien und Kroatien nicht ungehört. Die erste bedeutende Partei, die gegründet wurde, war zwar die muslimisch-nationale Partei der Demokratischen Aktion (SDA) mit dem ehemaligen Dissidenten und gläubigen Moslem Alija Izetbegovic als Vorsitzenden. Die muslimische Nationalpartei hatte noch kein nationales Kürzel im Namen. Bald danach entstand aber die eng an ihre gleichnamige Mutterpartei in Kroatien angelehnte Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ) unter dem Vorsitz des Journalisten Stjepan Klujic. Die nationalistischen Vertreter der serbischen Volksgruppe überlegten, ob sie nach dem Muster der in Serbien regierenden Partei eine „Sozialistische Partei der Serben" gründen sollten, die dann mit den zu Beginn des Wahlkampfes noch gut rangierenden Ex-Kommunisten konkurrieren sollten, entschieden sich dann aber doch für den Namen Serbische Demokratische Partei, deren Vorsitzender der Psychiater Radovan Kradzic wurde.

Einer der wichtigsten Faktoren für den Ausbruch des Krieges in Bosnien war zweifellos die Gründung der drei nationalen Parteien der Muslime, Serben und Kroaten. Daß daneben noch eine ganze Reihe übernationaler Parteien existieren, diese auch im bosnischen Parlament vertreten sind und in Tuzla die dortige politische Führung stellen, darüber berichten westliche Medien leider kaum.

Ethnischer Proporz

Im Wahlkampf verdrängte der Populismus der drei nationalen Parteien recht bald die übernational auftretenden Parteien, einerseits die in titoistischer Tradition stehenden Ex-Kommunisten (Bund der Kommunisten – Partei der demokratischen Veränderung, nunmehr Sozialdemokratische Partei – SDP) und den von Ante Markovic inspirierten Bund der Reformkräfte Jugoslawiens. Im zweiten Wahlgang, als der Sieg der nationalen Parteien bereits abzusehen war, verständigten sich diese untereinander, ihre Anhänger in den betreffenden Wahlkreisen zur Stimmabgabe für die jeweils günstigst pla-

zierte nationale Partei aufzurufen, um die übernationalen Parteien zu marginalisieren. Von insgesamt 240 Mandaten im Parlament erreichten die Ex-Kommunisten nur 14, die Reformisten 12 Sitze. 86 Prozent der Sitze teilten sich die drei Nationalparteien – fast dem jeweiligen Anteil der drei großen Bevölkerungsgruppen entsprechend. Das Präsidium der Republik als oberstes Exekutivorgan wurde in direkter Wahl nach einem vorher festgelegten ethnischen Proporz gewählt: 2 Muslime, 2 Serben, 2 Kroaten und ein Jugoslawe. Nur Vertreter der drei nationalen Parteien wurden gewählt. In der Folge teilten die drei nationalen Parteien auch die wichtigsten Ämter untereinander auf: Alija Azetbegovic (SDA) wurde Vorsitzender des Präsidiums, Jure Peliyan (HDZ) Ministerpräsident und Momcilo Krasjisnik (SDS) Parlamentspräsident.

Diese ad-hoc-Koalition „dreier nationaler Souveränitäten" war erfolgreich, solange es nicht zum Krieg und zur Sezession von Slowenien und Kroatien kam. Nunmehr wollten SDA und HDZ nicht mehr in einem serbisch dominierten Restjugoslawien bleiben und unternahmen Schritte, um die Unabhängigkeit Bosniens zu erlangen. Die SDS forderte gemäß dem großserbischen Programm den Verbleib Bosniens im jugoslawischen Staatsverband und ging schon im Herbst 1991 dazu über, in einzelnen Landesteilen gewaltsam „Serbische Autonome Regionen" einzurichten. Der eskalierende Konflikt führte – nach einem Referendum über die Unabhängigkeit Bosniens, das die Anhänger der SDS boykottierten – zur internationalen Anerkennung Bosniens am 7. April 1992. Die Vertreter der SDS erklärten ihren Austritt aus dem Präsidium und proklamierten die von langer Hand geplante „Serbische Republik" in den von ihnen bereits militärisch gehaltenen Teilen Bosniens. Beginn und Verlauf des Krieges, Entstehung der verschiedenen militärischen Formationen, die massiven Menschenrechtsverletzungen, die „ethnischen Säuberungen" und Massenvergewaltigungen, das Scheitern der brüchigen Allianz zwischen SDA und HDZ – letztere hatte sich auf den Krieg vorbereitet und schuf kurz nach Ausbruch des Krieges in der West-Herzegowina das staatsähnliche Gebilde „Kroatische Gemeinschaft Herceg-Bosna" (nunmehr: Kroatische Republik Herceg-Bosna") – können hier nicht behandelt werden.

In den serbisch und kroatisch besetzten Teilen von Bosnien haben die politischen Strukturen nur den Anschein von Demokratie: Das „Parlament" der „serbischen Republik" besteht nur aus den abtrünnigen SDS-Abgeordneten. Außerparlamentarisch sind nur Kämpfer der „Serbisch Radikalen Partei" Vojislav Seseljs vertreten. Im serbisch besetzten Banja Luka wird eine serbische „Liberale Partei" gerade noch geduldet.

Auch in der von bosnischen Kroaten kontrollierten „Republik Herceg-Bosna" sind die parastaatlichen Strukturen mit den Parteistrukturen der HDZ, oder besser gesagt mit ihrem militärischen Arm, dem „Kroatischen Verteidigungsrat" (HVO), identisch. Die Militär- und Parteistrukturen der in Herceg-Bosna anfänglich ebenfalls agierenden „Kroatischen Partei der Rechte" wurden übrigens schon 1992 vom HVO ausgeschaltet. Die Fäden in Herceg-Bosna wurden bis Ende '92 von Mate Boban gezogen, der zeitweise großen Einfluß bei der „herzegowinischen Fraktion" der HDZ in Kroatien selbst hatte. Seit dem Spätherbst 1993, als sich die militärischen Mißerfolge des HVO im Kampf gegen die Armee Bosnien-Herzegowinas in Zentralbosnien häuften und in Kroatien das Konzept eines kroatischen Teilstaats in der Herzegowina als Preisgabe der in Zentralbosnien und in der Save-Tiefebene lebenden bosnischen Kroaten gesehen wurde, war Boban in seinen eigenen Reihen starker Kritik ausgesetzt, die am 8.2.1993 zu seiner Ablösung führte. Diese Abberufung hatte aber vor allem außenpolitische Gründe. Angesichts der kroatischen Interventionspolitik in Bosnien-Herzegowina war Kroatien selbst der Drohung von Sanktionen ausgesetzt, so daß Franjo Tudjman einen Sündenbock darbot um dieser Gefahr auszuweichen.

Im Restgebiet von Bosnien sind die staatlichen Strukturen durch die Sezessionen und durch die Zersplitterung des verbliebenen Staatsgebietes brüchig geworden. Sarajewo etwa als Sitz der Regierung ist durch die serbische Belagerung von Zentralbosnien fast völlig abgeschnitten. Das Staatspräsidium wurde mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet, da das Rumpfparlament nur selten zusammentreten kann. An die Stelle der beiden abtrünnigen SDS-Vertreter wurden zwei Serben aus den Reihen der Ex-Kommunisten und der Reformkräfte ins Präsidium nominiert. Anfang August 1993 verließen auch die kroatischen Vertreter wegen der „muslimischen Aggression" gegen Kroaten das Staatspräsidium. In dieser Situation fand die nichtnationalistische Opposition wieder mehr Gehör. Angesichts der im Sommer unter den Arbitrage von EG und UNO – vertreten durch Lord Owen und Thorwald Stoltenberg – in Genf begonnenen Gespräche über die Aufteilung von Bosnien-Herzegowina einigten sich mehrere Parteien auf eine Aktionsplattform zum Erhalt des Staates in seinen international anerkannten Grenzen. Diese Aktionsplattform forderte einen internationalen Militäreinsatz und die Errichtung eines UN-Protektorates über Bosnien-Herzegowina. Auch wenn diesem Vorstoß auf internationalem Parkett keine Resonanz beschieden war, so führte er doch innenpolitisch zu einer Aufwertung der bisher in Opposition zur SDA stehenden Parteien. Zudem mußte die bosnische Regierung im September 1993 eine weitere Schlappe einstecken, als die westbosnische, rundum von serbisch besetztem Gebiet umgebene Enklave um Bihac, die unter dem Einfluß des Prä-

sidiumsmitglieds Fikret Abdic steht, ihre Selbständigkeit als „Autonome Region Westbosnien“ erklärte und sich als Teil der von Owen und Stoltenberg am Verhandlungstisch gerade erst präsentierten „Union der Republiken Bosnien-Herzegowinas“ proklamierte. Fikret Abdic war zwar bisher führendes Mitglied der muslimischen Nationalpartei SDA gewesen, hatte aber auch bisher schon eigenständige Positionen eingenommen, was dadurch begünstigt war, daß die Region um Bihac nur eine durch Feindesland führende Verbindung mit Zentralbosnien besitzt.

Mitregieren oder abwarten?

Nach der Proklamation der Autonomie kam es innerhalb der Enklave von Bihac zu bewaffneten Auseinandersetzungen unter den Muslimen. An die Stelle des abtrünnigen Abdic, der seiner Ämter verlustig erklärt und geächtet wurde, wurde Nijaz Durakovic, der Vorsitzende der bosnischen Sozialdemokraten – der früheren Kommunisten – ins Staatspräsidium nominiert. Dieser hatte als Bedingung für seinen Eintritt ins Präsidium gefordert, daß die beiden verwaisten kroatischen Plätze in diesem Gremium mit Kroaten, die für ein integrales Bosnien eintreten, besetzt werden sollten. Damit sitzen auch weiterhin – neben drei Muslimen – zwei Kroaten und zwei Serben im bosnischen Staatspräsidium. Durch diese sieben Personen sind fünf Parteien repräsentiert. Doch die tatsächliche Macht liegt bei der ebenfalls um diese Zeit umgebildeten Regierung des bisherigen Außenministers Haris Silajdzic, die von der muslimischen Nationalpartei SDA beherrscht ist.

Im bosnischen Parlament selbst sind sieben Parteien vertreten: Die Vertreter der SDA und der probosnische Flügel der HDZ machen die überwiegende Mehrheit aus. Daneben gibt es noch Vertreter der Sozialdemokratischen Partei (SDP, Ex-Kommunisten), der Sozialdemokratischen Union (SDU, ehemals Reformisten), der Liberalen Partei Bosnien-Herzegowinas (LSBiH) und der Bürgerlich-Demokratischen Partei (GDS) – alles nichtnationale Parteien – und der Liberalen Bosniakischen Organisationen (LBO), einer kleinen muslimischen Partei. Außerparlamentarisch spielen noch folgende im Laufe des Krieges gegründete Parteien eine Rolle: Die Kroatische Bauernpartei Bosnien-Herzegowinas (HSS-BiH), die Kroatische Demokratische Partei (HDS) in der Region Zenica sowie die Volkspartei (Narodna Stranka) in Sarajewo. Von den außerparlamentarischen Parteien genießt die HSS-BiH mit ihrem im Staatspräsidium vertretenen Vorsitzenden Ivo Komsic, der zunehmend zum Anführer der zentralbosnischen Kroaten wird, das größte Ansehen.

Trotz der Vielzahl der Parteien und der Beteiligung von Teilen der Opposition an der Regierung wird in einigen Oppositionsparteien darüber diskutiert, ob ihr Eintritt in die politische Führung von Bosnien-Herzegowina nicht bloß Dekor ist und ihre Koalition mit der SDA sie nicht zu Zugeständnissen zwingt, die ihrem Wesen fremd sind. Rasim Kadic, Vorsitzender der übernationalen Liberalen Partei Bosnien-Herzegowinas, hat unlängst kritisiert, daß jene Oppositionsparteien, die Vertreter im Staatspräsidium und in der Regierung stellen, ihren Oppositionscharakter eigentlich verloren haben und gemeinsam mit der SDA einen liquidatorischen Kurs der Aufteilung von Bosnien-Herzegowina verfolgen. Ob aber die Abstinenz von der Macht und das Warten auf die Zeit nach dem Krieg – wie es Kadic vorschlägt – einen Ausweg aus diesem Dilemma bietet und nicht den nationalistischen Kurs der SDA stärkt, ist schwer zu sagen.

Parallel zum politischen Geschehen in den einzelnen Parteien kommt es zu einer stärkeren politischen Ausdifferenzierung der einzelnen Nationen. Den Anfang machten die muslimischen Abgeordneten des bosnischen Parlaments, die sich am 28.9.1993 zu einer „allbosniakischen Versammlung“ in Sarajewo trafen. Hier wurde offiziell proklamiert, daß das Volk der Muslime in Zukunft als Volk der „Bosniaken“ zu bezeichnen sei. Nationale Bewegungen tragen oft den Charakter des Unbestimmten in sich. Dies ist auch bei den „Bosniaken“ der Fall: Fallen unter die „Bosniaken“ alle Bürger Bosnien-Herzegowinas oder nur die Muslime? Im letzteren Fall werden die Muslime nachträglich zur „bosnischen Nation“ erklärt, sie werden „genuines Staatsvolk“ von Bosnien-Herzegowina und „Bosnier im ethnischen Sinn“. In jedem Fall wird den Kroaten und Serben implizit abgesprochen, Bosnier zu sein, außer sie akzeptieren, sich nicht mehr als Serben oder als Kroaten zu bezeichnen, sondern als katholische oder orthodoxe Bosniaken.

Konstruktive nationale Differenzierungen

Mit einigem Fingerspitzengefühl schienen die politischen Vertreter der Kroaten Zentralbosniens und der Save-Tiefebene, die Bosnien-Herzegowina als ihren Staat anerkennen und sich nicht Kroatien anschließen wollen, diese nationale Empfindlichkeit der Muslime umschifft zu haben, als sie sich am 6.2.1994 in Sarajewo zu einer „Versammlung der Kroaten“ trafen. Ein Vertreter der Kroaten aus der Save-Tiefebene erklärte: „Wenn die Muslime zu mir sagen, daß sie Bosniaken sind, dann sind sie Bosniaken. Und wenn mir nun diese 1,8 Millionen Menschen erklärten, daß sie Marsianer sind, dann würde ich sagen: Meine lieben Marsianer, ihr seid Marsianer, ich erkenne das an, aber wir sind gleichermaßen von den Tschetniks bedroht, gehen wir also gemeinsam in den Befreiungskampf.“

Die Versammlung der Kroaten war überschattet von dem Granatenangriff auf den Marktplatz von Sarajewo am Vortrag, der 68 Personen das Leben kostete. Deshalb wurde sie in der Weltöffentlichkeit nicht so beachtet, was umso bedauerlicher ist, als die Versammlung einen detaillierten Plan für die Dezentralisierung von Bosnien-Herzegowina vorschlug, der kurz danach auch vom bosnischen Parlament angenommen wurde. Die Anwesenden auf dieser „Versammlung“ empfanden sich als Vertreter von zwei Drittel der kroatischen Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas. Zwar wurden sie in vielen Zagreber Medien als Anhänger einer „bosnisch-kommunistischen Ökumene“ und einer „Franziskaner-Politik“ beschimpft, aber die Tatsache, daß kroatische Oppositionspolitiker wie auch Vertreter der oppositionellen Strömung der kroatischen Regierungspartei als Gäste anwesend waren und zwei Tage danach Mate Boban als Präsident der „Kroatischen Republika Herceg-Bosna“ zurücktrat, läßt doch hoffen, daß wenigstens zwischen den Kroaten und Muslimen künftig die Möglichkeit eines Zusammenlebens besteht. Damit es aber tatsächlich zu einer Wende der kroatischen Politik gegenüber Bosnien-Herzegowina kommt, müßte nach Ansicht der Zagreber Journalistin Jelena Lovric erst der Präsident Kroatiens, Franjo Tudjman, der bisher hinter Mate Baoban gestanden ist, zurücktreten.

Selbst wenn die Vertreter der in der Save-Tiefebene und in Zentralbosnien lebenden Kroaten die Verfechter der kroatischen Abspaltungspolitik in „Herceg-Bosna“ wirklich ausstechen können, so verbleibt noch immer die viel schwerwiegendere Frage der bosnischen Serben. Werden schon die Kroaten, die sich für ein Zusammenleben in einem gemeinsamen bosnischen Staat einsetzen, in Kroatien als „Verräter“ bezeichnet, so gilt dies um noch viel mehr für jene abnehmende Zahl von Serben, die sich für Bosnien-Herzegowina als ihren Staat entschieden haben. Neben den zwei serbischen Vertretern im Staatspräsidium ist etwa der gebürtige Belgrader Jovan Divjak noch immer stellvertretender Oberkommandeur der Armee Bosnien-Herzegowinas – er wird vielleicht nie mehr seinen Geburtsort wiedersehen können.

Im Gegensatz zur kroatischen Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas haben die wenigen verbliebenen Serben – außerkulturellen – keine politischen Organisationen in Restbosnien. Sie verstehen sich auch nicht in erster Linie als Serben, sondern als Bürger Bosnien-Herzegowinas. Eine entsprechend organisierte „Versammlung der Serben Bosnien-Herzegowinas“ im Rest-Bosnien hätte überdies kaum politisches Gewicht und würde auch aufgrund des verständlichen Hasses der muslimischen Bevölkerung gegen alles

Serbische kaum durchgeführt werden können. Bedeutet dies nun, daß ein Zusammenleben mit der Mehrzahl der bosnischen Serben in einem Staat unmöglich geworden ist? Heißt dies dann nicht auch, daß die durch Aggression, Massenmord und Vertreibung vorangetriebene Vision eines großserbischen Nationalstaats ungestraft verwirklicht wird?

Tuzla – Modell oder Ausnahme von der Regel?

Das politische Leben auf dem Territorium um Bosnien-Herzegowina ist nach Begriffen des Rechtsstaates kaum als demokratisch zu bezeichnen, vor allem, was Vorgänge auf lokaler Ebene betrifft. Aber eine demokratische Austragung politischer Konflikte ist in Kriegszeiten, wo die Armee bzw. einzelne der zentralen Kontrolle entgleitende Truppenteile ein stärkeres Gewicht haben, auch gar nicht zu erwarten. Dies war auch im republikanischen Spanien während des Bürgerkriegs nicht anders. Außerdem sind die Parteistrukturen der Oppositionsparteien zu schwach, ihre programmatischen Konzepte für die Bevölkerung zu wenig überzeugend, als daß sie sich ernsthaft mit der regierenden muslimischen Nationalpartei in einen Machtkampf einlassen würden. Ernsthafte parteipolitische Auseinandersetzungen werden aus verständlichen Gründen auf die Zeit nach dem Krieg vertagt. Zuerst müsse der gemeinsame militärische Kampf gegen die beiden Aggressoren geführt werden. Erst Neuwahlen könnten die Karten vielleicht einmal neu mischen – aber wann? Auf welchem Territorium? Und mit welchem Volk?

In Rest-Bosnien gibt es trotz allem noch immer ein Mehrparteiensystem und – wenigstens in Sarajewo – die Möglichkeit eines relativ freien interethnischen Diskurses. Davon kann in den serbisch und kroatisch besetzten Gebieten keine Rede sein. In diesen Gebieten ist das politische Leben weniger durch das Geschehen in den jeweiligen „Statthaltereien" bestimmt als von dem in den „Mutterländern", wobei die serbische „Ethnokratie" polykratischer zu sein scheint als die kroatische. Diese Polykratie hat den Nachteil, daß sich der oberste Führer des serbischen Volkes nicht immer auf seine Gouverneure außerhalb der Republik Serbien verlassen kann. Andererseits ist dieser Umstand von Slobodan Milosevic seit dem Beginn des Krieges in Bosnien-Herzegowina mehrmals dazu genutzt worden, sich gegenüber der eigenen und der Weltöffentlichkeit als „Friedensbringer" darzustellen, der im Widerspruch zu den serbischen Kriegsherren in Bosnien stehe.

Wenn man das wandlungs- und trickreiche Spiel der herrschenden Cliquen berücksichtigt, wird der Versuch, nach Programmen und weltanschaulichen Orientierungen einzelner Parteien zu fragen, fragwürdig. Angesichts der vor sich gehenden blutigen Zerstückelung dieses Landes, der Vertreibung und Tötung von Hunderttausenden Menschen und der Vernichtung einer jahrhundertealten multiethnischen Zivilisation können derlei Erörterungen ohnehin nur den Charakter des Nebensächlichen in sich tragen. Allein die Tatsache, daß die von Reformisten und Ex-Kommunisten regierte multiethnische Industrie-Region von Tuzla von größeren ethnischen Konflikten bisher verschont geblieben ist und als solche noch immer Signalwirkung hat, kann einem solchen Zugang noch Berechtigung verleihen. ●

Christian Promitzer ist Historiker und Mitarbeiter der „Ost-West-Gegeninformationen".
Der Artikel erschien erstmals in „Ost-West-Gegeninformation", 1/94.

EX-ANTI-NATO-GRUPPE, FREIBURG

Die „Nationale Befreiung" der „Selbstverwaltung"

Es gab Zeiten, da wurde oft und viel über den „besonderen jugoslawischen Weg zum Sozialismus" diskutiert und immer fielen dabei die offensichtlichen Unterschiede zum „großen Bruder" auf, denn im Gegensatz zur Sowjetunion galt Jugoslawien als das Land des „etwas anderen Sozialismus".

Im jugoslawischen Modell waren die Betriebe und Unternehmen nicht wie in der SU verstaatlicht, sondern wurden von den Arbeitenden selbst verwaltet. Von den jugoslawischen Kommunisten wurde diese Abweichung vom Leninismus als „Arbeiterselbstverwaltung" bezeichnet und sie war gleichzeitig mit einer Dezentralisierung der politischen Macht- und Führungsstrukturen verbunden. Auch wurde behauptet, daß die einzelnen Republiken und Regionen des gesamtjugoslawischen Staates alle gleichberechtigt waren und gemeinsam über die Interessen der in ihr lebenden Menschen entschieden. Kein Ultrazentralismus knechtete in diesem Land, das sich dem „großen Stalin" widersetzt hatte, die einzelnen Nationalitäten.

Und noch etwas gab es, was im Gegensatz zur Sowjetunion und der DDR sofort ins Auge fiel: es gab dort für die Menschen keine Reisebeschränkungen. In Jugoslawien schien der „Sozialismus" also sein „freies" Gesicht zu zeigen, waren die Grenzen des sozialistischen Staates keine Gefängnismauern.....

Und jetzt dieses brutale Ende! Warum mußte es ausgerechnet in Jugoslawien zu einem solch brutalen und mörderischen Bürgerkrieg kommen? Warum wurde gerade in dem Land, wo versucht wurde, einen anderen Weg zum Sozialismus zu gehen, der altbekannte „Nationalismus" wiedergeboren und zum alles erklärenden Handlungsmotiv erhoben? Wir versuchen eine Antwort.

Erst der Ausschluß Jugoslawiens aus der KOMINFORM 1948 und der Bruch mit der SU erforderte von den jugoslawischen Kommunisten Anstrengungen, einen eigenen Weg zu finden, der den Besonderheiten, die u.a. auch in der Zusammensetzung des jugos-

lawischen Staates lagen, entsprach. Denn: „Die Revolution wäre nicht alljugoslawisch gewesen, wenn sie nicht die Revolution jedes Volkes gewesen wäre... Jedes Volk ging aus diesem Kampf mit eigenen ...nationalen Befreiungsstreitkräften und vollständigen Volksmachtorganisationen, d.h. seinem nationalen Staat hervor... Jede Nation konstituierte ihren nationalen Staat und entwickelte ihn im Einklang mit ihren nationalen Belangen und Bedürfnissen, im Rahmen des Bundes weiter. Das ist das kennzeichnende Merkmal der sozialistischen Republiken, deren Gemeinschaft die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien ist."

DIE JUGOSLAWISCHE „ARBEITERSELBSTVERWALTUNG"

Ausgehend von diesem (Kiro Hadzirasilev: „Die Lösung der nationalen Frage und die Beziehungen zwischen den Republiken und Provinzen" in: Jugoslawien, Modell im Wandel, S.23) Verständnis des gemeinsamen Nationalstaates war die Kritik am sowjetischen ultrazentralistischen Modell unumgänglich und so war klar, daß die 1950 von Tito ausgegebene Parole „Die Fabriken den Arbeitern – Leitung der Produktion durch die Produzenten" konsequenterweise mit einer Dezentralisierung der Machtstrukturen verbunden sein mußte. Arbeiterselbstverwaltung und Dezentralisierung, das waren die wesentlichen Besonderheiten des jugoslawischen Modells und genau in diesen Besonderheiten sind auch die Gründe für das jugoslawische Scheitern zu finden.

Zentrales Element der jugoslawischen nachholenden Industrialisierungspolitik waren die „Wirtschaftseinheiten" (Betriebe). Über diverse, z.T. abwählbare, Vertretungskörperschaften (Arbeiterrat; Ausschüsse) und ausführende Organe (Direktoren) hatten die Betriebe in wichtigen Fragen eine relative Handlungsfreiheit (Lohnfestsetzung, Einstellungen/Entlassungen, Produktionsplanung und Durchführung, Preisfestsetzung,...) gegenüber den staatlichen, regionalen und kommunalen Planungsbehörden, die in teilweiser Absprache mit ihnen die gesamtstaatlichen und regionalen Produktionsziele als „Richtlinie" vorgaben und über deren Durchsetzung die kommunalen Vertretungen und die Betriebsdirektoren zu wachen hatten. Die finanzielle Ausstattung der Betriebe wurde schrittweise in die Verantwortung der jeweiligen Gemeinde, bzw. regionaler Banken gegeben und umgekehrt hatten die Betriebe zunehmend für die jeweilige kommunale Infrastruktur aufzukommen. Damit war schon sehr früh eine gegenseitige wirtschaftliche und politische Abhängigkeit gerade auf der jeweiligen Republikebene hergestellt, eine „gemeinsame Interessenlage", die für die weitere Entwicklung von entscheidender Bedeutung sein sollte. Auf „ökonomische und volkswirtschaftliche Effizienz" verpflichtet, hatten die so verwandelten „Arbeitergenossenschaftsunternehmer" nicht nur Teil an der betrieblichen Gewinnausschüttung, sondern natürlich ebenso an den damit verbundenen eventuellen Verlustgeschäften, bis hin zum möglichen Konkurs. Die urkapitalistische Mär vom „jeder ist seines Glückes Schmied" gewann so im jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltungssozialismus eine unverhoffte und tragikomische Aktualisierung. Hin und her geworfen zwischen marktwirtschaftlicher „Rentabilität" und eigenem Reproduktionsinteresse ging dieser Balanceakt naturgemäß nur solange gut, als sich die jugoslawische Wirtschaft noch in ihrer „heroischen" Aufbauphase befand – bis in die Mitte der sechziger Jahre zählte sie zu denjenigen in Europa mit den höchsten Zuwachsraten.

Aber schon in diesen Jahren mehrten sich Streiks, die sich hauptsächlich gegen eine ungerecht empfundene Einkommensverteilung richteten, und immer häufiger kam es zu Konflikten über die Kompetenzbefugnisse der einzelnen Institutionen auf betrieblicher, kommunaler und regionaler Ebene, die jedesmal einen neuen Schub von Dezentralisierung staatlicher Kompetenzen auslöste. Das Nachsehen hatten auf die Dauer einmal die Betriebe in den industriell weniger entwickelten Regionen, sowie innerbetrieblich die unqualifizierten Arbeiter, die unterproportional in den diversen Arbeiterselbstverwaltungsgremien präsentiert waren. Technische Fachkräfte, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre bestimmten schon von Beginn an, oft genug mit ausdrücklicher Billigung der weniger Qualifizierten, die jeweilige Unternehmenspolitik und damit auch die Einkommensverteilung, so daß sowohl innerbetrieblich als auch gesamtgesellschaftlich die soziale Polarisierung nach Macht und Geldeinkommen munter voranschritt und zur lokalen und regionalen Elitebildung beitrug. Die schon anfänglich vorhandene territoriale Ungleichheit wurde mit der Gründung dezentraler Republikbanken 1974 noch verschärft bis hin zur Einstellung der Ausgleichszahlungen der reicheren Republiken (Slowenien und Kroatien) zu Lasten der ärmeren. Das Fehlen einheitlicher Lohnrichtlinien bewirkte u.a. solche Paradoxien, daß beispielsweise ein Direktor in Serbien das gleiche Gehalt bekam wie eine Putzfrau in Kroatien. Der Stadt-Land-Gegensatz (die Industriearbeitereinkommen waren bis zu 50 % höher als die im vorwiegend privaten landwirtschaftlichen Sektor, der noch Mitte der sechziger Jahre über die Hälfte (!) der Bevölkerung umfaßte) wurde nicht aufgehoben, da die zunehmende Regionalisierung von Politik und Wirtschaft (ca. 60 % der produzierten Waren verließen die jeweiligen Territorien und Regionen nicht) und der zunehmende Kapitalmangel jeden Ausgleich immer unmöglicher machten.

Damit befand sich Jugoslawien in einem ähnlichen Dilemma wie der Rest der „aufholenden Modernisierer" im Osten und Süden: Eingezwängt zwischen realen „Sachzwängen" des nationalen und internationalen Marktes (den man ja grundsätzlich als „objektive Regulierungsinstanz" akzeptiert hatte) und der ideologischen Vorgabe eines „Aufbau des Sozialismus im eigenen Lande", stellte sich nun zusehends heraus, daß unter derartigen Vorzeichen die „Arbeiterselbstverwaltung" im Kern eine „Arbeiterselbstverwertung" war, wenn auch immer noch unter staatlicher Oberaufsicht. Die praktische Unmöglichkeit eines derartigen „geplanten Marktes" (besonders nach dem Zusammenbruch der UdSSR und angesichts des westlichen Produktivitätsvorsprungs) wurde schon früh offenbar.

Schon 1968 hatten ca. 10 % aller Betriebe nur mit „Verlust" gearbeitet, 1988 wurde geschätzt, daß ein Viertel aller Betriebe im „vergesellschafteten Sektor" (entspricht 1,6 Millionen Beschäftigten) nach rein marktwirtschaftlichen Kriterien den Konkurs hätte anmelden müssen. Wurden 1969 395 000 Arbeitslose gezählt, so belief sich diese Zahl 1987 mittlerweile auf 1,1 Millionen (die schon Mitte der 70iger Jahre gezählten 860 000 Arbeitsemigranten gar nicht mitgerechnet) und von 6,7 Millionen Haushalten waren im gleichen Jahr 4 Millionen nicht mehr in der Lage, von ihrem regulären Einkommen zu leben - die Reallöhne waren allein zwischen 1980 und 1986 um 40 % zurückgegangen!

DIE OFFENE KRISE

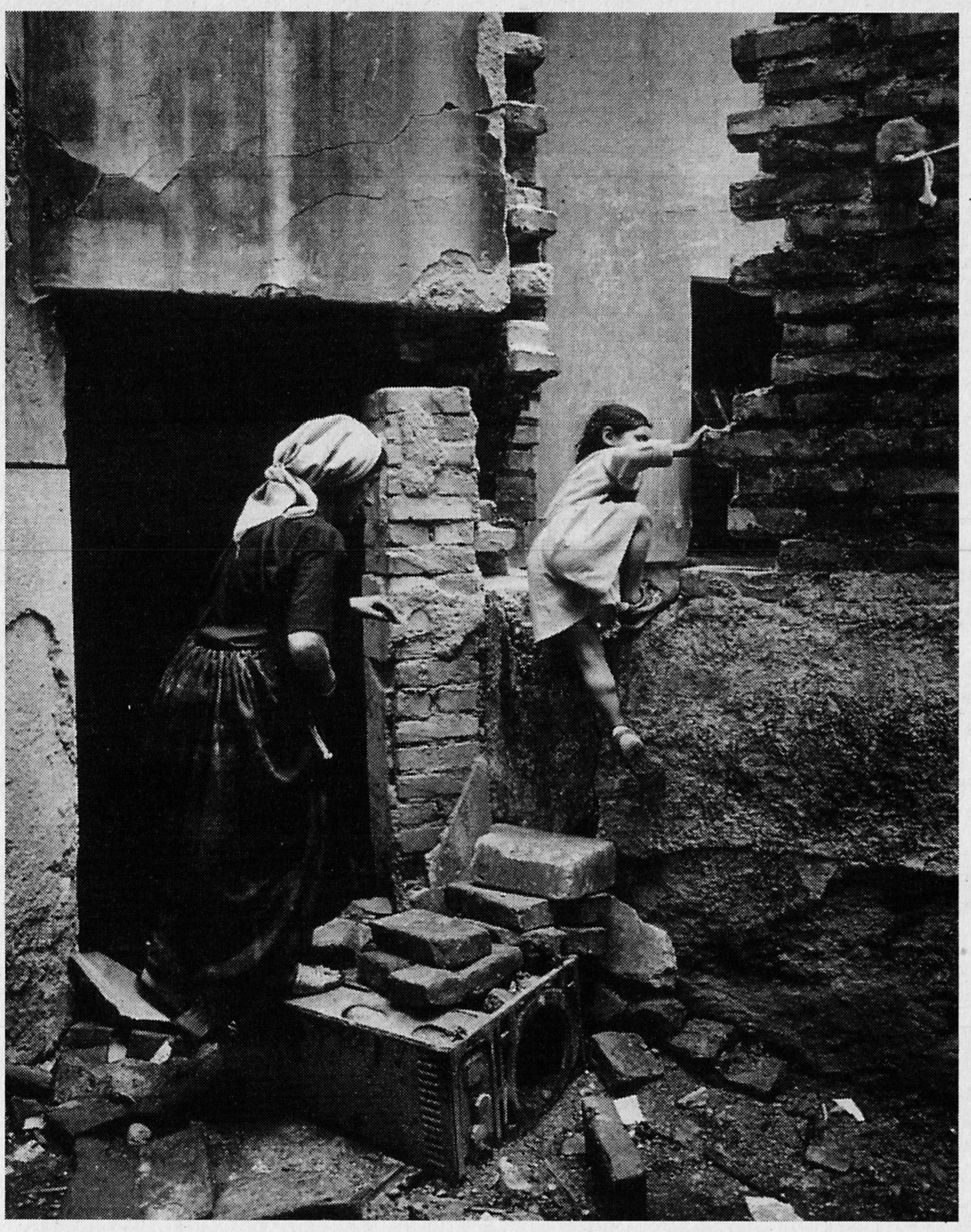
Die in der Arbeiterselbstverwaltung propagierte „Autonomie" der Betriebe hatte die Beschäftigten dazu gebracht, sich in der Preisgestaltung ihrer Produkte und in der Arbeitsmarktpolitik („Überbeschäftigung" gemessen an kapitalistischen Effektivitätskriterien) zunehmend am eigenen Reproduktionsinteresse zu orientieren, zu Ungunsten der marktwirtschaftlich geforderten „Produktivität", mit der Konsequenz, daß die Schere zwischen Preisen und realer Wertschöpfung immer weiter auseinanderklaffte.

Die als Folge eines allgemeinen Preisanstieges (1987 lag er schon bei 100 %) verordneten Lohnstopps und Preisregulierungsversuche mußten in dem Maße ins Leere laufen, als die Arbeiter darauf verstärkt mit Arbeitsniederlegungen anworteten, und andererseits über die kommunale und regionale Kreditfinanzierung der gestiegene Geldbedarf jenseits aller marktwirtschaftlichen „Rentabilitätskriterien" wie Produktivität etc. scheinfinanziert wurde.

Außerdem mußten schon seit spätestens 1965 in verstärktem Maße ausländische Kredite aufgenommen werden, da die einheimische Kapitalbildung nicht ausreichte, um die „Modernisierung" des Landes zu finanzie-

ren. Die im Zuge des Kalten Krieges eingenommene „Scharnierfunktion“ der jugoslawischen Wirtschaft zwischen westlichen Märkten und den COMECON-Ländern hatte diese immer abhängiger von westlichen Kreditgebern gemacht, so daß zwischen 1971 und 1980 die jährliche Auslandsverschuldung um 23 % gestiegen war. Da die einheimische Produktion weder in der Lage war, diesen Schuldenberg abzutragen, noch mit der zunehmend ins Land strömenden ausländischen Produktion zu konkurrieren, verstärkte sich der Druck der westlichen Gläubiger auf die Regierung, doch gefälligst gerade das System der Arbeiterselbstverwaltung zu liquidieren und einen privaten, westlichen Rentabilitätsansprüchen genügenden Sektor zu installieren: mithin also die Abschaffung der Grundlagen, auf die sich der jugoslawische Staat gerade noch mehr schlecht als recht stützte.

Diese, durch interne Widersprüche hervorgerufene Situation eines allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Kollapses, brachte die schon total fragmentierte jugoslawische Bevölkerung – die sowohl politisch wie wirtschaftlich nur noch marginal mit dem Zentrum kommunizierte – dazu, ihr „Heil“ nun dort zu suchen, wohin sie sich de facto schon die ganze Zeit bewegt hatte: in diversen „Nationalismen“, die mit der allseits gutgeheißenen Marktlogik durchaus vereinbar waren.



Mutter und Tochter flüchten aus ihrem zerbombten Haus

DAS ENDE DES WEGES

„In der Selbstverwaltungsgesellschaft treten zwar weiterhin Tendenzen des Einzel-, Gruppen- und sogar des Nationalegoismus und Mongolismus in Erscheinung. Sie können aber nicht das Übergewicht gewinnen, sondern fordern im Gegenteil stets den gemeinschaftlichen Widerstand der Gesamtgesellschaft heraus, die eine Kraft darstellt, welche die Erscheinungen leicht bewältigt und den Raum und die Möglichkeit für ihr Wirken ständig einengt. Deswegen ist das Selbstverwaltungssystem, außer allem anderen, auch eine essentielle Verwirklichung des Internationalismus.“

Mit dieser optimistischen Ansicht wurde in den 70iger Jahren mit dem Problem des wachsenden Republiken-Nationalismus umgegangen, dabei war die nationalistische Argumentation schon sehr früh die Erklärung für alle Formen des Scheiterns des jugoslawischen Modells.

Da die dezentrale Organisation der Arbeiterselbstverwaltung letztlich auf Republikebene verwaltet wurde und die Widersprüche zwischen den einzelnen Republiken immer mehr anwuchsen, kam es schon sehr frühzeitig zu Schuldzuweisungen zwischen den einzelnen Republiken. Denn da alle jugoslawischen Betriebe und Arbeiter sich als Konkurrenten auf dem jugoslawischen Markt wiederfanden, konkurrierten sie selbstverständlich auch um Investitionen, staatliche Aufträge und letztlich darum, in welchem Betrieb, in welcher Region der Lebensstandard steigen konnte oder nicht.

Mit diesen Schuldzuweisungen gelang es den neuen bürokratischen Machteliten auf Republiksebene immer mehr, ihre Macht zu festigen und sich gegen die Positionen der Zentralregierung zu etablieren .

So führte also die dezentrale Organisation der Arbeiterselbstverwaltung nicht zum geforderten Absterben der Bürokratie, sondern gerade in Jugoslawien zur Ausgestaltung dieser „neuen Klasse“ auf Republikebene, die letztlich ihre Macht nur erhalten konnte, wenn sie sich immer offener mit nationalistischen Positionen gegen die Zentralregierung stellte.

Denn die Direktoren und die lokalen Parteifürsten konnten stets gesamtjugoslawische Entscheidungen für das Ausbleiben des erhofften Wohlstandes auf Republikebene verantwortlich machen und die Unübersichtlichkeit des jugoslawischen Marktes – auf den die Arbeiterselbstverwaltung keinen Einfluß hatte – tat ein übriges dazu, daß die nicht überschaubaren Zusammenhänge der ökonomischen Strukturen immer mehr personifiziert wurden.

Es war ja auch unbegreiflich, daß über die Selbstverwaltung des Betriebes die Arbeiter Mehrarbeit leisteten, die Produktion steigerten und zugleich höhere Preise bestimmten, am Ende aber kein Gewinn dabei herauskam. So wurde der Markt schon ziemlich schnell als ein bewußt eingesetztes Instrument in den Händen der Konkurrenz-Republiken verstanden, die sich so Vorteile gegenüber der „eigenen“ Republik verschafften und das Aufblühen der eigenen Entwicklung behinderten. So war es nach dem Zusammenbruch des gesamtjugoslawischen Staates auch nur konsequent, daß das „nationale Erwachen“ der Republiken mit ungeheurer Wucht einsetzte. Der daraus folgende Bürgerkrieg war letztendlich nur die Fortsetzung der bisherigen jugoslawischen Politik mit anderen Mitteln. ●

Marx und Stalin

Über den Zusammenhang von „freier Assoziation", „Diktatur des Proletariats" und „allgemeiner Staatssklaverei"

Verbirgt sich hinter dem Anspruch auf politische und soziale Revolution nur Totalitarismus? Ist der „kategorische Imperativ" (Marx), alle Verhältnisse umzustürzen, unter denen der Mensch ein ausgebeutetes und verächtliches Wesen ist, nichts anderes als das moralische Alibi neuer Herrschaft? So zumindest jammern die Renegaten des zusammengebrochenen „realen Sozialismus" und die Volksfront ihrer „fellow traveller", die Apostel der Marktwirtschaft, die FDGO-Advokaten und ihr postmodernes Troß: Utopie ist totalitär, heißt es, und jeder Revolutionär höre letztlich auf den Namen Stalin oder Pol Pot. Diese Polemik ist wahr und falsch zugleich: Wahr, weil sie den diskreten Jakobinismus der bisherigen Emanzipationsbewegungen dementiert – falsch, weil sie im Erbe des Bürgers Robespierre und seines Urenkels Lenin nicht sich selbst, d.h. die Ideologie und Praxis der neutralen Staatsform erkennt. Gegen die Selbsttäuschung der Bürger aller Fraktionen hilft nur Materialismus. Woher kommt also die autoritäre, staatskapitalistische Tendenz der traditionellen Arbeiterbewegung? Ist sie ein Indiz bürgerlicher Hegemonie über ihren sozialen Antagonisten oder genuin proletarischer Herkunft? – Es spricht **Joachim Bruhn**.
Termin: Dienstag 17. Mai, 20 Uhr
Ort: Freiburg, Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15

Antisemitismus, made in DDR

Anti-imperialistischer Antizionismus und deutsch-nationales Interesse

Nur acht Jahre nach der Niederlage des NS stand im antifaschistischen Nachfolgestaat des Dritten Reiches wieder die Entlarvung und Verfolgung von „Volksschädlingen" auf der Tagesordnung. Wieder bezichtigte eine deutsche Staatsmacht „jüdische Kapitalisten" der „Verschiebung deutschen Volksvermögens". Die SED begann derart entschlossen mit der Bekämpfung von „Gesindel wie Kosmopoliten, Zionisten, Freimaurern und anderen verkommenen Subjekten", daß 1952/53 rund die Hälfte der Juden aus der DDR floh. Doch der aus der UdSSR importierte Antizionismus diente in der DDR nicht nur der stalinistischen Säuberung der Partei und der Verteufelung Israels als „Hauptwerkzeug des Weltimperialismus im Kampf gegen die Befreiungsbewegung der arabischen Völker": Es zeigt sich, daß die DDR per Antizionismus immer wieder auch ihr „ureigendstes nationales Interesse" verfolgte: Die Entlastung des „friedliebenden deutschen Volkes" von Auschwitz. – Es spricht **Thommy Haury**.
Termin: Dienstag 31. Mai, 20 Uhr
Ort: Freiburg, Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15

Globalisierung und lokaler Raum

Zur politischen Ökonomie der Aufstände in Los Angeles

Die Aufstände, die letztes Frühjahr durch South Central L.A., Pico Union und Korea Town tobten, wurden von den deutschen Medien als „Rassenunruhen" verschlagwortet und mit den Aufständen von Watts 1965 verglichen. Tatsächlich jedoch sind die 92er Riots Ausdruck sozioökonomischer Polarisierungsprozesse, die nur im Kontext globaler Vergesellschaftungsmechanismen begriffen werden können. Denn in L.A., der World Class City, die nicht nur postfordistische Glitzermetropole und – als Pacific Rim City – Frontstadt zugleich ist, sondern darüber hinaus als Drehscheibe eines Migrationsraums fungiert, der sich von El Salvador bis Seattle und von Fern-ost bis in den mittleren Westen dehnt, verdichten sich die Trends der neuen Ökonomie zum konkreten Mikrokosmos. – Es spricht **Frank Sträter** .
Termin: Dienstag14. Juni, 20 Uhr
Ort: Freiburg, Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15

Wie immer identisch

Freitag, **3. Juni**, 20 Uhr
Die Kritik zur Krise radikalisieren?
Podiumsdiskussion mit Ilse Bindseil (Berlin), Wolfgang Eßbach (Freiburg) und Manfred Dahlmann (Hamburg) über das Verhältnis von Materialismus, Ideologiekritik, Revolution.

Samstag, **4. Juni**, 13.00 Uhr
Karl Marx und die Revolution. Die politischen Konsequenzen des Kapitals
Streitgespräch zwischen Michael Berger und Joachim Bruhn.

15.30 Uhr
Marxismus und Kultur
Streitgespräch zwischen Günther Jacob (Hamburg, Redaktion 17 C) und N.N. über Kulturindustrie und Gegenöffentlichkeit.

18.00 Uhr
Faschismus / Postfaschismus
Streitgespräch zwischen Clemens Nachtmann (Berlin, Gruppe K) und N.N. über Negative Vergesellschaftung und Barbarei.

21.00 Uhr
Nachtzug
Eine Abenteuerreise durch das Land des guten Grooves (Soul, Reggae, Hip Hop, House) mit Günther Jacob.

Sonntag, **5.** Juni,11 Uhr
Frühschoppen
12 ½ Jahre ist die ISF mehr oder weniger angenehm aufgefallen. Jetzt darf auch einmal konstruktiv kritisiert werden. Mit Diskutanten aus dem Archiv für soziale Bewegungen, Gruppe K, Ex-Anti-Nato-Gruppe, Jos Fritz etc. pp.
Ort: Vorderhaus der „Fabrik", Habsburgerstr. 9

Reihe:
Feministische Standpunkte

Zu Krieg und Staat, zu Nationalismus und Gewalt

Geschlechterbeziehung als Gewaltverhältnis

Jessica Benjamin: Die Spannung zwischen Psychoanalyse und Feminismus: Neues Unbehagen, alte Schranken
Christa Rohde-Dachser: Psychoanalyse und Gewalt

Die Neigung weiblichen Begehrens und damit einer eigenständigen weiblichen Subjektivität steht im Mittelpunkt der feministischen Kritik an der Psychoanalyse. Die Psychoanalytikerinnen Jessica Benjamin (New York) und Christa Rohde-Dachser (Universität, Frankfurt) diskutieren, in welchem Verhältnis die unkritische Sicht auf das Weibliche und das hierarchische Geschlechterverhältlnis zu Aussagen zur Gewalt in der psychoanalytischen Theorie statt.
Termin: Montag, 16. Mai
Veranstalter: Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36

Neuer Extremismus der Mitte in Deutschland?

10. Mai
Implodieren die Volksparteien?
Wolf-Dieter Narr , Berlin, angefragt
24. Mai
Wie aktuell ist die Kontroverse über den Extremismus der Mitte?
Wolfgang Kraushaar, Hamburg
7. Juni
Mutiert der Kern nach rechts?
Jürgen Trittin, Hannover
Veranstalter: Hamburger Institut für Sozialforschung
Ort: Hauptgebäude der Universität Hörsaal A

Videos zum Krieg in Ex-Jugoslawien

Neu im Verleih der Medienwerkstatt Freiburg

- Wundbrand – Sarajevo, 17 Tage im August (Didi Danquart, Johann Feindt, BRD 1994, 79 min, s/w)
- Leben und Sterben in Sarajevo (Radovan Tadic, Frankreich 1993, 75 min, Farbe)
- Wir sind doch Nachbarn (Debbie Christie, GB 1993, 55 min, Farbe)

Weitere Infos und Verleihkataloge bei: Medienwerkstatt Freiburg e.V., Konradstr. 20, 79100 Freiburg, Tel. 0761 / 70 97 57, Fax. 0761 / 70 17 96

„Verlassen wir dieses Europa!"

Texte zur Kritik der EG und zur Internationalismusarbeit.

Die Textsammlung besteht aus Scripten die in Vorbereitung oder als Ergebnis von Veranstaltungen mit internationalen ReferentInnen entstanden, wie auch aus Papieren, die aus Auseinandersetzungen der bundesdeutschen Internationalismus-Bewegung stammen.
Bezugsadresse: Christoph Schulenkorf, Sandweg 79, 50879 Köln, 0221 / 53 25 26 (Preis 10 DM, Mehrbestellungen je 10 ein Freiexemplar!)

Betr.: links Heft Nr. 286

Orientierung auf die Autonomen?

Zu Joachim Hirsch: Hat die links noch eine Zukunft?
Mit Erstaunen habe ich zur Kenntnis genommen, daß Joachim Hirsch eine Orientierung auf die Autonomen propagiert. Als jemand, der in den letzten Jahren viel mit Autonomen zusammengearbeitet hat, allerdings schlechte Erfahrungen in diesen Zusammenhängen gemacht hat, kann ich davon nur abraten. Zwar ist es richtig, daß die Autonomen in der Linken zur Zeit die einzigen sind, die eine relevante Anzahl von Leuten zu Demonstrationen auf die Straßen bringen können. Und es ist richtig, daß die Autonomen die einzigen sind, die den Nazis auf der Straße etwas entgegensetzen könnmen. Und so mag es für eine Absatzsicherung der links vielversprechend sein, eine solche Orientierung zu wählen. Vom Standpunkt einer tragfähigen politischen Konzeption aus wäre das allerdings ein Fehler. Denn die vorherrschende anarchistische Orientierung bei den Autonomen mit Ablehnung formalisierter politischer Prozesse und Institutionen und die Orientierung auf einen Subsistenzansatz weist in eine politische Sackgasse. Zu überwindende analytisch-theoretische Verirrungen wie Verelendungsstrategien feiern eine dogmatische Wiedergeburt. Ökologie ist verdächtig, Opposition zu ihrer Politik ist in ihren gesellschaftlichen Vorstellungen nicht vorgesehen, auch wenn sie ihre Rolle unter den derzeitigen Verhältnissen als grundsätzliche Opposition sehen. Ausgrenzungen sind an der Tagesordnung, Tabuthemen und -positionen spricht mensch offen besser nicht an. Alles in allem schüttelt es mich im Nachhinein.

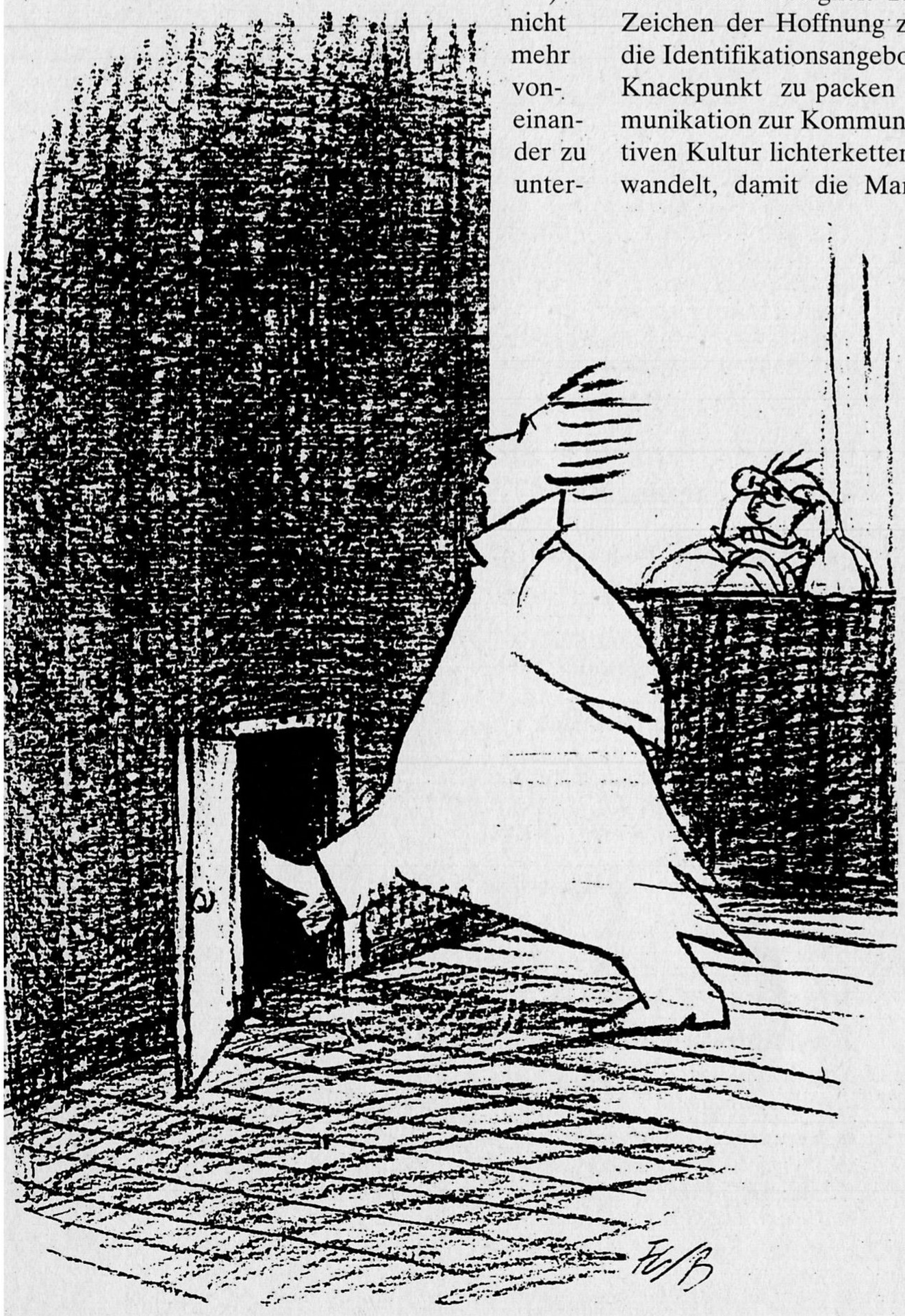
JENS DÖRSCHEL

JÜRGEN ROTH

Blechbläser, Schafsköpfe, gute Menschen

Neue Bücher von F.W. Bernstein, Gerhard Henschel u.a.

Am schönsten", stellt Gerhard Henschel im Vorwort zum „Wörterbuch des Gutmenschen" klar, findet sich der astreine, wohlproportioniert und schwer ambitioniert politische Gut- und Bessermensch in seiner Welt zurecht, „wenn er alle denkbaren Vorwürfe miteinander verquicken kann, so daß Kindesmißhandlung, Tierquälerei, Kriegsverbrechen und Faschismus (am besten 'nackter') nicht mehr voneinander zu unterscheiden sind." Denn eine dergestalt rundherum semantisch ausgereifte Welt gibt zu verstehen, daß sich ihre sensibel angedachten Anliegen im Gefühl der Betroffenheit zum Denkanstoß zuspitzen, wenn in ehrlicher Arbeit und gleichfalls ehrlichen Gefühlen dialogisch ein Stück Versöhnung gegen die empörende Ellbogenmentalität frauenverachtend-friedlicher Revolutionäre gesetzt wird. In fremden Mentalitäten wird gemeinsam Glaubwürdigkeit zu hinterfragen, ein Zeichen der Hoffnung zu entflammen und die Identifikationsangebote mögen an jenem Knackpunkt zu packen sein, an dem Kommunikation zur Kommunion, vulgo zur kreativen Kultur lichterkettenden Singsangs sich wandelt, damit die Mann-Frau-Schaft (?? Engholm!) auch mal die Mauer im Kopf einreißt –; in derselben ist mein Freund plötzlich haargenau Ausländer. Menschlichkeit (ein Anwärter immer gültiger Dummrednerei) macht sich an Orten der Begegnung (oder auch: an bzw. in Begegnungsstätten) dicke. Politikverdrossenheit überwindet, wer Politikfähigkeit erprobt, schließlich Politische Kultur so einrichtet, daß das Projekt Weltethos die Querdenker und ihr Protestgefühl zu Quer- (und Quatsch-) köppen eint, damit sie am runden Tisch der Reizüberflutung begegnen, indem wahlweise geschwiegen, das Schwert zu Pflugscharen oder Sinn gemacht wird. Einer so beschaffenen Welt, der geht's gut. Sie erfindet unser Tschernobyl in den Seelen, weil Spurensuche im Feld von Täterstrategie, Täter, Opfer, Toleranz und Trauerarbeit unbequem umgedacht wird, alldieweil die Utopie zwecks Aufbrechen verkrusteter Strukturen als Vision – abermals: – der Versöhnung im Vordenker wütend und traurig Wut und Trauer empfindend quietscht und ächzt. Diese bessere aller Welten, die ist was? Irgendwie nahezu komplett meschugge. Und weithin voller politischer Fährnisse und Gefahren.



Da muß er durch

Der in der *Edition Tiamat* von Henschel gemeinsam mit Klaus Bittermann herausgegebene enzyklopädische Band zum schwindelerregenden Unfug, den die Öffentlichkeit tagein tagaus von sich zu geben gedenkt, versammelt Beiträge von Roger Willemsen bis Eckhard Henscheid und Hendrik M. Broder, die allesamt Aufklärung über Herkunft, Schöpfer, Verwendungsgebiet und Verwertungschancen der mächtig kursierenden Metaphern des guten Menschen zu geben versuchen. Indem sie die genüßliche bis haareraufend-verzweifelte, polemische und bis zum „Speien" forcierte Auslegung des Politkosmos' sozial-demokratisch-bewegter Wortkonzeptkreierer betreiben, lassen sie erkennen, daß „Lichterketten" „ein letztes Signal (waren), mit dem sich die selbstverschuldete Überflüssigkeit der Opposition ein gutes Gewissen verschafft" (Eike Geisel), „Kultur" „die wildgewordenen Fundamentalisten einer Verkunstgewerblichung des Lebens" (Peter Schneider) gern gesehen in Brot und Dienst setzt, „Gerade wir als Deutsche" zu einer der allerübelsten Euphemismen derer, die's verlogen immer schon sein wollten, zu zählen ist; daß im Vokabelkorb der allzeit korrekt Entrüsteten „Menschenverachtung" immer da stattfindet, wo sie die eigene Wichtigtuerei trifft, „frauenverachtend" sich zeigt, wer nicht die Frau in sich entdeckt und die Menschen so grundbedürftig nach Nation sind, daß diese (in und hinter Polen) von links her mindestens „pazifiziert" gehört wie selbstredend die „Vision" unentbehrlich für alle Politik zu werden hat. Alles fauler Zauber?

Während in solche und ähnlich unergründliche Tiefen der Sprachproduktion hinabgestiegen wird, kann nicht ausbleiben, die Ver-

lautbarungen, mit denen sich umtriebige Hobbypolitiker und ausgefuchste Politstrategen öffentlichkeitstechnisch unentbehrlich machen, als das zu benennen, was sie sind: bestenfalls lupenreine Eseleien, im schlimmsten Fall aber Legitimationseffekte, die etwa einen Politiker „glaubwürdig" nennen, um „es ihm zu honorieren, daß er uns noch nicht gezwungen hat, ihn als das zu erkennen, was er ist" (Roger Willemsen). Noch jeder Begriff, der in die Zange genommen wird, deutet auf ein politisches Konzept des Wörterbuches, das sich nicht in Sprachkritik aus elitärer Distanz erschöpft, sondern die habituelle Praxis markiert und somit kenntlich macht, daß Politik, zumal mainstream-linke, heute sich oftmals nur zu gerne in der schwiemeligen Nähe der einverständigen, alles vermengenden und nichts benennenden, von Zeit zu Zeit die Gegner ihrerseits an den Sprachpranger der ausgemachten Menschenverachtung (und bald, gut möglich, auch vielleicht noch Kreaturlächerlichmachung) stellenden Rede aufhält. Längst nicht mehr der Jargon der Eigentlichen beherrscht das politische Geschäft der Werbung für oder gegen Atommeiler, Schlingensief und nationalen Pazifismus; auch nicht das vornehmlich populistische und radebrechend-latinisierende Gebläke eines F.J. Strauß ist paradigmatisch, sondern jener, von Nation, Kommunikation und friedlichen Revolutionen eingesponnene, der „Brüderlichkeit", dessen Benutzer sich allzeit auf die Seite der moralisch Aufrechten gestellt wissen, um umso effektiver, als ihr staatlicher Vormund vermocht hätte, zu verhindern, daß in den Köpfen anderer noch ein Begriff von den Verhältnissen sich bilden könnte, der nicht alles mitmacht, weil er sich andernfalls in seiner nichtssagenden und -nutzigen Gratiskritik einverstanden erklären würde. Hinzu treten dann die Querdenker vom Schlage der H.E. Richter, W. Jens, H. Geißler usf., die lauthals vorexerzieren, wie gut man doch in dieser Welt sein kann, ohne sich je Gedanken über die Gründe ihres elenden Zustandes gemacht zu haben. Das Dilemma ist weitreichend: Die „Gutmenschen" meinen's manchesmal ja auch wirklich noch gut, und so scheint's, die Grenzen der Aufklärbarkeit von Sermon, handfester Ideologie, verschleierndem und immer wieder auch Politik initiierendem Geschwafel seien hie und da unwiderruflich überschritten.

Eine so angelegte Kritik der vom - wer weiß es genau? – Geist der Republik sanktionierten Begriffshülsen, in ihrer „radikalen" Menschlichkeit sich stets noch einmal selbst überbietenden Trauer-, Wut- und Gemeinschaftsfloskeln, eine Attacke auf diese irgendwann einmal nicht mehr einzuholenden, haltlosen Schoten setzt sich natürlich der Gefahr aus, ihrem Gegenstand immer ähnlicher zu werden. Das Los der Sprachkritik, die den ideologischen Funktionen des Daherschwafelns auf die Spur kommen will, indem sie den Schmarrn möglichst komplett einsammelt, seinen Wendungen nachgeht und auf die Strategien der intendierten oder begleitenden politischen Aktionen abbildet, ist es wohl stets zugleich, der Besserwisserei geziehen zu werden. Damit kann aber leben, wer nicht der bessere Mensch, sondern ein auch vom Entsetzen gepackter wie haltlosen La-

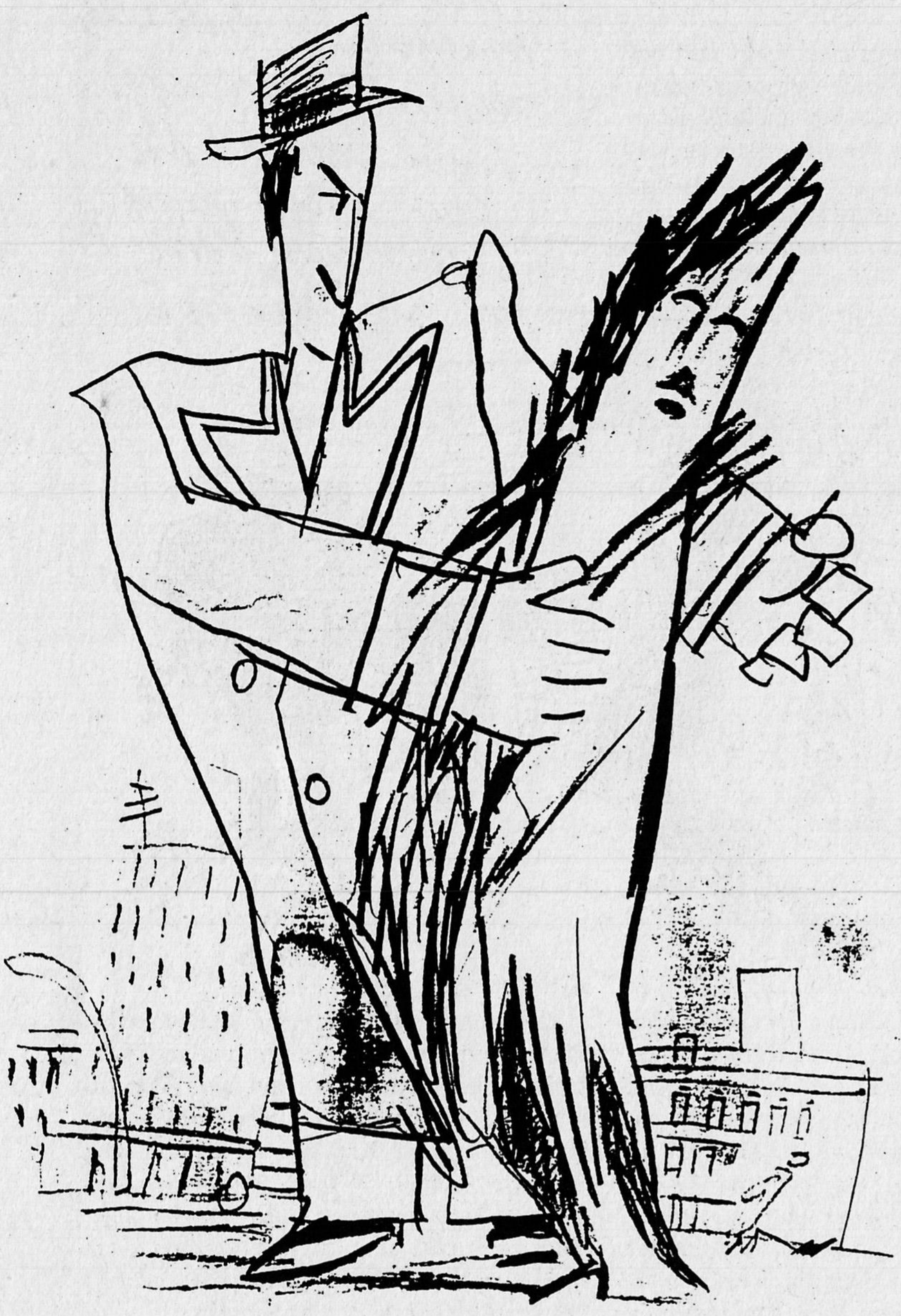
chen geschüttelter Chronist der Gutmenschdichtung sein will. Denn das politische Geschäft, das es aufzuzeichnen gilt, erschöpft sich wohl vorläufig mehr denn je darin, den vorsätzlich fehlenden Durchblick und die schlichte Lüge, die sich als Einsicht drapiert, in die klingelnde Münze des Wortes umzusetzen. Oder anders: einfach mal drauflosreden, irgendwas kommt immer heraus. Darauf sollte man durchaus mal einen Blick verschwenden. Weil „Dummheiten aller Art zu produzieren, ist einfach, sie immer zu erkennen, schon schwieriger, sie zu kritisieren, ohne selbst in Dummheiten zu verfallen, überaus anstrengend." (Christian Schmidt)

Was zur Zeit alles weggelesen wird, weiß man so genau nicht; dem Gesamtleser ans Herz gelegt sei hingegen, was er anschauen und bewundern sollte: „Der Blechbläser und sein Kind", ein prächtiges, opulent ausgestattetes Sammelwerk des „großen" F.W. Bernstein, das relativ unerkannt bei WEISER STEIN, Greiz, erschienen ist. Michael Rudolf, Alleinbetreiber eines verlegerischen Unternehmens, das sich größtenteils den Autoren der Satiremagazine „Titanic" und „Kowalski" (mittlerweile verschieden) widmet, bringt damit eine Art Komplementärband zum 1989 bei Haffmans edierten „Buch der Zeichnerei", in dem Bernstein – Professor für Karikatur und langjähriger Mitarbeiter bei *pardon* und *Titanic* – Zeichenschule und -geschichte mit einem sorgfältigen und einladenden Werkstattbericht verband. Dieses zweite Buch mit bislang verstreuten komischen Zeichnungen ist nun von so strahlender Schönheit, daß kaum zu beschreiben, was zu sehen ist.

Versuchen wir's mal. Wir sehen einen Mann, der erhobenen Hauptes und mit einer Melodie auf den Lippen auf eine Tür zuschreitet, die seinem Stiefel Platz gibt, seiner Gestalt aber nicht. Klar, da muß er durch. Die unausweichlichen Folgen: Zusammenstoß mit der Sprichwortwand. Entsetzt und gedankengequält sieht der Beobachter – ja was? Er sieht zu. Ob der Lebenstip stimmt? Müssen Männer da durch? Scheint so.

So ist das Leben, wenn gezeigt wird, welche Folgen seine Weisheiten zeitigen. Gezeichnet ist es zum Lachen. Was in ihm passiert, ist weniger öd und leer als die Welt. Genau besehen ist nämlich die Welt nichts anderes als das, was sich zeichnen läßt. Komische, meist sog. Alltagssituationen, Treppen, Häuser, Gesichter, Sätze, Bewegungen sind die Gegenstände, die gesehen, Karikatur, Bildgeschichte, Skizze, Schraffur, Linien die Mittel und Wege, mit denen Welt gesehen und erzeugt wird. Bernstein ist deshalb ein Realist, der genau beobachtet und mit den Versatzstücken der Wirklichkeit das Blatt bevölkert, das trist und leer wäre, gäbe es keinen Bleistift und keine Feder. Gespitzter Stift, spitze Feder? Nene.

Schaut her. Die Witze, über die wir lachen können, sind keine herbeikrakeelten (bzw. –gekrakelten), sondern gezeichnete. Es sind keine bebilderten, rüden Abbrüller, sondern komische Zeichnungen. Und Linien machen aus einer tristen Seite Papier Leben, in dem es verknäult, verkracht, verödet, verzagt, verlegen, verwundert zugeht. Das muß man sich ansehen: wie die Linien in dieser komischen, belebten Welt verlaufen, ob die sich kräuseln und krümmen, verzetteln und verschwinden,



Mann ohne Witz (aber mit Frau – hehe!)

herumeiern und aufrichten. Genau besehen ist über jede Zeichnung auf diesen 160 großformatigen Seiten also so lange so viel zu sagen, wie man die Zeit sich nimmt, lange lange hinzusehen. Die Welt im großen, die Welt im kleinen, im Entstehen und Verschwinden, weil sie festgehalten wird in der Zeichnung. Bernstein also ein Zeichner, der das Zeichnen zum Thema macht? „Zeichner Bernstein weiß natürlich ganz genau, was er macht und hat über das Zeichnen so gründlich nachgedacht wie kein Zweiter." (Bernd Rauschenbach)

Ja sicher, der aber doch vor allem auch die Lust am Verlachen bereitet. Verlachen wir: die Verrenkungen der Liebeswerbung, den stramm praktizierenden Polizeichor, den Wortschwall öffentlicher Plätze, auf denen immer 'was los ist', den Pickelgesichtigen, den Herrn Direktor, das Problem abhanden gekommener Hosen, den Polizeistaat, die Liebe und den Tod.

Was aber sagt schließlich der Zeichner Bernstein zu alledem? Wahrscheinlich schüttelt er den Kopf und meint: was ich tue, ist zeichnen, nur nicht den Menschen. „Geht auch gar nicht. Versuchen Sie's – es werden immer Leute."

Und weiterzeichnen, bis alles gezeichnet ist, was gezeichnet werden kann. „Was sollte gezeichnet werden? Blechbläser." Und gekauft und angeschaut: F.W. *Bernstein, Der Blechbläser und sein Kind.*
Eckhard Henscheid fragt im Nachwort zu Gerhard Henschels – diesmal im Alleingang verfaßten – „Das Blöken der Lämmer. Die Linke und der Kitsch", ob denn noch damit zu rechnen ist, daß irgendwann einmal Schluß sein könnte mit all dem Gesinnungsliederkitsch, dem Bewegtheitsgereime, das sich über die Gemüter maßgeblich der bundesrepublikanischen Alternativszene legt, seit wohl der ganz frühe, kriegsheimkehrende Beuys mit seinen anthroposophischen Erdkleksen (oder war's Böll?) den Startschuß zur stets versöhnungsaktiven Erwärmungskunst gab. Kann desgleichen Aufklärung noch einem ubiquitären Brimborium zu Leibe rücken, das sich in alle politisch gutgemeinten Verlautbarungen hineinmischt, wollen diese im Gefolge der Tübinger Teufelsreiter Küng und Jens die Raketen zerlabern oder in Karin Struckscher Manier die „Klassenliebe" im Uterus verorten bzw. aufheben? Woran gar ist Polit-Kitsch noch zu erkennen, scheint doch selig alles irgendwie eins zu werden, die Opposition mit den Pfadpfindern, die Ufologen mit den singenden Stillmüttern und -männern, das autonome Tierrechtscafé und zärtliche Globusliebe?

Henschel, Chronist der spätestens seit 68 unerbittlich bewegten, die Welt in ihren Grundfesten erschütternden Protest-, Engagement-, Sit in-, Lieder im Park-Kultur, fahndet nach Kitsch, dem wahrlich 'schwer zu definierenden', und schickt deshalb voran: „Der röhrende Hirsch der Linken ist der singende Wal, könnte man sagen, oder: Kitsch entsteht, wenn um der guten Sache willen gebetet, geknetet, gefastet, gebacken, gereimt, geschleimt, gedichtet (...) wird und Kunstgebilde entstehen, die keinen Gedanken, keine Aufklärung, keine Einsicht und keinen Fortschritt befördern (...)." Wenn sodann „die Guten tuten", kommt allerhand zusammen.

Denn etwa, so selig Joseph Beuys, gilt seit dessen Diktum: „Man muß davon ausgehen, daß es eine allgemeine Honigwirkung in der Natur gibt" allemal, daß Springer, genauer der alte Nazi Axel S., eigentlich den Sozialismus gewollt hätte, wäre es doch noch zum Diskurs zwischen diesem und jenem gekommen: „Ich glaube, wenn man mit Axel Springer eine Weile über die Sache reden würde, und er würde das Ethos weggeben, würde er unter Umständen vielleicht den Sozialismus durchdrücken." Soweit also reicht, reift und greift Erkenntnis, die sich unsere Gesundbeter mit ihrem Kunstgewäsch erschleichen. Ihr Bildermüll strahlt in alles hinein, was verbessert, verändert, überwunden werden müßte. Doch nicht allein die bewegungsaktive Widerstandskultur bevölkert der Kitsch, sondern nachgerade massiv auch die vornehme sog. hohe. Schürzte Biermann erst in den Spätachtzigern die Lippen und flötete seine apokalyptisch-dämliche Weltpolitikmahnerzeile gen Osten „Mein lieber Gorbi, det macht mir Sorgi", so hat er der reichlich prominenten und hochgradig verehrten Vorgänger reichliche. Der Dichtungsschrott, der sich um's innere Herz Deutschlands kummervoll kümmert, reicht von der allergrößten Luise Rinser bis leider – oft verdrängt – partiell Brecht zurück. Dazu gesellen sich Härtling, Christa Wolf und – als der unwiderstehlichste – Rolf Hochhuth, der noch über seine meist phrasengeschüttelten Kostümdramen hinaus in der lyrischen Abteilung des Gesamtwerks unaufhaltbar hedonistisch vor sich hin ejakulierte: „Schwer von der Hitze/ spannt mittags Dein Schritt/ – wie die Brüste die Bluse – die hautstraffe Hose (...) als Du nicht im – doch mit dem Slip gewinkt". Da ist noch mehr drin. „Brüder Ulbricht – Adenauer:/ Hochverräter, Ideologen,/ steigerten Ideen zur Mauer ..." ... dochdoch, wer's nicht glaubt, mag nachlesen.

Bei aller Qual, die die eingesammelte Gutgeisterei von Kinderladenpsychoramsch bis wallraffröser Arbeitnehmerpoesie, vom allerallerwitzigsten Wortgedrechsel („Das Kohlchen von HeilBonn") bis zur Parolenschmelze in die Jahre gekommener Blumenkinder bereitet – Henschel ist mit diesem Panoptikum ein bleibendes Verdienst zu attestieren, das nicht selten die letztlich doch höhere Sicht der puren Freude am tobenden Schwachsinn gewährt. Seine Schubladen scheinen zu bersten von „sich am Arsch kraulenden Sätzen". Und stets geht es noch einmal schlunddummer hinab, wenn weltumarmende Gewissen sich in solch gravitätische Sentenzen hämmern wie diese: „Was lange gärt, wird endlich Mut"; oder, noch einen

Deut stringenter endgereimt: „Frieden/ ist feucht und warm, / nicht spitz / und eckig, / eher: rund / Wie ein küssender Mund."

Ist je schlagender der Beweis geführt worden, daß die Friedensbewegung oder mindestens Teile ihrer wortgewaltigen Führungskräfte längst einer Kritik ausgesetzt werden sollten, die vor weiterer „Metastasenbildungen" warnt? Irgendwie haben wir in die Sechziger Hineingeborenen wahrscheinlich alle mal an die betörende Macht dieser beseelten Worte glauben müssen und geglaubt. Daß daher die Aufklärung durch ihre unfreiwillig dümmsten Resultate, die in Heils– und Innerlichkeitsbedürftigkeit der Linken kulminieren, hindurchmüsse, um vielleicht doch noch einmal zur Vernunft zu kommen, ist die Forderung, die sich mit der erinnernden Wucht dieses Buches verbindet. Zunächst aber wird die Nachwelt am „verjährten Stuß" schwer zu werkeln haben. Ihre Ahnen haben es wahrscheinlich aber auch noch so gewollt. ●

F.W. Bernstein: Der Blechbläser und sein Kind. Verlag Weisser Stein, Greiz 1993
Klaus Bittermann/Gerhard Henschel (Hg.): Das Wörterbuch des Gutmenschen. Zur Kritik der moralisch korrekten Schaumsprache. Edition Tiamat, Berlin 1994
Gerhard Henschel: Das Blöken der Lämmer. Die Linke und der Kitsch. Edition Tiamat, Berlin 1994
(Ergänzend empfehlenswert die erzählerische Expedition in die Verliese der Esoterik vom selben Autor: Gerhard Henschel: Das erwachende Selber. Weisser Stein, Greiz 1993)

FRIEDER DITTMAR

Links ist, wo der Daumen rechts ist

Zu Dan Diners 'Verkehrte Welten. Antiamerikanismus in Deutschland.'

Im Spätherbst letzten Jahres, kurz vor Beendigung der GATT-Runde, zeterte das deutsche Feuilleton über den schnöden Ausverkauf der Kultur. Was war geschehen? Die kümmerlichen Reste der ehemaligen europäischen Filmindustrien sollten im Zuge der Freihandelshändel bar staatlicher Stütze mit Hollywood konkurrieren. Konkurrenz belebt das Geschäft solange, bis der Konkurrent tot ist. Ein Abbau von Subventionen sei ein Tiefschlag gegen die cineastische Kultur, die alleinig noch durch den europäischen Film vertreten werden würde, wetterten die besorgten Kommentatoren. Dies würde selbst in den USA so gesehen werden, vermutete man doch hinter der Forderung der Öffnung der Filmmärkte die bloße Suche nach einem Faustpfand, das die US-Delegation bei banaleren Streitpunkten, etwa beim Fisch, gönnerisch aufgeben würde. Pfui.

Outete sich das deutsche Feuilleton in seinem Gattgejammer als antiamerikanistisch? Nach Dan Diners Indikatoren zur Erfassung des Antiamerikanismus muß diese Frage mit einem eindeutigen 'Ja!' beantwortet werden:
– Antiamerikanismus ist für Diner alles an feindlichen Ressentiments, weltanschaulichen Vorurteilen und irrationalem Ausfluß blinder Phantasien, was über die berechtigte Kritik an der empirischen USA hinausgeht. Daß er mit dieser Definition auf Probleme stößt, ist nicht verwunderlich, für ihn ist die Nähe der Vorurteile zu realen Phänomenen Ausdruck der besonderen Perfidität des Antiamerikanismus.
– Ein uraltes antiamerikanisches Bild: Europa wird mit Kultur gleichgesetzt, die USA mit dem nivellierenden Moloch der Moderne; die Klage um verlorengegangene Werte ist typisch für die amerikafeindliche Mentalität.
– Alles, selbst die Kultur in der geronnenen Form der europäischen Filmindustrie, wird dem bloßen Erwerbsstreben untergeordnet: Eine Identifizierung der Zirkulationssphäre mit den USA rückt in überraschende Nähe zu antisemitischen Mustern.

Alles klar?

Nun, so will das deutsche Feuilleton Diners polemischen Essay nicht verstanden wissen. Eine solche Gefahr besteht auch nicht, denn der Wissenschaftler hält sich mit seinen Recherchen brav im Rahmen seines Lieblingsthemas: Keck wurde vor Jahren die Ununterscheidbarkeit von links und rechts, speziell in der radikalen bzw. extremen Ausformung behauptet. Wie üblich hinken die Intellektuellen der öffentlichen Meinung hinterher, und so mehren sich die Versuche, die Gleichsetzung empirisch zu belegen und ihr die Aura der Wissenschaftlichkeit zu verleihen. Das Feuilleton hilft, die Identität zum Mainstream zu kaschieren. Wer geradewegs den Konsens plappert, wird als Querdenker tituliert, wer den Weg zur bürgerlichen Mitte ebnet, darf sich Tabubrecher nennen, radikal heißt, wer die tagtäglich verbreiteten Gemeinplätze als Einsicht verkauft.

'Rechts gleich links'-Beweise verkaufen

sich gut. Der Gestalter des Schutzumschlages richtete sich danach: Auf der Rückseite stehen drei Textabschnitte über die Kennzeichnung der USA als 'Judenstaat' von Sombart bis Hitler. Zur Sache geht es im Klappentext, der von der Entwicklung des antiamerikanischen Ressentiments von Hegel über Heine zu Spengler und Haushofer zu berichten weiß – und natürlich von Marx, womit der Wunsch endgültig Vater des Marketing-Gedankens geworden ist. Marx achtete die USA, so steht's zumindest in Diners Text, und die Schrift 'zur Judenfrage' sei zwar höchst ambivalent, aber nicht in Bezug auf antiamerikanistische Vorurteile.

Wurde dem Essay also durch die Marketingstrategie des Eichborn-Verlages Unrecht angetan? Mitnichten!

Dan Diner sortiert die verworrene Wirklichkeit mit Hilfe einer neuen Kategorie – dem Antiamerikanismus -, die mehr verklärt, als daß sie aufklärt. Im Vorwort gesteht er ein, daß der Begriff Antiamerikanismus aus dem Register politischer Rhetorik stammt. Doch all seine Schwierigkeiten, den Begriff zu präzisieren, also den Gegenstand seiner Arbeit zu finden, bringen ihn nicht auf den Gedanken, ihn als unbrauchbar zu verwerfen. So sammelt er in 200 Jahren deutscher Kritik an den USA Phänomene, Metaphern und Argumentationen, die seiner Meinung nach berechtigte Kritik übersteigen. Er wird fündig. Wenig überraschen seine Ergebnisse zur Romantik, der Nazizeit und der DDR. Umso brisanter wird es, wenn er die bundesrepublikanische Nachkriegsgeschichte erreicht und dort Texte und Reden von Figuren zitiert, die sich seit 68 als oppositionell begreifen. Was da zu Tage tritt, bedarf in der Tat einer kritischen Aufarbeitung: Die hohe Zeit der linken Hegemonie definierte jede Kritik als links. Diner interessiert sich aber nicht für die Vielfalt der Kritik nach 68, die heute immer mehr als monolithischer Block in die Geschichtsschreibung eingeht. Unter dem Motto antiamerikanistische Linke wird alles wieder eins:

Nationalistische Ausfälle in der Friedensbewegung und beim 2. Golfkrieg, kulturkonservative Argumentationen rund um 68, Antiuniversalismus, Entsorgung der eigenen Geschichte durch die allgemeine Verwendung nazistischer Begriffe etc. Und es sind bei weitem keine Randgestalten, die solches Gedankengut hervorbrachten: Enzensberger, Sölle, Gollwitzer. So verwunderlich und neu ist das zwar alles nicht, immerhin schrieb Dutschke Mitte der 70er in deutschnationalen Blättern unter Pseudonym, hatten die Grünen keine Probleme mit ihrem 'wertkonservativen' Gründungsmitglied Gruhl. Hätte es nicht zum Denken Anlaß geben sollen, als in Wyhl plötzlich alemannisches Volksliedgut als Widerstand verkauft wurde? Richtig, den Imperialismus der USA können ohne weiteres und erst recht die Freunde des dt. Imperialismus kritisieren.

Diners Materialiensammlung liest sich jetzt wie ein Lehrbuch für falsche Kapitalismuskritik. Kritik am Kapitalismus, die einen personifizierbaren Feind und/oder einen positiven Gegenpol braucht, erweist sich, so links sie auch gemeint sein mag, als ein fataler politischer Fehler. Auf den Wahn, daß mit dem Austausch der Eliten der Kapitalismus menschlicher oder gar überwunden werden könnte, daß Kapitalismus also eine individuelle Angelegenheit einzelner Herrschender sei, lohnt es sich gar nicht einzugehen, auch wenn diese Vorstellung noch heute weit verbreitet ist. Doch die als notwendig erachtete Suche nach einem Standpunkt im Jenseits der kapitalistischen Verhältnisse, nach irgendetwas vom Kapitalismus Unmodifiziertem, ob nun in der menschlichen oder natürlichen Natur, ob nun in der europäischen Kultur, in nationalen Identitäten oder bei irgendwelchen Indios im Amazonas, war, ist und bleibt schlicht reaktionär. Solche Kritik beschränkt sich auf die abstrakte Seite des Kapitalismus. Als Übel wird allein die Sphäre der Zirkulation, das Geld, das Kapital geahndet. Was Diner als Antiamerikanismus bezeichnet, folgt diesem Schema: Die Gleichsetzung der USA mit dem Kapital, das plötzlich wohlfeil unterschieden raffend oder schaffend daherkommen kann, tritt tatsächlich in Sichtkontakt zu antisemitischen Mustern. Eine Kritik der abstrakten Vergleichung in der bürgerlichen Gesellschaft, die natürliche Vielfalt bedrohe und zerstöre (ob nun die natürlichen Qualitäten der Frau oder die bodenständige Vielfalt der Völker) unterstützt schon zur Hälfte die Versuche, die realen Ungleichheiten ideologisch zu legitimieren. Nun werden allein die Versprechen der bürgerlichen Gesellschaft – Freiheit und Gleichheit – zur Ursache des schlechten Zustands erklärt, dessen Resultat und Bedingung sie doch sind, und an den USA als Inkarnation der bürgerlichen Ideologie könne sich jeder von den schrecklichen Auswirkungen des Molochs der Moderne überzeugen.

Aber Dan Diners Essay treibt den Teufel mit dem Beelzebub aus, indem er die gegenüberliegende Position einnimmt: Die Fetischisierung der Versprechen der bürgerlichen Gesellschaft oder, um in seiner Terminologie zu bleiben, den Amerikanismus. Als neue Gretchenfrage zukünftiger weltgesellschaftlicher Auseinandersetzungen erachtet er die Haltung zur westlichen politischen Kultur. Westliche Werte wie individuelle Freiheit und Demokratie müßten gegen ihre Feinde verteidigt werden, ganz so, als hätten beide nichts miteinander zu schaffen. Die Rechts/Links-Differenzierung sei falsch, da sie auf einer vordergründig sozialen Deutung der Wirklichkeit basierten. So wird Kapitalismus samt seiner Ideologie zur Zivilisation erklärt. Die Ethnisierung des Sozialen in Ex-Jugoslawien, die Renaissance des Nationalismus, die Manifestierung latenter Rassismen begreift Diner nur noch als unmodern, als tradierten vorkapitalistischen Ballast. Kapitalismus oder Barbarei heißt seine Alternative, die nichts mehr davon wissen will, daß es der Kapitalismus selbst ist, der tagtäglich Ungleichheit und Unfreiheit produziert und reproduziert.

Vom Kapitalismus schreibt Diner nichts mehr, nur noch über politische Kultur. Jeglicher Bezug zur ökonomischen Basis wird zum platten Ökonomismus definiert, Politik wird zur Bewußtseinsangelegenheit, links zur Moral. Diner will den Kapitalismus nur noch am Grad der Verwirklichung seiner bürgerlichen Ideologie messen. Um vergleichen zu können, muß er natürlich die kapitalistische Weltgesellschaft national differenzieren. Rechts und links als Kategorien taugen dann tatsächlich nichts mehr, sie können nicht jenseits vom Kapitalismus als Ganzem gefüllt werden. Folgerichtig ist für Dan Diner dann jeder ein Linker, der sich selbst so bezeichnet oder so bezeichnet wird. Weil links nur noch als Etikett verstanden wird, gibt es keine inhaltliche Bestimmung von links mehr – quod erat demonstrandum! ●

„Wer die Wahrheit sagt,
wird früher oder später dabei
ertappt.“ *(Oscar Wilde)*

‘links’ lesen, spart Geld!

Lust auf links? Ach was!
Aber auf einen neuen Titel aus dem Verlag Westfälisches Dampfboot.
Den gibt's dann, wenn wir ein neues Abo verbuchen können, für den Werber oder die Werberin. Also: Erst werben, dann lesen.

Zur Auswahl stehen:

- Elmar Altvater, Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung, 1992
- Brigitte Hasenjürgen / Sabine Preuß, Frauenarbeit – Frauenpolitik, 1993
- Dieter R. Knoell, Kritik der deutschen Wendeköpfe, 1992
- Alain Lipietz, Berlin, Bagdad, Rio – Das 20. Jahrhundert hat begonnen, 1993
- Boy Lüthje / Chr. Scherrer (Hg.), Jenseits des Sozialpakts. Arbeitskämpfe in den USA, 1993
- Holm-Detlev Köhler / Manfred Wannöffel (Hg.), Gewerkschaften und Neoliberalismus in Lateinamerika, 1993

Abo-Bestellscheine

Leser werben Leser

Ich habe eine/e neue/n *links*-AbonnentIn geworben und möchte das folgende Buch:

_____

_____

als Geschenk erhalten.

Ich bin *links*-AbonnentIn

_____
Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

_____
Straße

_____
Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1995) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 75,- /O:DM 50,-, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

_____
Bankleitzahl Konto-Nr.

_____
Name der Bank

_____
Vor- und Zuname

_____
Straße

_____
PLZ Wohnort

_____
Datum Unterschrift

Geschenk-Abonnement

Eigene Angaben wie oben. Die *links* soll
☐ ½ Jahr
☐ 1 Jahr an folgende Adresse geschickt werden

_____

_____

_____

Ermäßigtes Abonnement

für: StudentInnen, Arbeitslosenhilfe- und SozialhilfempfängerInnen

☐ Ich abonniere die *links* für 56,- DM gegen Vorlage der Studien-, Sozialhilfe- oder Arbeitslosenhilfebescheinigung.

Förder-Abonnement

☐ Ich fördere die *links* mit DM 100,- im Jahr.

☐ Ich fördere die *links* mit DM .....
(Betrag über DM 100,- im Jahr)

☐ Ich möchte eine Einzugsermächtigung.

Schnupper-Abonnement

☐ Ich möchte die nächsten 3 *links*-Ausgaben zum Preis von W: 20,- DM, O: 15,- DM bestellen.
(Bitte Zutreffendes ankreuzen)

_____
Vor- und Zuname

_____
Straße

_____
PLZ Wohnort

_____
Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 102062, 63020 Offenbach
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 34376 Immenhausen

WIDERSPRÜCHE

Zur Zukunft des Sozialismus

und zum Ende des realen

März 1994, DM 16,– Verlag 2000 GmbH, Offenbach/Main

Heft 50 enthält Beiträge von folgenden Autoren:
Niko Diemer ● Winfried Thaa ● Rolf Schwendter ● Gerhard Vinnai ● Christoph Görg ● Joachim Hirsch ● Timm Kunstreich ● Jörg Lauterbach ● Carl-Wilhelm Macke

○ Hiermit bestelle ich das hier angekündigte Heft zum Preis von W. 16,– DM / O. 10,– DM
○ Hiermit bestelle ich die beiden letzten Ausgaben der „Widersprüche“ zum Preis von W. 20,– DM / O. 15,– DM

Verlag 2000 GmbH
Postfach 10 20 62
63020 Offenbach
Tel.: 069 – 88 50 06